Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroß Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 29. September 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 229

Das rote Berlin der Reaktion ausgeliefert

Sozialdemokrat Zörgiebel verbietet die Demonstrationen der Berliner Arbeiterschaft am 2. Oktober

Am 4. Oktober Klassenprozeß gegen die Partei der Revolution

(Eig. Meld.) **Berlin, 28. September.**

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel von Berlin hat die Demonstration gegen den Hindenburg-Rummel am 2. Oktober, zu der die KPD. und der RFB. nebst anderen proletarischen Organisationen aufgerufen hatte, mit folgender Begründung verboten:

„Hiermit verbiete ich die von der Kommunistischen Partei Deutschlands, dem Roten Front-Kämpfer-Bund, dem Roten Frauen- und Mädchenbund, dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe und dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit für den 2. Oktober d. J. geplanten Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel, insbesondere die Massendemonstrationen im Lustgarten auf Grund des Art. 123, Abs. 2 der Reichsverfassung wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit."

Beschwerde beim sozialdemokratischen Innenminister

(Eig. Meld.) **Berlin, 28. September.**

Gegen das Verbot der Demonstration am 2. Oktober durch den Berliner Polizeipräsidenten, den Sozialdemokraten Zörgiebel, haben die beteiligten Organisationen beim preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Grzesinski, Beschwerde erhoben mit folgender Begründung:

„Das von dem Polizeipräsidenten verfügte Verbot ist ein Willkürakt zur Unterdrückung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Berliner Arbeiterschaft, für dessen Verschleierung die Weimarer Reichsverfassung nur als Vorwand herangezogen wird. Offenkundig ist die mit dem Verbot verfolgte Absicht, die Groß-Berliner Arbeiterschaft an einer zentralen Kundgebung gegen den nationalistischen, militärischen Aufmarsch des Bürgerblocks am 2. Oktober zu hindern und damit den Bürgerblock zu unterstützen, den 80. Geburtstag Hindenburgs zu einer politischen Kundgebung für die reaktionäre Politik des Bürgerblocks (Hungerzölle, Massensteuern, Mietserhöhungen, Abbau der sozialen Fürsorge, Verpfaffung der Volksschule, Verschlechterung der Strafgesetze, Klassenjustiz, Aushungerung der Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden u. a.) auszunutzen. Das Verbot ist also eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Willkürmaßnahme zugunsten des Bürgerblocks."

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft ist aufgefordert, in den Betrieben sofort den schärfsten Protest zu erheben und durch Entsendung von Belegschaftsdelegationen an den preußischen Innenminister die sofortige Aufhebung des Verbots zu verlangen.

Massenaufmärsche gegen die Polizeiknechte Hindenburgs

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 29. Sept.**

Das Verbot der Kundgebung gegen den Hindenburg-Rummel hat in der Berliner Arbeiterschaft eine Erregung ausgelöst, wie sie ähnlich nur in den Vortagen des Stahlhelmaufmarsches und bei der Sacco- und Vanzetti-Schande zu verzeichnen war. Im Wedding fand eine nach Tausenden zählende, mit Demonstrationen verbundene Kundgebung statt, die einstimmig die sofortige Zurücknahme des Verbotes und die unverzügliche Freilassung sämtlicher proletarischen Gefangenen fordert. Eine gleiche Kundgebung fand in Schöneberg statt, wo die Massen bereits mit größeren Transparenten ihre gewaltige Empörung gegenüber dem Hindenburg-Rummel und dem Verbote kundgab. Die Kommunistische Partei Berlins und alle beteiligten Organisationen fordern in einem Aufruf, die Durchführung der Gegendemonstration am 2. Oktober zu erzwingen.

*

Vor einigen Tagen stellten wir die Frage: Mit Hindenburg oder mit der Arbeiterschaft? Die sozialdemokratischen Führer haben sich entschieden. Sie gehen mit Hindenburg, mit der Reaktion, gegen die Arbeiterschaft, gegen die Revolution! Wem das nicht schon durch das vom Sozialdemokraten Grützner noch immer für Halle aufrechterhaltene Verbot von kommunistischen Demonstrationen klar geworden war, dem werden es die Berliner Vorgänge nun doch wohl bewiesen haben.

Was der Stahlhelm, die Bürgerkriegsgarde der Reaktion, am 8. Mai aus eigener Kraft nicht erreichen konnte, das hat er jetzt durch den Befehl eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in den Schoß geworfen bekommen:

Das rote Berlin wird am 2. Oktober von den sozialdemokratischen Führern kampflos der Reaktion ausgeliefert!

Die Berliner Arbeiterschaft, auch die sozialdemokratische, wird sich diesen Schandstreich nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Sie wird mit aller Macht und überall gegen die sozialdemokratischen Steigbügelhalter der Reaktion genau so aufmarschieren, wie gegen diese selbst. Auch in unserem Bezirk muß jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um dieses schändliche Treiben der sozialdemokratischen Bürgerblock-Lakaien zu enthüllen und die Massen zum Kampf gegen die Reaktion zu mobilisieren.

Dennoch Prozeß gegen die KPD.

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 29. Sept.**

Niedner teilte gestern den Angeklagten mit, daß der Prozeß gegen die Zentralemitglieder der KPD. während des Jahres 1923 nunmehr endgültig am 4. Oktober stattfindet. Niedner pfeift auf die Reichstagsbeschlüsse, die ausdrücklich festlegten, daß der Prozeß nur in den sitzungsfreien Sommermonaten stattfinden darf. Die kommunistische Reichstagsfraktion forderte den Sozialdemokraten Dittmann, Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses, sofort zu einer Erklärung über den Sinn der Reichstagsbeschlüsse auf. Dittmann muß in einer Erklärung feststellen, daß die Mehrheit des Ausschusses beschlossen hat, nicht zuzulassen, daß während eines Zeitpunktes, wo es bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag auf jede Stimme ankommen kann, eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten der Teilnahme an der Abstimmung entzogen wird. Dittmann schließt in seiner Erklärung:

„Aus dieser Sachdarstellung ergibt sich klar, daß der Geschäftsordnungsausschuß und das Plenum des Reichstages sowohl im Jahre 1926 als auch im Jahre 1927 die Durchführung des Prozesses in den sitzungsfreien Sommermonaten gewünscht hat."

Das ist eine Ohrfeige für Niedner, der in brutaler Weise die Reichstagsbeschlüsse in den Papierkorb warf und sich damit der Unterstützung aller Klassenfeinde des Proletariats, der Bürgerblockregierung, der Sozialdemokraten-Minister, -Polizeipräsidenten und der Klassenrichter sicher fühlt.

Niedner pfeift auf den Reichstag!

„Vorwärts" und „Vossische Zeitung" veröffentlichen die Erklärung Dittmanns zu dem Niedner-Schandstreich. Der „Vorwärts" erklärt: „Das Reichsgericht handelt also gegen den Willen des Reichstages, weil es den Prozeß in eine Zeit verlegte, in der das Parlament tagt."

Probe zum Geburtstagsständchen des „verfassungsmäßigen" Reichspräsidenten

Der 2. und der 4. Oktober

Berlin, 29. September.

Fast gleichzeitig erreichten die Kommunistische Partei zwei Erlässe der kapitalistischen Staatsgewalt: der eine, gezeichnet vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, der das Verbot der Arbeiterdemonstration am 2. Oktober aussprach und der zweite, gezeichnet von Niedner, der den Zentraleprozeß des Jahres 1923 endgültig für den 4. Oktober festsetzt. Einige Tage zuvor hatte sich die Sozialdemokratie an der Spitze ihres „Vorwärts" für die Amnestierung der Faschisten eingesetzt und kurz darauf erfolgte die Ankündigung der Amnestie für die Konterrevolutionäre des Alldeutschen Verbandes. Am 22. September erhob der „Vorwärts" seine berüchtigte Forderung nach „Beschränkung" der Verantwortung für die Vorgänge des Jahres 1923 auf die „Zentralesführung". Die Einheitsfront zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie gegen die Kommunistische Partei ist geschlossen.

Niedner durfte den Zentraleprozeß auf den 4. Oktober festsetzen in dem Bewußtsein, daß alle staatserhaltenden Elemente, die Parteien und Klassen, denen der Staat ein Instrument der Ausbeutung der Arbeiterschaft ist und alle Sozialdemokraten, denen der republikanische Staat Ministersitzsühle und reiche Pfründen beschert, hinter ihm stehen werden. Herr Niedner kündigt der deutschen Revolution den Prozeß an — er meint nicht nur die Vergangenheit, das Jahr 1923, er meint die Zukunft. Aber es gibt nicht nur preußische Richter, es gibt auch preußische Sozialdemokraten-Minister und Polizeipräsidenten. Diese wollen der Revolution in der Gegenwart den Prozeß machen, deshalb verbieten sie den Aufmarsch des revolutionären Proletariats gegen die imperialistische Konterrevolution, die sich am 2. Oktober um den kaiserlichen General Hindenburg sammelt.

Es hat Jahre gedauert, ehe sich die deutsche Bourgeoisie zu dem Prozeß gegen die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD. des Jahres 1923 entschloß. Mit Tausenden von Zuchthausjahren antwortete sie auf die revolutionären Bewegungen des Jahres 1923 — der Zentraleprozeß soll das Werk krönen. Im Zentraleprozeß will die deutsche Republik zum Ausdruck bringen, daß sie die Revolution endgültig und ein für allemal als abgeschlossen ansieht, daß sie sich stark fühlt, daß sie konsolidiert ist und ihre Macht festgefügt. Die deutsche Bourgeoisie glaubt die proletarische Revolution nicht mehr fürchten zu müssen. Niedner, dessen Machtspruch die deutschen Zuchthäuser füllt, dessen Name der tägliche Fluch von Tausenden Arbeiterfrauen und Arbeiterkindern ist, deren Ernährer an die Prometheusfesseln der deutschen Klassenjustiz geschmiedet sind, soll das Urteil, den geschichtlichen Spruch der deutschen Konterrevolution über die deutsche Revolution vollziehen.

Und Herr Stresemann, der soeben in Genf mit Chamberlain Bruderküsse getauscht hat, glaubt, dem englischen Imperialismus den Kommunistenprozeß schuldig zu sein. Die imperialistische Fratze noch gerötet von den Ohrfeigen Bartous, Poincarés und Jaspers, verneigen sich die republikanischen Staatsmänner tief vor dem englischen und französischen Imperialismus: seht her, wie wir im Interesse der imperialistischen Kultur Westeuropas die Partei schlagen, die sich schützend vor das Ziel Eures Hasses, die Arbeiter- und Bauernmacht der Sowjetunion, stellt.

Das Jahr 1923 war ein geschichtlicher Wendepunkt für Bourgeoisie und Proletariat in Deutschland. Ruhrkrieg und Wirtschaftsbankrott waren die Geburtswehen des neudeutschen Imperialismus. Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse war es, den Weg Deutschlands zum Imperialismus durch die proletarische Revolution zu verhindern. Die Kommunistische Partei fühlt im Jahre 1927 mehr denn je die gewaltige geschichtliche Verantwortung, die im Jahre 1923 auf ihren Schultern ruhte, und sie bedauert es auf das Tiefste, daß die Bourgeoisie sich stärker erwies als die Arbeiterklasse, daß es ihr nicht gelang, die Arbeitermassen zum Siege zu führen. Die Kommunistische Partei bekennt sich stolz zu jener revolutionären Bewegung der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1923, zu all jenen Tausenden und aber Tausenden, die von der furchtbaren wirtschaftlichen Not getrieben und voll revolutionären Bewußtseins gegen Faschismus und Konterrevolution kämpften. Wir buchen den Hamburger Aufstand des Jahres 1923 als ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei.

Das muß gesagt werden, damit die Herren Niedner, Stresemann und Grzesinsky weder am 2. noch am 4. Oktober es vergessen: Die Kommunistische Partei Deutschlands ist und bleibt die Partei der proletarischen Revolution, die Partei, deren einziges Ziel die Errichtung der proletarischen Diktatur und des Sozialismus ist.

Die Herren preußischen Richter und Sozialdemokraten, die kaiser-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0001

lichen Generale und Außenminister wollen den Nationalismus und Militarismus ein Spiel bereiten: die vaterlandslosen Gesellen sollen an die schwarzweißroten Pfähle der Klassenjustiz gebunden werden. Die Hoch- und Landesverräter, die dem imperialistischen Kriege den Bürgerkrieg entgegensetzen, sollen gebrandmarkt werden. Den Hetzern, die die Not des Volkes ins Land herausrufen, soll der Mund gestopft werden. Den Anklägern des Arbeiternotlos, die die Schmach und Schande des täglichen Arbeiterverrates der sozialdemokratischen Führer täglich entlarven, soll das Handwerk gelegt werden. Eine Pogromstimmung soll gegen die Kommunistische Partei erzeugt werden, in deren trüben Atmosphäre die Kriegsvorbereitungen gedeihen, der Brotkorb der arbeitenden Massen noch höher gehängt wird, das Pfaffentum zum unbeschränkten Herrscher über die Erziehung der Kinder des werktätigen Volkes gemacht wird.

Vielleicht schrecken Euch die Wahlen an der Unterelbe, Ihr Herren Niedner-Richter, sozialdemokratische Polizeischergen, kaiserliche Generale, schwarze Pfaffen, Junker und Schlotbarone. Vielleicht wollt Ihr die Kommunistische Partei schon jetzt fesseln, damit sie in den kommenden Wahlkämpfen, in den sozialen Kämpfen, wenn Eure Hochkonjunktur zu Ende geht, die Arbeiterklasse nicht verteidigen kann? Weit gefehlt, Ihr Herren. Die Kommunistische Partei, die zehn Jahre Konterrevolution und faschistisch-republikanische Klassenjustiz nicht beugen konnte, wird auch Eurem neuesten Anschlag zu begegnen wissen.

Es gibt keinen Arbeiter in Deutschland, der nicht der erbärmlichsten Klassenjustiz der Welt, der Justiz Hindenburgs und der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen mit dem ganzen Haß gegenüberstehen würde, der die deutsche Arbeiterschaft gegen ihre Würger und Ausbeuter erfüllt. Und weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus hat das werktätige Volk für die Niedner-Justiz nichts als grenzenlose Verachtung übrig.

Auf diesen Haß und auf diese Verachtung stützen wir uns. Schlagen Sie los, Herr Niedner!

„Das Geheimnis um Jürgens Freispruch"

5 Monate Gefängnis für einen Artikel in der „Welt am Abend" — Landgerichtsdirektor Bombe als Kläger

Das Erweiterte Schöffengericht Berlin Mitte verurteilte am Mittwoch den verantwortlichen Redakteur der „Welt am Abend", Alfred Hurtig, „wegen Beleidigung und übler Nachrede" gegen den Landgerichtsdirektor Bombe und die Landgerichtsräte Vorbaum und Fricke zu fünf Monaten Gefängnis.

Der Anklage lag ein Artikel der „Welt am Abend" vom 12. März 1927 unter der Ueberschrift: „Das Geheimnis um Jürgens' Freispruch" zugrunde. In aller Erinnerung wird noch dieser eigenartige Prozeß gegen den bewährten Stellvertreter der deutschen Klassenjustiz Jürgens sein. Jürgens hatte sich besonders in Kommunistenprozessen vorgetan und sich den Haß der Arbeiterschaft dabei zugezogen. Wegen krimineller Delikte geriet er in Verdacht und wurde längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten. Wie damals die „Welt am Abend" schrieb, hätten sich 10 Richter im Jürgens-Prozeß für befangen erklärt, während der Landgerichtsdirektor Bombe den Prozeß übernahm und den Landgerichtsdirektor Jürgens prompt freisprach.

Der Prozeß gegen den Redakteur der „Welt am Abend" war eine einzige Komödie, in der es an Klippen für die bürgerliche Klassenjustiz nicht fehlte. So mußte der Landgerichtsdirektor Bombe auf die Frage der Verteidigung, ob die Aufhebung des Haftbefehls im Jürgens-Prozeß erfolgt sei, ohne daß vorher die Staatsanwaltschaft gehört worden wäre, u. a. antworten: Die Oberstaatsanwaltschaft hatte gegen Frau Jürgens die Aufhebung des Haftbefehls beantragt und aus Billigkeitsgründen hätte nach Ansicht des Gerichtes — also nach seiner Ansicht! — dann auch Jürgens' Entlassung erfolgen müssen. Die Verteidigung wies besonders nach, daß der Artikel der „Welt am Abend" veranlaßt worden sei, weil die Haftentlassung Jürgens' durch das Gericht im Widerspruch zur Haltung der Staatsanwaltschaft erfolgt sei. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, über die, wie wir schon erwähnten, das Gericht noch hinausging. Mit diesem ungeheuerlichen Urteil ist nur ein neuer Beweis für den Klassengeist der Justiz geliefert worden.

Ihr Ziel: Vernichtung der KPD.!

Der „Vorwärts" bespricht in seiner Abendausgabe vom 28. September die Wahlen im Unterelbegebiet. Nach ergebnislosen Versuchen, den Erfolg der Kommunistischen Partei abzustreiten, kommt er zu folgendem wut- und haßerfüllten Schlachtruf gegen die KPD.:

„Der Kampf gegen die KPD. muß nicht nur an der Wasserkante, sondern im ganzen Reiche von uns mit viel größerem Nachdrucke geführt werden. Da darf es keinerlei falsche Weichheit geben. Ohne die völlige Vernichtung dieser Partei von Totengräbern an der eigenen Klasse kann die deutsche Arbeiterbewegung innerlich nie gesunden."

Vernichtung der KPD.: das gemeinsame Programm von Niedner und Hitler bis Stampfer und Wels! Arbeiter, gebt ihnen die Antwort!

Weitere Proteste gegen die Schulverpfaffung

Der Lehrerverein Essen Stadt und Land erhob in einer gut besuchten Protestkundgebung im „Saalbau" Essen schärfsten Einspruch gegen den Keudellschen Schulgesetzentwurf. In einer Sitzung des Provinzialvorstandes und der Ortsgruppen-Vorsitzenden der Gewerkschaft deutscher Volksschullehrer in Pommern wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß der Reichsschulgesetzentwurf nicht Gesetz werden dürfte, nachdem schon einige Zeit vorher die Ortsgruppe Stettin der GDV. gegen den Entwurf schärfsten Einspruch erhoben hatte. Der Lehrerverein Torgau wandte sich ebenfalls aufs schärfste gegen den Keudell-Entwurf. In Ruhla, Thüringen, schlossen sich das Arbeiterkultur- und Sportkartell, die KPD., das Gewerkschaftskartell und sämtliche Arbeiterorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft für den Kampf gegen den Schulgesetzentwurf zusammen. Sämtliche Organisationen veranstalten demnächst eine gemeinsame Protestkundgebung. Eine Arbeitsgemeinschaft aller Arbeiterorganisationen gegen die Kulturreaktion, mit Einschluß der SPD., wurde in Schkeuditz gebildet. In der ersten gemeinsamen Sitzung wurde eine scharfe Protestentschließung gegen den Schulgesetzentwurf angenommen.

Das Landeskartell Sachsen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm eine Entschließung an, in der gegen den Schulgesetzentwurf schärfster Einspruch erhoben wird.

Der Schulverband der Stadt Gera (Thüringen) nahm bei einer Stimmenthaltung eine Protestentschließung gegen den Keudell-Entwurf an, in der erklärt wird, daß der Entwurf nicht Gesetz werden darf. Im Schulausschuß des Gemeinderats Brandis (Sachsen) wurde eine von der kommunistischen Fraktion vorgelegte Entschließung angenommen, die die Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes und die Annullierung des bayrischen Konkordats fordert. Schärfsten Einspruch gegen den Schulgesetzentwurf erhob des weiteren der Schulausschuß des Gemeinderats Brennewitz (Sachsen).

Die Ortsgruppe Oppeln (Schlesien) des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung sandte an den Reichstag ein Telegramm, in dem die Zurückziehung des Schulgesetzentwurfs verlangt wird. Protest gegen den Entwurf erhoben weiter eine Elternversammlung der 52. Volksschule, Leipzig, eine Elternversammlung der Volksschule Mölckau (Sachsen) und zwei gut besuchte Protestkundgebungen in Bitterfeld und Lausen (Sachsen).

Bergarbeiter gegen Grubenbarone oder Reformisten gegen Kommunisten?

Nur gewählte Delegierte der Gruben haben das Recht, die Entscheidung zu fällen

Wie die getroffenen Hunde das Bellen, so können auch die Reformisten des Bergarbeiterverbandes das Schimpfen auf die Kommunisten nicht lassen. Das ist erklärlich, denn mit irgend etwas, und sei es auch mit den dümmsten Lügen, muß man doch den Bergarbeiter die Unrichtigkeit der Auffassung der oppositionellen Bergarbeiter zu beweisen suchen. In einer Zuschrift des Bergarbeiterverbandes an das sozialdemokratische „Volksblatt" in Halle wird mit keinem Wort auf die berechtigten Angriffe gegen die reformistische Verschleppungstaktik im jetzigen Lohnkampf der Bergarbeiter eingegangen. Wir haben Beweis auf Beweis gehäuft, daß die reformistischen Führer nicht ernsthaft gewillt sind, die Bergarbeiter zum Kampf um ihre Forderungen aufzurufen, wir haben bürgerliche Pressemeldungen angeführt, aus denen hervorgeht, daß die Reformisten einer Kohlenpreiserhöhung zustimmen wollen, um auf diese Weise zu einem Kompromiß mit den Grubengewaltigen gelangen zu können. Wir haben bewiesen, daß die Kohlenpreiserhöhung nur eine Verteuerung der Hausbrandkohle mit sich bringt, den Bergarbeitern also auf der einen Seite genommen wird was ihnen auf der anderen eventuell zugesprochen werden soll. Wir haben das verräterische Verhalten gegeißelt, das die entscheidende Konferenz der Funktionäre im Bergbau erst am 2. Oktober stattfinden läßt, statt, wie notwendig, am 25. September. Mit keinem Worte gehen die Reformisten auf diese Vorwürfe ein, sondern mit läppischen Bemerkungen, mit dummem Gerede von Moskauer Tricks usw. sucht man diese ernsten Fragen ins Lächerliche zu ziehen. Auch ein Beweis dafür, wie ernst die Bureaukraten den Kampf der Bergarbeiter nehmen.

Vor allen Dingen hat es den Reformisten unser Genosse Hans Schröter angetan, den man sogar zum verantwortlichen „Klassenkampf"-Redakteur stempelt, obwohl ein Blick in die Zeitung auch dem Dümmsten zeigen müßte, daß Hans Schröter noch niemals verantwortlicher „Klassenkampf"-Redakteur gewesen ist. Die Bergarbeiter wissen am besten selbst, daß der Genosse Schröter, der jahrelang in der Grube stand, der als Betriebsrat und Vertreter seiner Belegschaft gemaßregelt wurde, wohl das Recht hat, sich als oppositioneller Bergarbeiter zu bezeichnen, um so mehr, als die Bureaukraten ihm dies durch seinen Ausschluß aus dem Bergarbeiterverband noch besonders attestiert haben.

Nach Abschluß der Notiz im „Volksblatt" wird mitgeteilt, daß am Sonntag, dem 2. Oktober, im „Volkspark" zu Halle die Funktionärkonferenz aller am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften stattfindet. Auf dieser Konferenz sollen die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden. Haben die Reformisten der Empörung der Bergarbeiter über ihre Geheimdiplomatie schon durch die Bekanntgabe der Konferenz etwas Rechnung tragen müssen, so dürfen die Bergarbeiter jetzt nicht nachlassen, sondern müssen restlose Aufklärung über die weitere Taktik der beteiligten Gewerkschaften verlangen, um schon vor der Konferenz in der Lage sein zu können, ihren Delegierten bestimmte Aufträge zu erteilen. Es muß verlangt werden, daß nicht, wie üblich, die Bureaukratie am letzten Tag erst die Delegierten auswählt und bestimmt, sondern von jeder Grube muß mindestens ein Kamerad auf der Konferenz anwesend sein, um so die Meinung der gesamten mitteldeutschen Bergarbeiterschaft zum Ausdruck bringen zu können. Zu oft haben die Kumpels schon erleben müssen, daß in entscheidenden Situationen die von der Bezirksleitung bestimmten Delegierten alles andere waren, als Vertreter der Interessen der Bergarbeiter. **Die Bergarbeiter haben das Wort, durch ihre selbstgewählten Delegierten müssen sie eine Entscheidung, in ihrem Interesse liegend, herbeiführen.**

Wirth kapituliert in der Schulfrage

Berlin, 28. September.

Die bürgerliche Presse meldet, daß Dr. Wirth, der bekanntlich der Tagung des badischen Zentrums in Freiburg am Sonntag fernblieb, für Donnerstag nach Heidelberg eine Konferenz mit Dr. Weißmantel, Dr. Michel und anderen seiner Freunde einberufen hat. An der Konferenz soll aber auch Joos teilnehmen, der Vorsitzende der Jungzentrumsorganisation und Vermittler im Streit zwischen Wirth und Zentrumsvorstand. Wahrscheinlich wird in Heidelberg die endgültige Kapitulation Wirths in der Frage des Reichsschulgesetzes erfolgen.

Es sieht trübe aus mit ihrer Einheit

Man kennt sich kaum noch aus über die vielen Gruppen und Grüppchen, die es im Lager der uneinigen Sozialdemokratie gibt. Da gibt es Linke und Rechte, religiöse und kantianische, lexikische und lautsprunische „Genossen", aber auch Bernstein-Anhänger und schließlich Altsozialisten, die bekanntlich in Sachsen aus dieser Partei geflogen sind und ihren eigenen Laden aufgemacht haben. In den übrigen Teilen des Reiches spielen sie innerhalb der SPD. immer noch die ersten Geigen, und zwar besonders in den Gewerkschaften.

Schon in unserem Bezirk ist es amüsant, die beiden SPD.-Blättchen, das „Volksblatt" und den „Volksboten" zu vergleichen. Erst gestern brachte das „Volksblatt" einen Artikel, in dem Schoenlank feststellt, daß er und die übrigen Kenner in ihren Hoffnungen auf Hindenburg arg getäuscht worden sind. Nun, wir haben keine Hoffnungen auf Hindenburg gehabt, und seinen ..., wie sagt man doch für einen, der seine Versprechungen nicht einhält? ..., wir haben seine „Vergeßlichkeit" vorausgesagt. Diesen Artikel Reinhold Schoenlanks bringt der „Volksbote" wohl, allein, er verschweigt den Namen des guten Reinhold. Warum wohl? Nun, wir haben den Grund zufällig erfahren. Schoenlank ist der Verbündete des ethisch-ästhetischen Kantianers F. O. H. Schulz, des Chefs des „Volksblattes", die beide mit den Altsozialisten liebäugeln. Und Bergholz nennt sich wohl links, will aber außerdem auch altsozialistische Realpolitik machen und da ihm dazu die Grütze fehlt, greift er nach den „geistigen" Produkten der Rechten, unterschlägt aber ihre Namen ...

Eine feine, einige, schlagkräftige Partei!

Wir bedauern nur den armen Schoenlank. Er sieht seinen Namen nämlich so furchtbar gern gedruckt.

Deutschnationale Predigt für die Altsozialisten

Angeblich wollen die Altsozialisten die ganz echten Nachfolger der „alten Sozialdemokratie" sein. Wie wenig sie das in Wirklichkeit sind, beweist schon das Gebühle der Deutschnationalen um ihre Gunst. Aber sie buhlen nicht nur um diese Elemente, die noch manche Rosine im sozialdemokratischen Parteibrei stecken haben, sondern sie empfehlen sie auch der Arbeiterschaft.

In einem Artikel „Die Glocke" läutet der Vielschreiber der „Saale-Zeitung" (Az.) Dr. Elze eine Messe für diese Sorte Sozialdemokraten. Wir lesen dort wörtlich:

„Dann kommt, was eines Tages ja doch kommen muß: die Massenabwanderung aus dem deutschfeindlichen Lager . . . und der Uebertritt zu der nationalen Arbeiterpartei, zu den Altsozialisten oder zu anderen nationalen Parteien."

Wirklich, diese Sozialdemokraten haben es geschafft. Sie finden in den Deutschnationalen warme Fürsprecher! Und werden deshalb sicherlich von vielen benedet, mit denen sie vor kurzem noch in einer Partei organisiert waren.

Streikbeschluß der Berliner Straßenbahner

Berlin, 28. September.

Die Urabstimmung der Straßenbahner ergab den Streikbeschluß. Von 13 630 Beschäftigten haben sich 11 867 an der Abstimmung beteiligt. Von den 11 867 Stimmen erklären sich 11 178 für Streik, 663 für Arbeit, während 38 Stimmen ungültig waren. Die notwendige Dreiviertelmehrheit ist also ganz erheblich überschritten und beträgt über 90 Prozent. Da von den Beschäftigten die Kranken und Urlauber abzuziehen sind, haben sich die Straßenbahner fast restlos an der Abstimmung beteiligt. Die letzten Vorbereitungen zum Streik werden getroffen, so daß ab Freitag, spätestens Sonnabend, der Streik aufgenommen wird, wenn nicht in letzter Minute der Schlichter den Streik durch ein Eingreifen verhindert.

99 Prozent der Solinger Metallarbeiter gegen Schiedsspruch

Solingen, 28. September.

Nach den bisher bis zum 27. September mittags 12 Uhr vorliegenden Meldungen haben 94 Prozent der Kollektivarbeiter im DMV. den Hungerschiedsspruch abgelehnt. Von 4570 Stimmen sprachen sich 4300 gegen und 270 für Annahme des Schiedsspruches aus. Das Gesamtresultat kann an dem bereits vorliegenden außerordentlich günstigen Ergebnis der Urabstimmung nichts ändern, zumal die Abstimmung aus einer ganzen Reihe größerer Betriebe noch nicht vorliegt.

Die „parteipolitische Neutralität" im Baugewerksbund

Kommunistische Pressevertreter nicht zugelassen

Die Baugewerksbündler werden mit Verwunderung festgestellt haben, daß wir bislang noch keinen Bericht vom Bundestag des BGB. veröffentlichten. Aus nachstehendem Schreiben an das Zentralorgan der KPD., deren Berichte von den kommunistischen Zeitungen im Reich übernommen werden, ersehen unsere Leser den Grund der Nichtveröffentlichung.

Die „Rote Fahne" hatte auf ihre Anforderung einer Pressekarte für den 2. Bundestag des Baugewerksbundes vom Bundesvorstand folgende Antwort erhalten:

„An die Gewerkschaftsredaktion der Roten Fahne, Berlin.

Für unseren Bundestag werden Pressekarten nicht ausgegeben. Den Bericht für die Presse wird unser Bund voraussichtlich selbst anfertigen lassen."

Der Bundesvorstand hat über die am Sonntag tagende Eröffnungssitzung der kommunistischen Presse keinen Bericht übermittelt. Als ein Vertreter der „Roten Fahne" deshalb noch einmal versuchte, als Pressevertreter zugelassen zu werden, lehnte Bernhardt das ab. Trotzdem ausdrücklich erklärt wurde, daß Pressekarten nicht ausgegeben werden, **ist der Berichterstatter des „Vorwärts" anwesend.** Das nennt sich „parteipolitische Neutralität".

Wir werden einen zusammenfassenden Bericht über den Bundestag nunmehr nach Abschluß der Tagung bringen.

Metallarbeiter gegen Hungerlöhne

Stuttgart, 28. September.

Die Stuttgarter Metallarbeiter haben einstimmig ihre örtliche Verbandsleitung beauftragt, wegen Erhöhung der Löhne und Festsetzung der Mindestlöhne sofort mit dem Industriellenverband in Verbindung zu treten. Zur erfolgreichen Durchführung der Bewegung werden in allen Betrieben die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen getroffen.

Haussuchung in kommunistischer Redaktion

Gotha, 28. September.

In den Redaktionsräumen des „Gothaer Volksblatt", dem Organ der Kommunistischen Partei Gothas, nahmen am Dienstag mehrere Kriminalbeamte eine Haussuchung vor. Die Kriminalbeamten suchten nach Bürgerkriegsheften. Die Haussuchung verlief jedoch ergebnislos. Weiterhin wurden in den Wohnungen der Genossen Fenske und Brilla Haussuchungen vorgenommen. Auch diese verliefen resultatlos. Die Kriminalbeamten gingen äußerst brutal vor und wollten beim Genossen Fenske auf offener Straße eine Leibesvisitation vornehmen. Auf Einspruch des Genossen wurde dies unterlassen.

Niedriger hängen!

Die „Saale-Zeitung" („A.-Z.") hatte in den letzten Tagen einen Artikel aus der „Iswestija" nachgedruckt, der von einem Weißgardisten übersetzt worden war. Der Artikel schilderte mit der nur den Bolschewiki eigenen Offenheit die Zustände in einem Moskauer Asyl, jenen traurigen Erbresten aus der Zarenzeit, die zu beseitigen die russischen Kommunisten mit wachsendem Erfolg beschäftigt sind. Die „Saale-Zeitung" verallgemeinert den Einzelfall und schreibt von Zuständen in einer zweiten Moskauer Mietskaserne, was also heißen soll: so sieht es überall in Moskau aus.

Diese niederträchtige Lüge hängen wir hiermit nur niedriger!

Kurze politische Meldungen aus aller Welt!

Die Besoldungsvorlage wird erst in nächster Woche vom Reichsrat beraten werden.

Vorschußzahlungen sollen ab 1. Oktober bei der Reichsbahn zur Auszahlung gelangen.

94 762 Kirchenaustrittserklärungen wurden in Leipzig in der Zeit vom August 1919 bis Anfang Juli 1927 vorgenommen.

Pech hat die nationalistische Presse mit dem Attentatsschwindel anläßlich des Flugzeugunglückes bei Schleiz gehabt. Die Ursache des bedauerlichen Unglückes ist jetzt einwandfrei in einem Bruch der hinteren Strebe nachgewiesen worden.

Eine große Europa-Asien-Eisenbahn-Konferenz wird im Oktober in Riga stattfinden. Neben den meisten europäischen Staaten werden auch Japan, China und die Sowjetunion daran teilnehmen.

Die Delegierten der amerikanischen Legion wurden in Rom von Mussolini mit einer lächerlichen Begrüßungsbotschaft empfangen.

Der in Polen verschwundene General Zagorski soll nach Blättermeldungen auf höheren Befehl ermordet worden sein.

Von Mussolinien aus reist der litauische Henkerminister Woldemaras nach Berlin zu einer Unterredung mit Herrn — Stresemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0002

250000 Arbeiter

für aktive Solidarität mit der Sowjetunion — für die 3. deutsche Arbeiterdelegation

Von Robert Siewert, Chemnitz

Die vor einigen Wochen von der Arbeitergruppe „Einheit" eingeleitete Kampagne für die Unterzeichnung einer Begrüßungsadresse an die russischen Arbeiter und Bauern zum 10. Jahrestag der Revolution stellte sich das Ziel, **250 000 Arbeiter für die Unterzeichnung zu gewinnen.**

In Verbindung damit sollten die Vorbereitungen zur Entsendung einer neuen Arbeiterdelegation getroffen werden. 60 bis 100 Arbeitern soll erneut Gelegenheit gegeben werden, die Verhältnisse in Rußland zu untersuchen. Diesen deutschen Arbeitern wird auch Gelegenheit geboten, den Feiern, die von den russischen Arbeitern und Bauern zum 10. Jahrestage der Revolution veranstaltet werden, beizuwohnen.

Die Arbeiten für die Entsendung der 3. deutschen Arbeiterdelegation sind durch die Unterschriftensammlung für die Begrüßungsadresse an die russischen Arbeiter eingeleitet worden. In allen Betrieben und Organisationen soll zur Entsendung von Delegierten Stellung genommen werden. Jeder Betrieb, jede Organisation, die einen Delegierten entsendet, muß die Mittel für die Finanzierung des Delegierten aufbringen. Alle Delegierten müssen gewählt sein und ein Mandat besitzen. Die Delegiertenwahlen stoßen auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die aber trotz allem überwunden werden.

Nach den bei der „Einheit" bis jetzt vorliegenden Meldungen ist anzunehmen, daß das gesteckte Ziel erreicht wird.

90 000 Unterschriften

sind bereits gesammelt worden. Dabei muß festgestellt werden, daß sehr wichtige Arbeiterbezirke noch keine Meldung gemacht haben.

Ganz hervorragende Einzelleistungen sind zu verzeichnen. Ueberall ist festzustellen, daß die Einheitsfreunde sich aktiv für die Unterzeichnung der Begrüßungsadresse eingesetzt haben. So hat z. B. in Berlin ein Arbeiter, der zur Gruppe „Einheit" gehört, allein fast 2000 Unterschriften gesammelt.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter, der im Betriebe steht, also den ganzen Tag arbeiten muß, hat in Dresden allein 1000 Arbeiter zur Unterzeichnung der Begrüßungsadresse bewegen können.

Auch auf dem flachen Lande, in den ländlichen Gebieten der Mark und im Osten und Süden Deutschlands sind bei der Unterschriftenkampagne beachtliche Erfolge zu verzeichnen. So hat ein Einheitsfreund in einem ländlichen Gebiet bis jetzt schon über 500 Unterschriften gesammelt.

Bei diesen Zahlen muß berücksichtigt werden, daß der Einheitsgruppe Publikationsorgane in den Bezirken kaum zur Verfügung stehen. Die ganze Propaganda muß mündlich und von Arbeitern geleistet werden. Bei diesen Zahlen ist ferner zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratische Führerschaft im ganzen Reiche, angefangen durch die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteiausschusses, in der sozialdemokratischen Presse und in den Versammlungen eine wüste Hetze gegen die Unterschriftenkampagne und gegen die Entsendung der 3. Arbeiterdelegation entfaltet. Die sozialdemokratischen Führer und der größte Teil der sozialdemokratischen Presse schreckt vor den frechsten Lügen nicht zurück. Man versucht, die Arbeiter einzuschüchtern. Man versucht, sie von der Unterzeichnung abzuhalten. Man erzählt ihnen, daß die ganze Unterschriftenkampagne eine „kommunistische Masche" sei und die Entsendung einer neuen Arbeiterdelegation ein „kommunistisches Theater". Welche Ausmaße die Hetze, die von der sozialdemokratischen Führerschaft eingeleitet worden ist, zeitigt, erlebten wir aus einem Vorgang in dem kleinen sächsischen Ort Frankenberg. In diesem Ort haben sich die Arbeiter aller Parteirichtungen zu einer proletarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Diese proletarische Arbeitsgemeinschaft leitet in Frankenberg die Unterschriftenkampagne und die Arbeit für die Entsendung eines Delegierten. Langjährig gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die jahrzehntelang Mitglieder der SPD. waren, stehen an der Spitze. Der Erfolg, den diese Gruppe bei der Unterschriftensammlung hatte, verleitete die sozialdemokratische Parteileitung des Ortes dazu, in dem bürgerlichen „Frankenberger Tageblatt" folgendes Inserat zu veröffentlichen:

„SPD., Ortsverein Frankenberg.

Warnung!

Seit einiger Zeit versucht eine Gruppe politisch indifferenter Arbeiter unter dem Namen Proletarische Arbeitsgemeinschaft in Betrieben und auch bei unseren Mitgliedern Unterschriften und Beiträge zu sammeln, um damit eine sogenannte „Rußlands-Delegation" zu unterstützen. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, unsere Parteimitglieder dringend vor jedweder Unterstützung solch zweckloser Unternehmen zu warnen. **Der Vorstand der SPD."**

Durch diese Unterstützung von seiten der sozialdemokratischen Parteileitung haben die Freunde der Einheit den besten Erfolg erzielt. Es ist in diesem kleinen Orte gelungen, bis jetzt schon 1200 Unterschriften zu sammeln.

Die 3. Delegation soll sich vor allem aus sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzen. Es ist bekannt, daß die russischen Gewerkschaften am liebsten eine offizielle Delegation begrüßen würden. Da die Entsendung einer offiziellen Delegation an dem Widerstand der Reformisten scheitert, werden die Delegierten in Betriebsversammlungen gewählt. Bei den Wahlen der Delegierten kommt es überall zu lebhaften Auseinandersetzungen.

In Langenbielau ist der sozialdemokratische Genosse Sauer zum Delegierten gewählt worden. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei wollte die Wahl verhindern. Der Erfolg war, daß eine überfüllte Betriebsversammlung die Wahl gegen zwei Stimmen vornahm. Nun sollte die Finanzierung der Delegation verhindert werden. Dabei erlitt die sozialdemokratische Führerschaft die zweite Niederlage. In Schlesien sind 7 sozialdemokratische Delegierte gewählt, die alle viele Jahre freigewerkschaftlich organisiert sind.

In Meißen sollte die Wahl des Sozialdemokraten Neuhaus hintertrieben werden. Es gelang nicht. Nun wurde Neuhaus vor den Parteivorstand geladen und man versuchte, ihm klarzumachen, daß er sein Mandat niederlegen müsse. Neuhaus blieb fest und wir sind der Ueberzeugung, daß alle Bemühungen, ihn von seinem Entschluß, an der Delegation teilzunehmen, nicht abbringen werden.

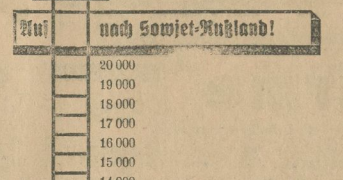
In Bautzen wurde von einer Betriebsrätevorsammlung das Ortsausschußes der Genosse Albrecht zum Delegierten gewählt.

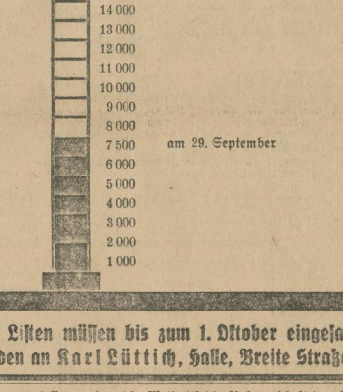
Aus allen Bezirken des Reiches treffen Meldungen ein, daß die Wahlen der Delegierten überall vonstatten gehen. Wir können mitteilen, daß bis jetzt schon 35 Delegierte gewählt worden sind, davon sind 27 Mitglieder der SPD., 5 Parteilose und 3 Kommunisten.

250 000 Unterschriften sollen aufgebracht werden.

Das Ziel ist noch nicht erreicht. Es ist notwendig, daß alle unsere Genossen diese Kampagne der Einheitsgruppe unterstützen, daß sie sich in ihren Betrieben und Werkstätten und in ihren Wohnbezirken einsetzen für die Unterzeichnung der Begrüßungsadresse an die russischen Arbeiter.

Sammelt Unterschriften für die 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion!





Alle Listen müssen bis zum 1. Oktober eingesandt werden an Karl Lüttich, Halle, Breite Straße 17

Vor einem neuen Kampf in der englischen Kohlenindustrie

(WTB.) **London**, 28. September.

Den Blättern zufolge erklärte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook, die Bezirksorganisationen der Bergleute hätten sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Vereinbarungen mit den Grubenbesitzern gekündigt werden sollten. Im nächsten Monat werde die Angelegenheit vor den Vollzugsausschuß kommen.

Kurze Auslandsmeldungen

Botschafterwechsel Moskau—Angora

Berlin, 28. September.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Konstantinopel, daß an Stelle des bisherigen Botschafters in Moskau, Sekkia Salih Bey, der zum Abgeordneten gewählt wurde, Tewfik Bey zum türkischen Botschafter in Moskau ernannt wurde. Tewfik Bey, nicht zu verwechseln mit dem Außenminister Tewfik Rüschid Bey, gehört zum engeren Freundeskreis des „Gazi" Mustafa Kemal Pascha und stand bis jetzt an der Spitze dessen Zivilkabinetts.

Henri Barbusse erkrankt

Moskau, 28. September.

Der französische Dichter Henri Barbusse, der seit einiger Zeit in Moskau als Ehrengast des russischen Proletariats weilt, ist an Grippe erkrankt, so daß eine Reihe von Veranstaltungen, in denen er als Vortragender auftreten oder die zu seinen Ehren veranstaltet werden sollten, abgesagt werden mußten.

Englands Dominions rüsten

London, 28. September.

In der vorigen Woche hat das neuseeländische Parlament eine Million Pfund zum Ausbau des britischen Kriegshafens in Singapur bewilligt und die nötigen Gelder zum Bau von zwei neuen 8400-Tonnen-Kreuzern zur Verfügung gestellt. Jetzt wird berichtet, daß die kanadische Regierung beschlossen hat, den Ausbau ihrer Luftflotte zu beschleunigen. Wie „United Preß" berichtet, sind bereits Aufträge zum Bau von 26 Flugzeugen und 22 Reservemotoren englischen Flugzeugfabriken erteilt worden.

Neues Blutbad in Nicaragua

Berlin, 28. September.

Die „Vossische Zeitung" meldet am 27. September abends, daß es zwischen amerikanischen Truppen und nicaraguaischen Revolutionären zu Zusammenstößen kam, in deren Verlauf ein amerikanischer Marinesoldat und 20 Revolutionäre getötet wurden. Das Gefecht dauerte fünf Stunden. Für die Marinesoldaten sind Verstärkungen unterwegs.

Aufstand in Marokko

Paris, 28. September.

Die bürgerliche Presse meldet aus Marokko, daß es in der spanischen Zone wieder zu schweren Zwischenfällen kam. Die spanischen Behörden haben verschiedene religiöse Feierlichkeiten untersagt. Trotzdem versuchten die Marokkaner, sie durchzuführen, wobei es zu ernsthaften Zusammenstößen kam. Ein Regiment eingeborener Soldaten ermordete mehrere seiner Offiziere. Verschiedene Eingeborenenstämme haben sich wieder erhoben.

Bei Unruhen in Kalkutta wurden 20 indische Arbeiter erschossen. Verschiedene Arbeiterführer sind verhaftet worden.

Ausschluß der Fraktionstreiber aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

(WTB.) **Moskau**, 28. September.

Die Presse veröffentlicht einen Beschluß des Präsidiums der Moskauer Kontrollkommission der Kommunistischen Partei über den Ausschluß von 14 Oppositionellen aus der Partei wegen der Gründung einer parteifeindlichen illegalen Organisation, die sie gemeinsam mit einer Gruppe parteiloser Intellektueller vornahmen, die zum Teil offen mit sowjetfeindlichen Elementen in Beziehung standen. An der Spitze dieser Organisation standen alte Anhänger Trotzkis, darunter Mratschkowski, Vorsitzender eines Moskauer Trusts, der eine Geheimdruckerei leitete und den dort beschäftigten Parteilosen geheime Parteidokumente sowie parteifeindliche Schriftstücke zur Verfügung stellte.

Der Gefangene von Potsdam

51]

Von Heinrich Wandt

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Das waren Fragen, die ich mir hinterher in den langen Monaten der zermürbenden, unschuldig erlittenen Untersuchungshaft noch tausendmal wiederholte. Aber jetzt, in der ersten furchtbaren Ueberraschung, die mir das Gehörte bereitete, blieb mir keine Zeit zum Nachdenken.

Herr Kriminalkommissar Mercier winkte seiner Stenotypistin. Das kleine Fräulein setzte sich an ihre Schreibmaschine und spannte einen weißen Bogen ein. Dann begann die Aufnahme eines Protokolls.

Dabei mußte ich natürlich zuerst über meine Personalien und meinen seitherigen, sehr abwechslungsreichen Lebenslauf Auskunft geben. Und dann wurde ich veranlaßt, mich über den Grund zu äußern, der mich zum Niederschreiben der „Etappe Gent" bewog. Herr Mercier meinte bei dieser Gelegenheit, man hege „an zuständiger Stelle" schon lange die Ueberzeugung, daß ich zur Abfassung dieses Buches amtliches Material benutzt hätte.

Ich widerlegte sofort diese falsche Annahme, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die unangenehme Erkenntnis dieser „zuständigen Stelle" stützte, daß sich eine derartige Hieb- und Stichfestigkeit, wie sie meinen Behauptungen innewohnte, nur daraus erklären lasse, daß ich meinen „unsauberen Mittel", wie die sonst auf seinen Ton pochende, streng deutschnationale Bremer „Weser-Zeitung" schrieb, in bestimmte authentische Schriftstücke der Etappen-Inspektion der vierten Armee und des Oberkommandos derselben hineingesteckt hätte.

Wer diese erwähnte „zuständige Stelle" war, vermochte ich übrigens sofort zu erraten. Herr Mercier mußte nämlich seine Arbeit auf einen Augenblick unterbrechen, weil er von irgendeiner Abteilung des Reichswehrministeriums am Telephon zu sprechen gewünscht wurde. Er stand auf und eilte schleunigst an den Apparat, nahm den Hörer ab und sagte, dienstfertig und laut die Hacken zusammenklappend: „Hier Mercier . . . Jawohl, Herr Major, die Verhaftung ist erfolgt!"

Ich hatte keine Zeit, das in meinem Gehirn auftauchende Rätsel zu lösen, ob der Major, dem da eine Festnahme — wahrscheinlich die meinige gemeldet wurde, vielleicht identisch war mit jenem Major des Reichswehrministeriums, der nach den Worten des Hauptmanns Henz „die Sache schon schmeißen", d. h. mich, den so gehaßten Verfasser der „Etappe Gent" endlich zur Strecke bringen würde. Die Vernehmung wurde fortgesetzt, und ich mußte mich nun darüber auslassen, auf welche Weise ich die Bekanntschaft des Ziehe gemacht und welche weiteren Beziehungen ich mit ihm gepflogen hatte. Ich erzählte alles was ich über diesen Punkt zu sagen hatte, frei und frank und hielt mit nichts hinter dem Berge. Und ebenso berichtete ich ganz offen, daß ich in meiner ersten Bestürzung über Ziehes Verhaftung die grenzenlose Dummheit beging, sämtliche Akten, die er mir leihweise überbracht hatte zu verbrennen, weil ich der irrtümlichen Meinung war, ihn dadurch vor weiterer gerichtlicher Verfolgung und dem Verlust seiner Stellung zu bewahren.

Der Kommissar fragte, ob ich für diese von mir behauptete Vernichtung der in Frage stehenden Schriftstücke Zeugen benennen könne, und ich nannte ihm sofort einige und erklärte, daß ich im Notfalle noch weitere angeben könne.

Herr Mercier las mir darauf die Bezeichnungen der einzelnen Aktenstücke vor, die Ziehe an sich nahm, und verlangte zu wissen, ob ich sie alle erhalten hätte. Ich antwortete wahrheitsgemäß, daß dies meine feste Ueberzeugung wäre, denn ich würde Z. nicht zutrauen, daß er jemanden anders als mir solche Schriftstücke zugeschanzt habe, denn er sei niemals von der Gier nach einem klingenden Nebenverdienst, sondern immer nur von dem edlen Willen besessen gewesen, mich, seinen politischen Gesinnungsfreund vor den mir zu Unrecht drohenden zwei Jahren Gefängnis zu schützen.

Ich gab weiter zu Protokoll, daß die mir genannte Zahl der fehlenden Schriftstücke einen Beweis für die Richtigkeit dieser meiner Meinung bilde, denn ungefähr gerade soviel wären nach meiner Schätzung in der Truhe meines Bücherschranks versteckt gewesen, als ich sie an mich genommen und verbrannt hatte. Und ich fügte meinen Auslagen noch bei, daß ich mich außer der Bezeichnung „Flandern geim" auf keinen anderen Namen der mir leihweise zur Verfügung gestellten Aktenbände entsinnen könne, weil ich ja gar nicht dazu gekommen wäre, sie mir näher anzusehen, geschweige sie durchzulesen. Und bei dieser Gelegenheit gab ich dem mich vernehmenden Kommissar noch besonders zu bedenken, daß ich gleich darauf, nachdem mir Ziehe die ersten paar alten Etappenschriftstücke überbracht hatte, zu meiner Erholung in das niederländische Seebad verreist war, und daß ich nach meiner Rückkehr von dort wegen des gegen mich schwebenden Haftbefehls vom 6. September nur einige wenige Male auf einen ganz kurzen Sprung in meine Wohnung gekommen war.

Herr Mercier, der sich während dieses langen Verhörs als ein sehr korrekter Beamter zeigte, schien mich denn auch, nach Abschluß des Protokolls nicht für den „verruchten Landesverräter" zu halten, als der ich nachher, während ich wehrlos gemacht in Untersuchungshaft saß, von dem Leibblatt der jubilierenden und ein „Siegesbankett" veranstaltenden Etappenhelden gebrandmarkt wurde. Er willigte auf meine Bitte darin ein, daß ich in Begleitung des einstigen Genter Kriegskameraden und noch eines anderen Herrn seines Dezernats in meine Wohnung fuhr und mir dort außer einem anderen Anzug auch noch die Wäsche und Toilettearikel besorgte, die man für einen längeren Aufenthalt „im Hotel zur Laus" schnell kommt man hinein, aber nur langsam wieder heraus", notwendig hat. Und als ich mich wieder — ich hatte unterwegs auch eine ordentliche warme Mahlzeit, die mir aus der „Löwenburg" besorgt worden war, einnehmen dürfen — bei ihm zurückmeldete, da wollte er sogar noch seinen Vorgesetzten befragen, ob ich in Haft verbleiben müsse. Dieser Herr war aber, da wegen der Durcharbeitszeit die Feierabendstunde schon um drei Uhr nachmittags schlug, bereits nach Hause gegangen.

Herr Mercier zuckte bedauernd die Achseln und übergab mich zwecks Rücklieferung in das Polizeigefängnis einem seiner Assistenten. „Na, dann müssen Sie es sich eben bis morgen noch in Ihrer Zelle wohl sein lassen, Herr Wandt!"

Ich schied wohlgemut von ihm, ich hatte ja ein gutes Gewissen. Aber ich sollte sehr lange auf dieses „morgen" warten müssen, denn ich war kein völkischer Attentäter, sondern ein republikanischer Schriftsteller, der in den Augen der derzeitigen politischen Strafjustiz unserer herrlichen deutschen „Republik" bekanntlich ein schlimmerer Verbrecher ist, als der bestialischste Massenmörder!

Hungerstreik

Nach dem deutschen Gesetz soll jeder Verhaftete innerhalb vierundzwanzig Stunden seinem ordentlichen Richter zugeführt werden. Aber bei mir nahm man das nicht so genau. Ich, war am 11. Oktober festgenommen worden und genoß erst am 13. das sehr zweifelhafte Vergnügen, mich dem in einem Raume neben dem Polizeigefängnis amtierenden Amtsgerichtsrat Struckmann vorstellen zu dürfen. Ich lernte ihn als einen sehr kolerischen Herrn kennen, der gleich furchtbar aufbraust, wenn man das nicht zugibt, dessen man zu Unrecht verdächtigt wird. Obwohl ich ihm in der höflichsten Art und Weise Rede und Antwort stand, fiel er mit dem Gebrüll über mich her: „Sie sind des Verrats militärischer Geheimnisse beschuldigt und haben eine ganz exemplarische Bestrafung zu erwarten!"

Nun wurde ich auch zornig und begann gleichfalls zu schnauzen. Und das wirkte. Er wurde kleinlaut und gestattete mir nun sogar von sich aus, daß ich in seinem Beisein gleich meinem Rechtsanwalt anrufen dürfte, der mich bereits im Untersuchungsgefängnis zu Moabit vergeblich gesucht hatte und sich nun schleunigst bei mir einstellte.

Jetzt hörte ich von der geradezu wahnwitzigen Beschuldigung, die in der leichtfertigsten Weise gegen mich erhoben wurde und bereits in der Presse des In- und Auslandes in der sensationellsten Aufmachung zu lesen stand: Ziehe hätte mir den bereits von dem deutschnationalen Schriftsteller Steiner in der Oeffentlichkeit erwähnten Graf Schlieffenschen

Aufmarschplan gegen Holland

verschafft, damit ich ihn, wie es meine Absicht gewesen sei, in meiner Zeitung bekanntgeben könnte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0003

Stadt-Theater
Heute 2632
Donnerstag, 8 Uhr:
Die Macht des Schicksals
Freitag, 8 Uhr
Rosen

Walhalla
Anfang 7.45 Uhr
Letzte 2 Tage
Wien und die Wiener
Ausstattungs-Revue
in 25 Bildern
Ab 1. Oktober:
Gastspiel Telly de Heidt
mit ihrem Ensemble
Dazu der fabelhafte Varieteteil
m. Rudolf Mälzer

Edison-Theater
Goethestraße 26
Freitag 9. Montag
7 und 8.20 Uhr
Zwei Erstaufführungen
Heimatlos
Eine Tragödie verteufelter Menschen aus unseren Tagen, in 7 Akten
Komteß Dubiloff
Ein modern. Lustspiel in 6 Akten für 18 bis 80jährige
Streichkonzert Kapelle Franke
Sonntag für Kinder
Tom Mix

Schleifer-Ausschnitt
Gummi-Absätze liefert billigst
Paul Andersch
Magdeburger Straße 8

Getragene
Jackettanzüge
Mäntel, Joppen, Schuhwerk usw. stets preiswert bei
Hofmann
Leipziger Str. 27
(am Leipzig. Turm)

Auf
Kredit
bei niedrigster Anzahlung und selbst zu bestimmt. Wochenraten erhalten Sie
Herren-Damen- u. Kinder-Garderobe
Manufakturwaren
Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche
Gardinen, Schuhwaren
fertige Federbetten
Möbel, Spiegel
Polsterwaren
L. Rasemann
Große Ulrichstraße 40 (Eing. Kaufenberg)
Kredit auch nach auswärts

Chaiselongues
von 40.— Rm. an
Plüschsofas
von 100.— Rm. an
Bettstellen
mit Ia Patent- und Auflagematratze 89.—
Küche und Speisezimmer
preiswert
Zahlungserleichterung
Siegmund Gade
Halberstädterstr. 14

Sohlenleder-Ausschnitte
Gummi-Absätze
Schuhmacher-Artikel
empfiehlt billigst
J. M. Mollnau,
Weißenfels,
Klosterstraße 28
Lederhandlung und Schäftemacherei

Leder
zu bekannt billigen Preisen 381
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geißstraße

Modern. Kindermagen 30 Mk. und Geige mit Geigenständer 25 Mk. zu verkaufen
Goldammer,
Schillerhof 21,I 2615

380
Freitag
Schlachtefest
V. 9 Uhr ab Wellfleisch
B. Kühlewind
Schmerschlestr. 28

Neu eröffnet!
Lederausschnitt
billigst bei 388
Wilh. Kranig
Alte Promenade 14

Ehrenerklärung
Die beleidigenden Aeußerungen, welche ich gegen Frau Lina und Herwig Schwenke getan habe, sind unwahr und nehme dieselben deshalb bereuend zurück; auch warne ich jedermann, dies weiter zu erzählen
Fried. Blumentritt
Maschwitz

Futterschw. s.o. Bruckdorf, Schulstr. 1. Fleger

Ehrenerklärung
Die Beleidigung, die ich gegen Frau Martha Jakob ausgesprochen habe, nehme ich hiermit mit Bedauern zurück
Zeitz, 28. 9. 27
H. R.

Hamburger Fischhalle
Zeitz, Brüderstr. 9
empfiehlt täglich frisch prima
Seefische
sowie die hochfeinen neuen Fettbücklinge zu billigsten Preisen

Auswahl und Preise dieser sämtlich vorzügl. Qualitäten sind äußerst beachtenswert

in Lack 12,50
in schwarz Chevreau . 13,50
in schwarz Wildleder . 14,50
in grau Nubuk . . . 14,50
in schwarz Boxkalf, Original-Rahmenarbeit 15,50
in Lack, mit Velour-Bordüre, Original-Goody gew. . 16,50
in Lack, Rahmenarbeit 17,50
in Braun Boxkalf-Spange, Orig.-Rahmenarbeit . . 16,50
in mauve Chevreau mit Kupferlack-Einsatz, Original-Goodyear gewendet . 16,50
in grau Chevreau-Spange, Orig.-Rahmenarbeit . . 17,50

Sonnabend
Tack
& Cie. A.-G. Büro
Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., GmbH **Halle S.** Schmeerstr. 1 Fernspr. 262 0

Gardinen
Die letzten billigen Tage
im alten Geschäftslokal

Benutzen Sie diese günstigen Kaufgelegenheiten

Methner,
Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken Georg Methner & Co
Halle (Saale), am Leipziger Turm

Schirme 2622
kaufen Sie jetzt besonders günstig
Wegen Umzug bis 20% Rabatt
Damen-, Herren- u. Kinderschirme
in selten großer schöner Auswahl
Albert Wande
Gr. Steinstr., Ecke Neunhäuser
Ab November Gr. Steinstraße 10

Kleine Anzeigen
haben im Allgemeinen
Große Wirkung!

Bettstellen Bettwaren Bettfedern
Fachmännische Beratung!
Zuverlässige Bedienung!
Äußerst niedrige Preise!

Metallbettstellen
mit Patentmatratzen
Mk. 15,— 17,— 20,— 22,— 24,— 26,— 28,— 32,— 38,— usw.
Holzbettstellen
Mk. 24.50 28,— 33,— 36,— 40,—
Kinderbetten .... Mk. 16,— 18,— 21,— 26,— 28,— usw.
Stahldrahtmatratzen
Mk 7,75 11,— 15,— 17,—
Echte Patentmatratzen
Mk. 20,— 25,— 29,—
Auflegematratzen
3tlg. mit Keil Mk. 15,— 21,— 24,— 27,— 32,— 36,— u. höher

Federbetten mit guter Füllung
Oberbett RM. 15.50 18,— 29,— 38,— 47,—
Unterbett RM. 14.50 16,— 26,— 32,— 42,—
2 Kissen RM. 8.50 11,— 17,— 21,— 26,—
pro Stand RM. 38.50 45,— 72,— 91,— 115,—

Bettfedern ..... Mk. 0,90 1,25 2,— 2,50 3,— 4,50
Halbdaunen ..... Mk. 3,— 3,50 4,— 5,50 7,— 8,50
Daunen ..... Mk. 9,— 9,75 11,— 15,— 18,— 23,—
Inletts, garantiert federdicht..... 130 cm 2,75 4,— 4,50 5,— 5,50 6,50 7,50
80 cm 1,75 2,75 3,10 3,25 4,25
Steppdecken ..... Mk. 12,75 17,50 20,— 25,— 27,— 34,—
Daunendecken ..... Mk. 50,— 55,— 60,— 70,— 82,— 88,— usw.
Chaiselongues ..... Mk. 34,— 38,— 40,— 50,— 53.— usw.

Schränke und Schlafzimmer zu erstaunlich billigen Preisen
Auswahl enorm! Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Eigene Polsterwerkstätten.
Bettfedern-Reinigung und Dämpfung täglich.
Abholen und Zubringen kostenfrei.

Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 (Eingang Kanzleigasse) 2 Min. v. Markt

Beste deutsche Bezugsquelle f.
billige böhm. Bettfedern!
1 Pfd. **graue,** gefüllt, M. 0,80 u. 1,—, **halbweiße** M. 1,20, **weiße** flaumige M. 2,—, 2,50 u. 3,—, **Herrschaftsfüllung** M. 4,—, **bester Halbflaum** M. 5,— u. 6,—, ungefüll. **Flaum, Rupfedern** M. 2,20 2,80 u. 3,25, **Flaumkopf** M. 4,—, **Daunen** weiß M. 7,—, hochfein M. 10,— — portofrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. postfrei. Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos.
Rudolf Blahut, Deschenitz 138 Böhmerwald
Bettfedernversandhaus

Wo speise ich gut und billig?
in
Volkspark
Burgstraße 27 Tel. 21107

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Erstklassige Fahrräder (Panzer)
Nähmaschinen, Mäntel, Schläuche
Lampen, Karbid und Batterien sowie
sämtliche Ersatzteile
Zahlungserleichterung
Lorenz Pawlowski
Langerweg 6 Aschornewitz Langerweg 6

Auf
Teilzahlung
liefern wir
Möbel
Polsterwaren
Reformbetten
Herren- u. Damenkonfektion
Schuhwaren
Wäsche
Kleine Anzahlung
Wöchentlich RM. 3,— bis RM. 5,—
nur im
Waren Kreditgeschäft „Merkur" G. m. b. H.
Halle, Gr. Ulrichstr. 4/5, I. Etage

Werbt
Abonnenten für die Parteipresse!

Weißenfels Weißenfels
Carl Wunderlich
Woll- und Weißwaren — Herren- und Sportartikel
jetzt **Jüdenstraße 41**
414 — gegenüber der Firma Reese —

Spezial-Geschäft
in
Bettfedern, Ia Inlettstoffen u. fert. Betten
Erstklassige
Dampf-Bettfedern-Reinigung
täglich im Betrieb, Abholung und Zustellung kostenlos
Erich Meiling
Ludwig-Wuchrer-Straße 12
Halle a. S. Tel. 29326

Edison-Lichtspiele
Neuschberg-Dürrenberg
Jeden Freitag u. Sonnabend im Gasthof zur Sonne
empfehlen wir unsere neuesten
Filme.
Paul Sonntag.

Für Herbst und Winter
empfiehlt in großer Auswahl
Mäntel, Anzüge Joppen, Hosen
für Herren und Knaben
von den einfachsten bis zu den besten Ausführungen
2618
Bekleidungshaus **66 Johann Heum 66**
Halle an der Saale
Leipziger Straße
1 Minute vom Riebeckplatz
Trotz steigender Preise bin ich in der Lage, Sie billig zu bedienen, weil ich rechtzeitig eingekauft habe
Tun Sie es auch.
Achten Sie genau auf Straße und Hausnummer!

Achtung!
6035.
Empfehle diese Woche bestes prima Mastfleisch, Rouladen, Fett, sowie alle Sorten Wurst mit Schweinefleisch gemischt
Dig Nachf., G. Reiß,
Zeitz, Schartenstr.
Telephon 433

Spende für die „Rote Hilfe"

Prima junges kräftiges **Mastfleisch**
sowie alles andere empfiehlt
Max Frommelt
*2658 Zeitz
Parcelleustr. 15
Telephon 507

5 Waggon Haushaltwaren
41880 kg
Glas, Porzellan u. Steingut eingetroffen!
Bringe diese billig zum Verkauf

Steingut
Kompotinapf, groß, bt. 0,08
Kaffeebecher, extragroß 0,12
Sauciere, groß, weiß . 0,48
Butterglocke m. Stulpdeckel 0,35
Becken, bunt, groß . . 0,00
Satz Schüsseln, 6 Stck. 0,90
Waschgarnit., 5 tlg. gr. 2,50

Glas
Glasteller mit schön. Mustern . 0,08
Bierbecher mit Eiche 0,10
Weinglas 0,18
Große Butterglocke . 0,45
Stutzflasche mit Glas 0,50

Porzellan
Schalentasse mit kleine Fehlern . . 0,08
Schalentasse mit breitem Goldrand 0,30
Speiseteller Fetton m. Zackenrand 0,18
Kaffeeservice Stetig mit Kante . . 3,70
Speiseteller mit breitem Goldrand 0,50

Steingut
Kinder-Speiseteller . 0,08
Brotschnittplatte . . 0,18
Nachtgeschirr, groß . 0,48
Leuchter, weiß 0,15
Satz Milchtöpfe, 4 Stck. 0,90
Speiseteller, Fetton tief u. flach m. Zackenrd. 0.14
Waschgarnit., stlg. bt. 2,65

Steinweg 45 **SOBEL** Steinweg 45
Gr. Ulrichstraße 9

Ausstöpfe
2 3 4 5 Ltr
0,35 0,48 0,58 0,90

Einkochtöpfe
9 11 13 17 Ltr.
1,30 1,45 1,85 2,25

Em.-Eimer 28 cm, ohne Fehler . . . 0,85
Zinkeimer 28 cm . . . 0,90
Satz Emaille Schmortöpfe mit Deckel . 4,85
Engl. Kohlenkasten m. Deck. bunt bemalt . 1,65
Emaille-Aufwaschwanne groß 0,85

Am Dienstag nachmittag 4½ Uhr verstarb nach längerem schweren Leiden unsere liebe Mutter und Großmutter
Frau Ww. Amalie Hartig
geb. Jakob
im Alter von 79 Jahren
Zeitz, den 28. Sept. 1927
Dies zeigen schmerzerfüllt an:
Die trauernden Kinder u. Enkelkinder
Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Michaelisfriedhofes aus statt. Etwaige Blumenspenden erbeten bei Abalbert Hartig, Schützenstraße 8, II. Etage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0004

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 33 – Donnerstag, den 29. September 1927

Die Berufsgefahren der Phosphorgewinnung

(Arbeiterkorrespondenz)

Der erste Ofen des Phosphorbetriebes der J. G. in den Bayrischen Stickstoffwerken in Piesteritz ist seit längerer Zeit fertiggestellt und hat die Produktion aufgenommen. Schon von weitem kündigt sich die Phosphorgewinnung durch die hauptsächlich in der Nacht weithin leuchtende Flamme an, mit der die Ofengase verbrannt werden. Die chemische Industrie ist um eine Giftbude vermehrt worden. Schon beim Anwärmen der Apparatur ereignete sich am 11. Juni die erste Explosion in dem neuen Betriebe. Mit lautem Knall, unter gewaltiger Rauchentwicklung wurde eine Dichtung herausgeschleudert. Außer einigen rußgeschwärzten Gesichtern und dem ausgestandenen Schrecken der in der Nähe beschäftigten Arbeiter sind aber keine weiteren Schäden verursacht worden.

Es kommt hinzu, daß die Art der Phosphorgewinnung wie sie hier ankommt hinzu, daß die Art der Phosphorgewinnung wie sie hier angewendet wird, noch sehr jungen Datums ist, weshalb noch mit manchen Schwierigkeiten und Unfällen bis zur Fertigstellung und reibungslosen Inbetriebsetzung der übrigen drei Oefen zu rechnen ist.

Was ist Phosphor?

Der Name Phosphor ist dem Griechischen entnommen und bedeutet Lichtträger. Deshalb so genannt, weil er in der Dunkelheit leuchtet. Die meisten der älteren Arbeiter können sich wohl noch ihrer Kindheit entsinnen, wo die Phosphorzündhölzchen, bei der Dunkelheit in der Handfläche gerieben, diese leuchtend machte und dies eine beliebte abendliche Unterhaltung darstellte. Phosphor ist ein chemisch einfacher Körper, der sich nicht im freien Zustande in der Natur vorfindet, sondern nur in Verbindung mit Sauerstoff und Metallen, als phosphorsaures Salz in Getreidesamen und Knochen, phosphorsaurer Kalk in Knochen und Guano, in der Ackererde, in Gewässern, Phosphaten usw., phosphorsaure Magnesia, Tonerde, in Kupfer-, Eisen- und Bleierzen, Gesteinsarten usw. vorkommt und aus diesen Stoffen durch verschiedene Verfahren auf chemischen Wege gewonnen wird. Phosphorverbindungen finden sich ferner bei Tieren außer in den Knochen noch im Blut, Fleisch, Gehirn, in den Eiern und in der Milch, im Harn und in den Exkrementen.

Phosphor schmilzt bei einer Temperatur von 44,3 Grad, siedet bei 290 Grad und verflüchtet sich bei gewöhnlicher Temperatur langsam an der Luft. Sein Dampf ist farblos. An feuchter Luft oxydiert sich Phosphor (d. h. er geht eine chemische Vereinigung mit Sauerstoff ein) über 0 Grad langsam unter Wärmeentwicklung zu phosphoriger Säure, wobei ein knoblauchartiger Geruch entsteht. Da sich Phosphor bei 60 Grad an der Luft entzündet, reicht die bei dieser langsamen Oxidation entwickelte Wärme hin, diesen zu entzünden. Er verbrennt dann mit weißer, leuchtender Flamme. Wegen dieser leichten Entzündbarkeit muß Phosphor stets unter Wasser aufbewahrt werden. Er löst sich leicht in Fetten, Benzin usw., aber nicht im Wasser.

Die Gewinnung des Phosphor

Die Phosphorgewinnung ist nicht neu, sondern schon älteren Datums. Nur sind die älteren Verfahren zur Herstellung solcher gewaltigen Mengen, wie sie heute zur Düngemittelherstellung benötigt werden, ungeeignet. Neuerdings gewinnt man Phosphor durch Erhitzen eines Gemenges von Phosphorit, Kohle und Sand im elektrischen Ofen. Zu dieser Gewinnung ist, wie die Bauten von den Bayrischen Stickstoffwerken zeigen, eine gewaltige Apparatur nötig, **die hohe Anforderungen an die Bedienungsmannschaften stellt.**

Der aus dem Gemenge von Sand, Kohle und Phosphorit gewonnene Phosphor ist der giftige weiße oder gelbe Phosphor, im Gegensatz zu dem ungiftigen roten Phosphor, der dadurch entsteht daß weißer Phosphor in sauerstoffreier Luft auf 250 Grad erhitzt wird. Das wichtigste Produkt, Phosphorit, wird aus den bedeutendsten bisher bekannten Lagern in Tunis und Algerien eingeführt.

Die Verwendung des Phosphor

Die Verwendungsmöglichkeiten des weißen Phosphors sind sehr vielseitig. Ratten- und Mäusegifte, Brandgeschosse, Teerfarben, Bronze, Säure, Jod- und andere chemischen Verbindungen, Arzneien und Reizmittel, in früheren Zeiten hauptsächlich zur Herstellung von Zündhölzchen und in neuerer Zeit zur Herstellung von Düngemitteln. Wegen seiner Giftigkeit wurde die **Verarbeitung von weißem Phosphor** bei der Herstellung von Zündhölzchen in fast allen Kulturstaaten **verboten.** So 1874 in Dänemark, 1898 in der Schweiz und in Frankreich, 1901 in den Niederlanden. In Deutschland wurde durch Reichsgesetz vom 10. Mai 1903 bestimmt, daß ab 1907 weißer Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern weder benutzt, noch dürfen solche Zündhölzchen eingeführt oder verkauft werden. Die jetzt hergestellten Zündhölzchen, deren Köpfe keinen Phosphor enthalten, sondern aus einem Gemenge von Kaliumchlorat, Schwefel oder Schwefelantimon, Bichromat usw. bestehen. Diese Zündhölzchen zünden bekanntlich nur an der dazu gehörigen Reibfläche, die aus rotem Phosphor, Schwefelantimon, Glaspulver und einem Bindemittel besteht.

Nachdem jetzt die J. G. Farbenindustrie dazu übergegangen ist, ein sogenanntes Universaldüngemittel herzustellen, in welchem die drei wichtigsten Düngemittel, Stickstoff, Phosphor und Kali enthalten sind und dadurch die Phosphorgewinnung im großen betrieben wird, macht es sich notwendig, **einmal die gewaltigen Schädigungen aufzuzeigen, denen die Arbeiterschaft dieser Betriebe ausgesetzt ist.** Die meisten Erkrankungsfälle in Deutschland sind auf die Zeit zurückzuführen, als noch weißer Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern verarbeitet wurde. Nach dieser Zeit sind Erkrankungen dieser Art seltener geworden. Nur so ist es zu erklären, daß die Entstehungsursachen noch in ein Dunkel gehüllt sind und die Aerzte darüber streiten. Was bisher genau bekannt ist, ist das Krankheitsbild selbst und deren Verlauf.

Phosphor zerstört die Gesundheit der Arbeiter

Eine der scheußlichsten Erkrankungen ist die **Phosphor-Nekrose.** Unter Nekrose versteht man das unter Eiterungs- und Jauchungsprozeß langsam vor sich gehende **Absterben der Knochen,** in diesem Falle der Kieferknochen. Durch Einatmen von Dämpfen und durch den an den Händen haftenden Phosphor gelangt dieser in die Mundhöhle und beginnt nun am Körper des Vergifteten sein langsames, furchtbares Zerstörungswerk. Bei dieser chronischen Phosphorvergiftungen ist im Anfange eine erregende Wirkung zu beobachten. Später stellen sich **Blutarmut und Bleichsucht** ein. Die Haut wird gelblichblaß und trocken. Der Puls ist klein, oft auch unregelmäßig. Appetit und Verdauung sind gelöst und es besteht großes **Wärmebedürfnis.** Als Anfangsstadium der **Kiefernekrose** sind meistens Schwellungen und Geschwüre am Zahnfleisch, dauernde Zahnschmerzen und nach Entfernung der kranken Zähne Entzündung des Zahnfleisches beobachtet worden. Die Einwirkung des Phosphors auf die Kieferknochen wird wahrscheinlich durch schlechte Zähne sehr begünstigt, weswegen auch bei der Auswahl der in diesen Betrieben Beschäftigten auf die **Beschaffenheit der Zähne** ganz besonderer Wert gelegt wird. Auch auf die **Pflege der Zähne und Sauberhaltung der Mundhöhle** soll besonders geachtet werden. Zu diesem Zwecke erhält jeder Arbeiter Zahnbürste und Desinfektionsmittel kostenlos geliefert. Durch Kontrolle sollen die Arbeiter angehalten werden, diese Mittel vor dem Einnehmen der Mahlzeit und vor Verlassen des Betriebes auch tatsächlich zu benutzen. Ist ein Arbeiter an der Phosphornekrose erkrankt, d. h. sind die Kieferknochen abgestorben, dann werden entweder die Knochen von selbst abgestoßen, oder aber schon vorher operativ entfernt. Bis zur Entfernung der Kieferknochen erleidet der Kranke furchtbare Schmerzen. Durch entzündliche Schwellungen ist das Gesicht entstellt. Der aus den Abszessen fließende stinkige Eiter gelangt in die Munbhöhle, wird teilweise verschluckt, wodurch die Nahrungsaufnahme gestört und Erkrankungen der inneren Organe hervorgerufen werden können. Auch die am Hals und im Gesicht auftretenden Fisteln machen dem Erkrankten viel zu schaffen. Von vielen Aerzten wird der Standpunkt vertreten, daß die Erkrankung der Kieferknochen als eine Infektionserkrankung anzusprechen sei, da Tuberkelbazillen beobachtet wurden. Wahrscheinlich aber ist, daß diese Tuberkel sich erst ansiedelten, nachdem durch Phosphor ein Krankheitsherd geschaffen war. Die Phosphornekrose tritt meistens nach vier bis sechs Jahren auf, wurde aber auch schon einige Monate nach der Einstellung in einem Betrieb beobachtet **und sogar ein Jahr nach Verlassen des Betriebes festgestellt.** Da in einigen Fällen, wo die Nekrose der Kieferknochen fehlte, Veränderungen an den äußeren Knochen der Körperglieder (Arme und Beine) und der Knochenhaut beobachtet wurde, führen einige Wissenschaftler die Nekrose auf die, durch Phosphor hervorgerufene, Knochenhaut- und Knochenmarkentzündung zurück.

Aber auch auf das übrige Knochengerüst scheint der Phosphor seine Wirkung auszuüben. Besonders bei Personen, die noch im Wachstum begriffen sind, ist eine **Zunahme des Knochenwachstums,** zugleich aber auch eine Verdickung der Knochen, hervorgerufen durch Auflagerungen, beobachtet worden. Von anderer Seite wurde festgestellt, daß Phosphor den Knochen die zum Wachstum notwendigen Kalksalze entzieht, wodurch diese dann spröde werden und leicht brechen. Es wurden ferner Verschmelzungen der mit überknorpelten Gelenkflächen versehenen Endstücken der Röhrenknochen mit den Mittelstücken der langen Röhrenknochen beobachtet.

Aber nicht nur das Knochengerüst wird angegriffen, sondern auch Erkrankungen aller übrigen Organe sind nicht selten. So z. B. **Magengeschwüre, Entzündungen der Magendrüsen, Gallenstauung,** hervorgerufen durch die Vermehrung des die Zwischenräume ausfüllenden Bindegewebes der Leber, Verschrumpfung der bindegewebigen Durchwachsung der Niere, **Ueberfettung der Leber und** Niere, Veränderungen des Blutes **und** Blutungen in den verschiedensten Körperpartien, Zerfall des Geweheeiweißes, vermehrte Harnstoffbildung, vermehrter Ammoniakgehalt im Harn, Augenerkrankungen usw. Zu erwähnen wären ferner noch die gefährlichen **Verwundungen durch brennenden Phosphor,** die sehr schwer heilen.

Die Aufnahme von 50 bis 500 Milligramm Phosphor genügt, **um einen Menschen tödlich zu vergiften.** Bei akuten Phosphorvergiftungen entstehen stark schmerzende Magenentzündungen mit starkem Durstgefühl, knoblauchartigem Aufstoßen und Erbrechen leuchtender Massen. Auch blutige Durchfälle, Anschwellung der Leber, Gelbsucht und im Blute vorhandener Gallenstoff ist beobachtet. Der Tod tritt meistens nach 7 bis 10 Stunden nach starkem Kräfteverfall durch Muskellähmung ein. Schnelle und vollständige Entfernung des Giftes durch Brechmittel, oder Auspumpen und Ausspülen des Magens können den Vergifteten retten.

Aus dieser kurzen Darstellung, mit der die Schädigungen des Phosphors noch keineswegs erschöpfend behandelt sind, kann ersehen werden, welchen Gesundheitsgefahren die Arbeiterschaft in diesen Betrieben entgegengeht. Es muß daher gefordert werden, daß alles getan wird, um die in diesen Betrieben Beschäftigten vor Schädigungen zu schützen. Da es aber nicht im Interessenkreise des Chemiekapitals liegt, sich um seine Arbeitssklaven zu kümmern, müssen eben die Arbeiter von sich aus unter allen Umständen darauf bringen, daß in jeder Weise der

Schutz von Leben und Gesundheit

gewährleistet ist. Sobald aber der Ruf in der breiten Oeffentlichkeit ertönen wird, werden die Chemiegewaltigen wie immer, prompt die Antwort erteilen, daß Phosphor absolut ungefährlich ist, ja, sie werden, wie in so vielen Fällen, Aerzte finden, die ihnen dies schwarz auf weiß bescheinigen, **nur zu dem Zwecke, die notwendigen Schutzmaßnahmen, die immerhin erhebliche Summen verschlingen, zu ersparen.** Was kümmert es den Chemiegewaltigen, wenn hier und da einer seiner Arbeiter seine Kieferknochen verliert oder mit den eckigen Hautfisteln herumläuft, oder gar an einer Vergiftung stirbt. Für diese ist die Hauptsache die Produktion, der glänzende Absatz **und der Profit.** Mögen die Proleten dabei zu Hunderten und Tausenden verrecken, was macht das. Zur Auffüllung der Lücken steht ja eine ungeheure Reservearmee zur Verfügung. Der „adelige" Großindustrielle von Borsig hat ja gerade in diesen Tagen seinen Standpunkt, der auch der Standpunkt der meisten Kapitalisten ist, der Oeffentlichkeit bekanntgegeben

50 000 Proleten sind zuviel in Deutschland.

Borsig will sie verhungern lassen. Die Chemiekönige sind humaner, sie vergiften die Proleten, da ist der Leidensweg kürzer und wirkt sicherer.

Es ist Aufgabe des Chemieproletariats, mit vereinter Kraft gegen diese Unternehmerbrutalitäten zu kämpfen und sich für den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens an die Ausbeutungsstätte einzusetzen.

Benötigt der Bürgerblock keine Sprengstoffe?

Produktionskrise im Sprengstoffwerk Reinsdorf bei Wittenberg

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Fabrik der Westfälisch-Anhaltischen-Sprengstoff A.-G. (Wasag) im Wittenberg-Piesteritzer Industriegebiet beschäftigte bis vor ungefähr einem Vierteljahr im Durchschnitt noch 2200 Arbeiter und Angestellte. In den letzten Tagen ist diese Zahl auf rund 1900 zurückgegangen. Worin liegen die Ursachen der schon vollzogenen und noch zu erwartenden Massenentlassungen? Worauf beruht die immer deutlicher zutage tretende Produktionskrise? **Ist der innerdeutsche Sprengstoffmarkt für die Kriegs- und Bürgerkriegsprodukte nicht mehr aufnahmefähig?** — Der Auslandsmarkt kommt auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages für die Sprengstoffindustrie nicht in Frage, obwohl auch hier Gerüchte im Umlauf sind, daß seitens der Wasag gegenüber der Militärkontrolle viel „gesündigt" worden sein soll. — Ist die schlechte Konjunktur in der Sprengstoffindustrie eine allgemeine Erscheinung, die sich über das ganze Reich erstreckt, oder werden von ihr nur einige Betriebe betroffen? Ist ein Mangel an Aufträgen zu verzeichnen?

Bevor wir an die Beantwortung diese Fragen herangehen, sei dem in der Sprengstoffabrikation Unkundigen gesagt, daß die Fabrikation von Sprengstoffen in zwei Teile zerfällt: in die **Herstellung von Sprengstoffen für Heer und Marine und Bergwerkssprengstoffe.** Bekannt dürfte wohl sein, daß die Herstellung sämtlicher Sprengstoffe in bezug auf die Menge der Ententekontrolle unterworfen ist. Auch das auf „Lager" zu arbeitende Quantum soll fest umrissen sein. (?)

In der Fabrikation von Pulver und Sprengstoffen für Heer und Marine nehmen die Sprengstoff-Werke Reinsdorf eine besondere Stellung ein. Das Reinsdorf-Werk der Wasag ist das einzigste Werk in Deutschland, in dem Heereslieferungen hergestellt werden dürfen. So vorgeschrieben in den Ausführungsbestimmungen des Versailler Vertrages. — Diese Sonderstellung der Wasag im Reiche bildet zum anderen auch die Ursache dafür, daß die Wasag der J. G. Farbenindustrie, der die großen Sprengstoffunternehmungen wie Köln-Rottweil-A.-G., Dynamit-A.-G., Hamburg, Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G., Kölner Dynamitfabrik usw. bereits angehören, **noch nicht angeschlossen ist.** — Die Produktion von Bergwerkssprengstoffen hat in „unserem" Werke eine untergeordnete Bedeutung. Die genannten äußeren Umstände bedingen, daß nur die jeweilige Reichsregierung der alleinige Auftraggebr und Abnehmer der Pulver und Sprengstoffe für Heer und Marine sein kann. Augenscheinlich ist also die örtliche Produktionskrise — ob die gesamte Sprengstoffindustrie von einer Produktionskrise betroffen ist, entzieht sich zurzeit unserer Kenntnis — **die Folge ungenügender Aufträge durch die Bürgerblock-Regierung.**

Das Charakteristische an der Krise der für Heer und Marine arbeitenden Sprengstoffindustrie ist weder eine Ueberfüttigung des Sprengstoffbedarfs des neudeutschen Imperialismus — nur zu gern würden die kapitalistischen Machthaber die halb leerstehenden Munitionsdepots wieder auffüllen —, noch ist es eine bloße Absatzkrise im allgemeinen Sinne des Wortes. Der relative Produktionsstillstand in der Sprengstoff-Kriegsindustrie beruht vielmehr in erster Linie **auf inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten des jetzigen Bürgerblocks.** Die Tatsache, daß die deutsche Regierung für die nächste Zukunft keine Aufträge mehr erteilt hat, verhilft uns zu der berechtigten Annahme, daß **der Bedarf** der reaktionären Reichswehr und der „republikanischen" Schupo an Bürgerkriegs-Pulver und -Sprengstoff für die nächste Zeit **gedeckt sein wird.** Inwieweit die „Sprengstoff-Verkaufs-Gesellschaft" in Berlin, die die Aufträge vermittelt, bei der Verteilung der Aufträge an die einzelnen Firmen besondere Ziele verfolgt, ist nur schwer zu durchschauen. Die jetzige tiefgehende Krise war von den aufmerksamen Beobachtern der Sprengstoff-„Wirtschaft" vorauszusehen. Gewisse Schwankungen in der Konjunktur haben sich zwar bisher in allen Jahren nach der Revolution gezeigt; die augenblickliche Krise hat dagegen eine ganz bestimmte Ursache neben den schon beschriebenen allgemeinen. Die teilweise erfolgte Technisierung des riesigen Produktionsapparates und die fürstliche Intensivierung der Arbeitskraft ermöglichte dem Unternehmer die vorterminsmäßige Erledigung der Aufträge im verflossenen Geschäftsjahre, obwohl der Auftrag **höher war als im Jahre 1925/26.** Riesige Profite der Aktionäre der Wasag waren die Erfolge der bis zur äußersten Grenze erfolgten Rationalisierung. — Wegen der Gefährlichkeit der Arbeit sind der uneingeschränkten Rationalisierung durch die Vorschriften der Unfall-Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie bestimmte Schranken gesetzt.

Die von Woche zu Woche erfolgten und noch erfolgenden Massenentlassungen, denen gegenüber der Betriebsrat solange machtlos ist, wie ein kapitalistisches System besteht, werden die Krise nicht beheben können. Das Sprengstoffwert Reinsdorf als räumlich zweitgrößtes Sprengstoffwerk innerhalb der deutschen Grenzen gleicht einem am Boden gefesselten Riesen. Der einer Volkskriegsproduktion entsprechende Produktionsapparat, der während des Krieges 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen Beschäftigungsmöglichkeit verschaffte und heute noch mit ganz geringen Einschränkungen weiter besteht, harrt der Inbetriebsetzung.

Es ist also klar, daß das Sprengstoffwerk Reinsdorf in einem kommenden Kriege des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion eine nicht zu unterschätzende militärische Bedeutung erlangt. Die der Sprengstoffproduktion heute noch künstlich auferlegten Schranken werden — sicher sogar mit Hilfe derselben Entente, die jetzt aus Angst vor einer geheimen Aufrüstung des deutschen Kapitalismus die Produktion kontrolliert —, mit einem Schlage fallen.

Die Aufgaben der revolutionären Arbeiterschaft in der Sprengstoffindustrie infolge deren besonderen Bedeutung für die „Befriedung" der Welt, sind sowohl vor, als auch während eines kommenden Krieges, sofern die Arbeiterklasse seinen Ausbruch nicht verhindern sollte, unerhört gewaltige. Aber —! Im Bewußtsein der Größe der Anforderungen, die das internationale Proletariat an die Arbeiterschaft der unmittelbaren Rüstungsindustrie stellt, ist uns vor der praktischen Lösung der theoretisch bereits erkannten Aufgaben, durchaus nicht bange. Wir Kommunisten der Wasag wissen nur zu gut, daß unsere Arbeiterkategorie gegenüber dem Zustandekommen und der Durchführung eines Krieges einen absolut entscheidenden Faktor darstellt. Die Führung der revolutionären Arbeiterschaft organisiert darum schon heute planmäßig und zielbewußt die sich steigernde Aktivität im Kampfe gegen den drohenden Krieg. Schon liegt ein Stück praktischer betrieblicher Erfahrung für die erfolgreiche Führung eines Kampfes hinter uns. Mit Stolz kann die zu 90 Prozent mit der KPD. sympathiesierende Belegschaft feststellen, daß sie unter der Führung der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsopposition den **konzentrierten Angriff der Sprengstoffgewaltigen** auf die achtstündige Arbeitszeit im Jahre 1923, wenn auch unter äußerster Kraftanstrengung, so doch mit Erfolg, **abgeschlagen hat.** Wir werden darum auch in Zukunft nicht nur jeden Anschlag auf die Rechte und Ziele der Arbeiterschaft mit eiserner Energie zu parieren wissen, wir werden darüber hinaus die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwehr aller Angriffsabsichten auf die Sowjetunion schaffen. Und wir werden damit das Herz der verbrecherischen Kriegstreiber zu treffen wissen. Mit aller Kraft steuern wir unserem ersten Etappenziele zu: Hundertprozentige Organisierung der Belegschaft und politische und organisatorische Stärkung der kommunistischen Betriebszelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0005

Stadt Halle

„Nun mach' ick den Krempel aber nich mehr mit!"

Das Zivilgerichtsgebäude in der Poststraße mutet wie ein Taubenschlag an. Das Kommen und Gehen während der Geschäftsstunden ist ewig. Ehegatten, die sich nicht mehr riechen können, erwarten in diesem Gebäude die richterliche Scheidung ihrer Ehe, die sachlich meistens bereits geschieden ist. Da steht man Rechtsanwälte durch die Gänge sitzen. Sie sind hier ortskundig und wissen überall im Gebäude Bescheid. Weniger kundig sind die Arbeiter und Angestellten, die das Arbeitsgericht aufsuchen, um sich ihr Recht zu holen, was sie aber in diesem Gebäude sehr häufig nicht finden.

An manchen Tagen herrscht auch in bzw. vor einigen Zimmern im dritten Stock ein wahrer Hochbetrieb. Beinahe dasselbe Bild, wie in den Brotmarkenverteilungsstellen während des Krieges. Hier werden die Kirchenaustritte vorgenommen und registriert. Meist ist die „Schlange" sehr schweigsam, weil keiner weiß, was der andere hier sucht, aber oftmals kann man auch hier Meinungen hören, die es verdienen, festgehalten zu werden, um noch die zahlreichen Unschlüssigen zum Kirchenaustritt zu bewegen.

Eine sehr zungengewandte, etwas korpulente Frau, zu den werktätigen Schichten gehörend, trifft ihre Bekannte. Großes Staunen beiderseitig, sich hier zu treffen. Beide haben aber dasselbe Ziel.

„Jetzt soll mer den dickköppigen Hauswirten nu ooch noch zehn Prozent mehr von de Miete in Rachen werfen, und da kommt die Bagage nu ooch noch mit Kerchensteuern ansewackelt. Nu mach ick den Krempel aber nich mehr mit. Ich trete aus."

Der Bann ist gebrochen. Jetzt sprechen auch die anderen frei von der Leber.

„Ich wollte ja schon vor zwei Jahren austreten, aber heute paßts nun grade", meint dieser und jener begründet das Vorhaben seines Kirchenaustrittes mit folgenden Worten:

„Ich ärgere mich immer, wenn ich sehe, wie fein und nobel diese Pfaffen wohnen. Alle Sonntage mal'n bißchen predigen und das Geld ist verdient und unsereins der kann sich dumm und dämlich arbeiten und kommt zu nichts. Sechs Jahre bin ich nun beim Wohnungsamt angemeldet, aber ne Wohnung kriege ich nich. Da bauen sie lieber Bethäuser von unseren Steuern. Wenn se auch die Steuern gleich abziehen, aber die Kirchensteuern solln se von mir nu nich mehr haben."

„Da heißt es immer", meldet sich ein Dritter, „daß die Kirchen vom Staate getrennt sind. Hier steht mans ja wieder. Nich nur das Finanzamt ist für die Kirche tätig, sondern auch das Gericht!"

Wieder ein anderer hat auch den politischen Zweck der Kirche erkannt und weist auf das Reichsschulgesetz mit den Worten hin: „Wer sich verkohlen lassen will, kann ja hinlaufen zur Kirche, aber daß die Kirche nu auch noch die Schulen in ihren Sack stecken will, das kann man sich als vernünftiger Mensch nicht gefallen lassen. Alle müßten sie raustreten, dann würde den Herrschaften doch auch mal ein Licht aufgehen. Man wird ja reineweg für dumm gehalten!"

*

So gehts hier oben alle Tage zu. Manchen Tag sind es viele, so daß sich lange Schlangen bilden, und manchen Tag wenige, die ihren Kirchenaustritt vollziehen.

Nach Schluß der Geschäftsstunden liegt der gewaltige Gebäudekomplex öde und verlassen, denn Hochzeitsfeiern und Silberhochzeitsfeiern mit Ständchen vom Beamtenorchester sind ja nicht alle Tage, zumal Halle nur einen Landgerichtspräsidenten aufzuweisen hat und anderen Sterblichen selbstverständlich kein Gerichtssaal zu solchen Familienfeiern zur Verfügung gestellt wird. Tz.

Zahlt noch keine Grundvermögensteuer-Erhöhung

Zu Beginn eines jeden Monats wird vom Magistrat ein Steuerkalender veröffentlicht. Danach sind bis zum 15. Oktober 1927 fällig:

a) die staatliche Steuer vom Grundvermögen und der Gemeindezuschlag dazu, die Hauszinssteuer sowie die Kanalbenutzungsgebühr für die Zuleitung der Wirtschaftswässer und der Fäkalien,

b) die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme,

c) die Hundesteuer für Oktober-Dezember 1927.

Der Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle, teilt auf unsere Anfrage hierzu mit:

Die vom Magistrat der Stadt Halle von den Hausbesitzern geforderte Erhöhung der Grundvermögenssteuer ist von den Mietern noch nicht zu zahlen. Wir verweisen auf folgenden Beschluß des Amtsgerichts Halle in Sachen P/M 4 C 2158/27: Das Verfahren wird ausgesetzt bis zur Entscheidung des beim Bezirksausschuß des Regierungsbezirks Merseburg anhängigen Verfahrens über die Genehmigung der von der Stadtgemeinde Halle vorgenommenen Erhöhung der Grundvermögensteuer und der Kanalbenutzungsgebühren.

Das Schulverpfaffungsgesetz darf nicht Wirklichkeit werden

Wer den Kampf gegen die Schulreaktion führen will, muß alle Mittel anwenden. Er muß sich vor allem in die aufgelegten Listen einzeichnen, in denen der Protest gegen den Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt. Einzeichnungslisten können noch beim Genossen A. Hertel, Eichendorffstraße 24 (Konsum), angefordert werden. Die Einzeichnungspflicht ist bis 5. Oktober verlängert. Einzeichnungsberechtigt sind alle über 16 Jahre alten Staatsbürger.

Erfüllt sofort Eure Pflicht. Die Kultur-Reaktion hat bereits den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen. Stärkt die Abwehrfront. **Tretet sofort aus der Landeskirche aus.** Austrittserklärungen können täglich von 10 bis 12 Uhr auf dem zuständigen Amtsgericht unentgeltlich abgegeben werden. Außerdem täglich von 5 bis ½7 Uhr nachmittags außer Sonnabends, beim Rechtsanwalt Dr. Müller, Rathausstraße 10, gegen eine Stempelgebühr von 2 Mark.

Meldet Eure Kinder sofort vom Religionsunterricht ab. Abmeldungen können täglich erfolgen, indem Ihr Euren Kindern einen von einem Erziehungsberechtigten unterschriebenen Zettel an den Lehrer mitgebt, mit der Erklärung:

Hiermit melde ich mein Kind (folgt Name) mit dem heutigen Tage vom Religionsunterricht ab.

(Folgt Unterschrift des Erziehungsberechtigten.)

Besucht aber auch alle die am Freitag, dem 30. September, abends 7½ Uhr im „Volkspark" stattfindende Protest-Versammlung. Rüttelt die Säumigen auf, bringt Sie mit zur Versammlung, damit Sie über die drohende Gefahr aufgeklärt werden.

Auf zum Kampf gegen die drohende Verpfaffung der Volksschule!

Alles für das proletarische Kind

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Im Verlauf des Sommers hat die IAH. in Mittldeutschland eine umfangreiche Kinderhilfsaktion durchgeführt. Etwa 400 Kinder waren daran beteiligt. Aufenthalt in Ferienheimen, Verschickung zu Arbeiterfamilien aufs Land, Kinderwanderungen und Kinderfeste wurden veranstaltet. Nach Abschluß dieser Arbeiten müssen auch die Mängel erwähnt werden, die sich bei unserer Arbeit herausgestellt haben.

Unbedingt notwendig ist es, daß sämtliche zur Verschickung kommenden Kinder vorher von einem Arzt untersucht werden. Eine solche muß auch nach der Rückkehr erfolgen. Hierbei ist selbstverständlich das Körpergewicht festzustellen. Ich habe die Wahrnehmung machen müssen, daß Kinder in Ferienheimen mit primitiver Schlafgelegenheit den ganzen Tag über unruhig sind und auch der Appetit zu wünschen übrig läßt. Ein gutes Bett muß unbedingt zur Verfügung stehen.

Auch die Ausrüstung der Kinder war vielfach mangelhaft. Die Wanderungen ins Gebirge, der häufige Witterungswechsel erfordern ausreichende und haltbare Kleidung. Den Eltern der Kinder kann in den wenigsten Fällen ein Vorwurf gemacht werden, da es sich doch um die ärmsten der Armen handelt. Dagegen müssen wir auf eine verstärkte Arbeit in unseren Nähstuben Wert legen, die rechtzeitig für Ergänzung der Ausstattung der Kinder sorgen müssen.

Bei einigen Kindern im Ferienheim Kelbra war das Schuhwerk sehr schlecht. Zahlreiche Kelbraer Arbeiter und Arbeiterinnen kauften von ihrem geringen Einkommen den Kindern Schuhe, ein Beweis wirklicher proletarischer Solidarität. (Die Ortsgruppe Sangerhausen spendierte an einem Sonntag zwei große Kuchen, die eine riesige Freude unter den Kindern hervorriefen.)

Kinderdemonstrationen, insbesondere Fackelzüge, haben einen großen propagandistischen Wert. Die gerühmsamen Bürger und Bürgerfrauen von Kelbra wurden durch den Fackelzug, den die Kinder zum Abschied veranstalteten, aus dem Schlafe gerüttelt. Systematisch durchgeführte Propaganda für die Ideee der internationalen proletarischen Solidarität wird uns neue Freunde und Mitkämpfer bringen. Sympathien für uns sind in den werktätigen Schichten vorhanden, nur müssen wir verstehen, sie praktisch auszuwerten.

Der Landesvorstand und alle Ortsgruppen, insbesondere aber die Arbeitervertreter in den kommunalen Parlamenten, müssen dafür kämpfen, daß die IAH. in Halle-Merseburg im Sommer 1928 die Kinder in ein eigenes Ferienheim aufnehmen kann. Dadurch würde eine Reihe in diesem Jahre festgestellter Mängel beseitigt. M. W.

*

Nachsatz des Landesvorstandes: Die Schlußfolgerungen unserer Mitarbeiterin unterstreichen wir voll und ganz. Anfang Oktober werden zwei Vertreter vom Landesvorstand eine Besprechung mit dem Bürgermeister von Ruhla in Thüringen haben. Es soll die Möglichkeit geprüft werden, dort ein Ferienheim der IAH. Halle-Merseburg zu errichten. Dieser Plan ist zu verwirklichen, wenn wir seitens der Gemeindevertretungen finanzielle Unterstützung erhalten. Es wird dann möglich sein, Kinder der betreffenden Orte zuerst in dem Ferienheim unterzubringen und die gesamte Kinderhilfsarbeit kann dadurch eine sichere und breitere Basis erhalten.

Aenderungen in der Krankenversicherung

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle erläßt unter dem heutigen Tage eine Bekanntmachung in dem Anzeigenteil unseres Blattes, auf die wir der besonderen Wichtigkeit wegen an dieser Stelle nochmals aufmerksam machen.

Die Bekanntmachung weist darauf hin, daß die bisher geltende Verdienstgrenze in der Krankenversicherung von 2700 Reichsmark auf 3600 Reichsmark Jahresarbeitsverdienst heraufgesetzt worden ist. Alle Angestellten usw., die den Bestimmungen des § 165 Abs. 1 RVO, Nr. 2 — 5a unterliegen sowie für Schiffer außerdem besteht daher bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 3600 Reichsmark abzüglich der Sozialzulagen (Frauen- und Kinderzuschläge) ab 1. Oktober 1927 Krankenversicherungspflicht. Die erforderlichen Meldungen sind nach § 12 der Satzung binnen drei Tagen bei der Kasse zu erstatten.

Ueber die am 1. Oktober 1927 in Kraft tretenden Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 sind in der Bekanntmachung enthaltende Ausführungen gemacht, die seitens der Meldepflichtigen bei der Erledigung der Meldepflichten gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle zu beachten sind. Auch über die Befreiung von der Beitragsleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz wird ausführlich eingegangen. Eine Befreiung der im Privathaushalt beschäftigten Hausgehilfen kennt das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht.

Drei wertvolle Pelzmäntel sind nachts aus dem Schaufenster eines Pelzgeschäftes in der Ludwig-Wucherer-Straße gestohlen. Die Waren sind zwar versichert, aber da gerade in der betreffenden Nacht das Schaufenster nicht durch das eiserne Schutzgitter gesichert war, ist es zweifelhaft, ob die Versicherung den Schaden decken wird.

Wieder einmal die „Rücksichtslosigkeit" der Behörden erwiesen!

In diesen Tagen sollte die Geschäftsleitung der Produktiv-Genossenschaft auf Bestrafung der Oerle-Polizei (Dubiel-Ia-Abteilung) vom Staatsanwalt verklagt werden, weil sie — es ist nicht zu glauben — Drucksachen herstellt.

Im Sommer d. J. klebte an den Anschlagssäulen ein großes Plakat, worin die KPD. die Frauen und Jugend aufrief, gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock zu demonstrieren. Da aus bestimmten Gründen einige Veranstaltungen auf einen anderen Tag verlegt wurden, mußte ein Streifen gedruckt und auf das Plakat geklebt werden. Dieser Streifen trug nicht die Unterschrift einer Druckfirma, während aber am unteren Rande des Plakats eine stand.

Da aber die Polizei feststellen konnte, daß außer dem Plakatanschlag an den Säulen in einigen Straßen solche Streifen geklebt haben, hat sich nach Meinung der Ia-Abteilung die Geschäftsleitung der Druckerei strafbar gemacht.

Der Appart setzt ein: Vernehmung vor der Polizei. Im Protokoll wird klar gesagt, daß von einem Pressevergehen keine Rede sein kann, da die Druckfirma auf dem Plakat zu sehen war, trotz der Streifenüberklebung. Wenn neben dem Säulenanschlag Plakatstreifen in Straßen kleben, so ist es Sache der Polizei, den Täter festzustellen, womit aber die Druckereileitung nichts zu tun hat. Jeder Mensch, der gesunde Sinne hat, wird dies einsehen.

Die Ia-Abteilung der Polizei ist anderer Meinung. Sie, die den Fall nach der Vernehmung als erledigt hätte betrachten können, gibt einen Bericht an die Staatsanwaltschaft, der eine Anzeigung zur Weiterverfolgung der schrecklichen Tat enthalten haben muß, denn siehe, am vergangenen Dienstag stand die Geschäftsleitung vor dem Kadi.

Beim Studieren der Akten schüttelte der Herr Vorsitzende bedenklich das Haupt, er kann beim besten Willen nicht feststellen, nach welchem Paragraphen der Leitung ein Pressevergehen angedreht werden soll. Resultat: Der Staatsanwalt beantragt Freispruch, der Richter schließt sich dem an. Die Kosten trägt die Staatskasse, und Herr Dubiel erhält hoffentlich für seine Verdienste bald einen Orden!

Seydel ist vor die richtige Schmiede gekommen

Die mitteldeutschen Richter wollen ihn nicht verurteilen
Seine Disziplinarverhandlung findet in Potsdam statt

Das Preußische Oberverwaltungsgericht hat jetzt entschieden, daß das gegen den Bürgermeister Seydel von Amts wegen eingeleitete Disziplinarverfahren vor dem Bezirksausschuß in Potsdam verhandelt wird. Die Abgabe dieser Dienststrafsache an ein außerhalb der Provinz Sachsen gelegenes Gericht ist auf den Umstand zurückzuführen, daß sämtliche beamtete Mitglieder des eigentlich zuständigen Merseburger Bezirksausschusses sich für befangen erklärt haben. Da die Potsdamer Richter sich erst mit dem umfangreichen Akteninhalt vertraut machen müssen, ist mit einer baldigen Terminsfestsetzung nicht zu rechnen.

*

Die beweglichen Klagen des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtverordnetensitzung (allerdings im geschlossenen Teil) über Seydels Unersetzbarkeit müssen nun, da feststeht, daß das Disziplinarverfahren etwa von unsern Enkelkindern durchgeführt werden wird, entschieden zu einer Konsequenz führen. Denn es werden ja wohl ein paar Generationen darüber vergehen, bis man Seydel endlich den Disziplinarprozeß machen wird. Bis dahin kann er mit 12 000 Mk. jährlicher Pension, das sind tausend Mark pro Monat, ein Leben herrlich und in Freuden führen. Die nächste Stadtverordnetensitzung wird hierüber entscheiden müssen, und wie diese Entscheidung bei der Bürgerblock-Mehrheit auf dem hallischen Rathaus ausfällt, kann sich jeder Arbeiter vorstellen.

Nun aber zu den eigentümlichen Umständen, unter denen jetzt das Verfahren gegen Seydel an die Potsdamer Behörden abgetreten worden ist. Alle zuständigen Stellen in der Provinz Sachsen fühlen sich befangen. **Sie wollen gegen den Deutschnationalen Seydel keinen Urteilsspruch fällen, da dieser Mann der Vertrauensmann der Reaktionäre in der Stadt Halle ist.** Die Verwaltungsbehörden wollen sich nicht in Widerspruch setzen mit den mitteldeutschen reaktionären Machthabern, denn ein Urteilsspruch gegen Seydel würde für alle Welt den moralischen Sieg der Seydel-Gegner, d. h. der Werktätigen dokumentieren. Die zuständigen Stellen müssen doch wohl bei der Durcharbeitung der Akten derartig belastendes Material gefunden haben, daß an eine Rehabilitierung Seydels beim besten Willen nicht gedacht werden kann. Und wer die Warnungsbriefe des Bürgerdeputierten Moritz, deren Veröffentlichung im „Klassenkampf" erfolgte, gelesen hat, kann sich ungefähr ein Bild von der Leichtfertigkeit machen, mit der Seydel die Stadtbankverantwortung getragen hat.

Leiter der bisherigen disziplinarischen Untersuchung war bekanntlich der Freiherr von Stockmar, ein Vertrauensmann Grützners, dessen besondere Qualifikation das „Volksblatt" noch vor wenigen Wochen — nachdem es Stockmar zuerst angegriffen hatte — auf Grützners Veranlassung öffentlich bestätigen mußte. Wir haben gleich darauf hingewiesen, daß auch hier die alte Geschichte von der Krähe, die der andern kein Auge aushackt, zutreffen wird. Und siehe da: Freiherr von Stockmar und alle andern „zuständigen Stellen" wollen Seydel kein Haar krümmen. Sie geben die Untersuchung und den Richterspruch ab.

An wen? An den Bezirksausschuß in Potsdam. Und da wird Seydel die passenden Richter finden. Potsdam, das zuletzt von Harry Domela so treffend beschriebene Nest verfilzter Reaktion, wird ja wohl die richtigen Leute stellen, die gegen den schwarzweißroten hallischen Bürgermeister den Urteilsspruch verkünden. Hier dürfte Seydel wohl erst vor die richtige Schmiede gekommen sein.

Und so liegen die Akten nun bei einer neuen „zuständigen Stelle". Und es wird ewig dauern, bis ein Resultat zustande kommt. Wir sind der Meinung, daß es gegen Seydels Verfehlungen nur eine zuständige Stelle gibt: das ist die hallische werktätige Bevölkerung, die den Schaden davongetragen hat, das ist das klassenbewußte Proletariat, das nicht nur über die Person Seydel, sondern über das ganze Bürgerblock-System das vernichtende Urteil sprechen muß.

Hallische Tageschronik

Wann werden die Verkehrsunfälle abnehmen?

Am 28. September gegen 13.45 Uhr wurde an der Ecke Große Steinstraße und Alte Promenade ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen, wobei das Fahrrad stark beschädigt wurde. Der Radfahrer kam ohne Verletzungen davon.

Am 28. September gegen 16.15 Uhr erfolgte in der Nähe der Zwölfbogenbrücke ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer, wodurch letzterer leichte Verletzungen an der Hüfte erlitt. Das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Am 28. September gegen 17.45 Uhr kam in der Delitzscher Straße — Ecke Riebeckplatz, ein Radfahrer, der einen Lastkraftwagen überholen wollte, vor diesem zu Fall und wurde überfahren. Der Verunglückte, welcher einen Bruch des linken Unterarmes davontrug, wurde mittels Krankenwagens dem Elisabethkrankenhaus zugeführt.

Am 28. September gegen 18.15 Uhr, wurde in der Richard-Wagner-Straße eine 13jährige Radfahrerin von einem hinter ihr fahrenden Lieferkraftwagen angefahren, wobei das Fahrrad leicht beschädigt wurde. Das Mädchen kam ohne Verletzungen davon.

Am 28. September gegen 19 Uhr fiel in der Thaluckstraße ein 8jähriger Schüler beim Spielen von einem Arbeitswagen der Straßenbahn. Der Junge, welcher sich eine leichte Verletzung an der linken Schläfe zugezogen hat, wurde von einem Mann in die elterliche Wohnung getragen.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten für Oktober findet beim Postamt 2, Thielenstr. 2a, wie folgt statt: am 1. Oktober für die Nr. 1 bis 5000, am 3. Oktober für die Nr. 5001 bis Schluß. Zahlzeit am 1. und 3. Oktober von 7 bis 14 Uhr, vom 4. bis einschließlich 6. Oktober von 8 bis 14 Uhr, ab 7. Oktober von 8 bis 12 und 15 bis 18 Uhr. Die Quittungen für die Oktoberzahlung müssen polizeilich beglaubigt sein.

Waldhalle-Theater. Die bekannte Tänzerin Celinde Rheidt gibt mit ihrem 20 Personen starken Ensemble ab 1. Oktober ein Gastspiel, und zwar das erste in Halle überhaupt; das Programm steht außer dieser Sensation einen erstklassigen Varietéteil vor, in welchem außer Rudolf Mälzer in seinen Soloszenen und Fred Scarletts Fliegendes Affen besondere Erwähnung verdienen.

Es werden noch Quartiere gebraucht,

um die Delegierten zum Bezirksparteitag unterzubringen. Meldungen sofort an die Bezirksleitung, Lerchenfeldstraße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0006

Neues aus aller Welt

Der heilige Moses

Therese bekommt einen männlichen Konkurrenten

Die „Welt am Abend" läßt sich aus München berichten:

Die Reichsbahn berührt auf der Strecke nach Berchtesgaden den Badeort Reichenhall. Unweit dieses Bades befindet sich das Dorf Holzhausen bei Anger. Neben vielen anderen bayrischen Anwohnern hat hier auch der 53jährige Stellmacher Heinrich Moses sein Domizil. Dieser mehrfache Familienvater steht am Beginn einer Laufbahn als neuester Wunderheiliger. Holzhausen bei Bad Reichenhall wird in nicht allzu ferner Zeit für Gläubige und Geschäftemacher der nächste Wallfahrtsort werden.

Schon seit geraumer Zeit schwören die Bewohner von Holzhausen auf ihren Moses. Er soll geheime Fähigkeiten besitzen, mit denen er seine nächsten Bekannten heilt oder ihnen gute Ratschläge erteilt. Die Bevölkerung spricht schon lange von einem Wunderheiligen. Nur dadurch, daß die Therese aus Konnersreuth gewissermaßen das Fett der Wunderheiligkeit abschöpfte, blieb für den armen Stellmachermeister nichts übrig als eben seine übersinnlichen Fähigkeiten. Ungefähr vor 14 Tagen ereignete sich nun aber ein Vorfall, der mit einem Male dazu beigetragen hat, daß man von einem neuen Wunderrätsel, nämlich dem heiligen Moses, spricht.

Der Heiligenschein über dem Biertisch

Der Stellmacher Heinrich Moses kam in das Gasthaus Bichlmayer in Anger. In einer größeren Tafelrunde wurde gerade eifrig über den Fall der Therese Neumann aus Konnersreuth debattiert. Der größte Teil behauptete mit dem Maßkrügel in der Hand, daß in Konnersreuth weiter nichts als ein Krankheitsfall vorliege oder daß ein großer Schwindel in die Welt hineinlanciert wird. Die andere Maßkrügelpartei setzte sich aber intensiv für die Heilige von Konnersreuth ein, und so entstand eine der lebhaften Diskussionen, wie sie am Biertisch üblich sind. „Die Blutungen der Resel, das san scho so Sachen", bemerkte einer der hitzigen Runde. „Was sagst?" rief ein anderer, und das war Moses, der dermaßen über die Ungläubigkeit in Aufregung geriet, daß ihm plötzlich auf seiner Stirn blutige Schweißtropfen standen. Selbst

aus den Augen quollen ihm blutige Tränen

und liefen über die Wangen entlang. Ein Blutgerinnsel bezeichnete den Weg, den die blutigen Tränen genommen hatten.

Ein Märchen? O nein. Verschiedene Bewohner von Anger und Holzhausen wollen diesem blutigen Vorfall beigewohnt haben. Wie sich nun die neue Wundergeschichte von Holzhausen breit machte, befaßte sich auch der Gemeindearzt von Anger mit dem Stellmacher aus Holzhausen. Sein Befund geht dahin, daß er keinerlei besondere Wahrnehmungen gemacht hat. Der Arzt sagte, der starke, beleibte Mann ist schlagfüchtig, aber dies erkläre noch nicht die Blutungen. Er tat dann das, was er als gewissenhafter Arzt tun mußte, und holte sich einige Kollegen aus dem Bad Reichenhall und Rosenheim. Die Blutungen des heiligen Moses haben sich bisher noch nicht wieder eingestellt. Er geht seiner täglichen Arbeit vollkommen frisch nach. Von einer Hungerkur ist ebenfalls noch nichts bekannt geworden.

Natürlich sind die, die immer dabei sein müssen, auch nach Holzhausen gewallfahrt. Viele Neugierige aus München und Augsburg wollten Moses kennenlernen. Eintrittsgeld wird vorläufig noch nicht erhoben. Ein Pfarrer hat sich auch noch nicht gefunden, der das neue Wunder betreut. Aber wie lange noch, und Holzhausen ist neben Konnersreuth ein Wallfahrtsort der Dummen, die nun einmal nicht alle werden.

Die Alpenkatastrophe

Aus der Schweiz wird gemeldet, daß die ganze Ebene des Veltlin in einen Sumpf verwandelt worden ist und besonders der Ort Sondrio schwer gelitten hat. Die dortigen Gebäude der Provinzialverwaltung und etwa 20 weitere Häuser sind infolge des Dammbruchs am linken Rhein eingestürzt. Auch die Straße vom Stilfser Joch ist an verschiedenen Stellen zerstört worden.

Schweres Unwetter im Drautal

Die „Grazer Tagespost" meldet aus Marburg: Sonntag abend wütete im ganzen Drautal ein furchtbarer Zyklon, der Bäume und Telegraphenstangen umrik und Häuser abdeckte. Der Zyklon war von einem heftigen Hagelschlag begleitet und vernichtete die Weinberge. Von einer Villa wurde der Turm weggerissen und 100 Meter weiter entfernt niedergeschleudert.

300 Zentner werden 100 Meter weit geschleudert

Im Marine-Arsenal in Toulon ist es in der Feuerwerkerei zu einer schweren Explosion gekommen. Drei Arbeiter wurden getötet. Eine schwere, 200 bis 300 Zentner wiegende Maschine wurde durch das Dach des Gebäudes einige hundert Meter weit fortgeschleudert.

Großes Unheil durch brennenden Spiritus

In einer Radioröhrenfabrik in Hamburg entstand gestern früh dadurch Feuer, daß in einem größeren Behälter befindlicher Spiritus auf noch nicht geklärte Weise in Brand geriet. Der brennende Spiritus ergoß sich über den Fußboden und setzte die Kleidungsstücke der Angestellten in Brand. Drei Personen sind schwer, drei leichter verletzt.

Noch eine Kanalschwimmerin

Gestern vormittag 9,40 Uhr ist die englische Schwimmerin Miß Gleitze am Kap Griz Nez bei schönem Wetter gestartet, um die Durchquerung des Kanals zu versuchen. Sie wird von einem Motorboot begleitet.

Könnecke in Bagdad

Der deutsche Ostasienflieger Könnecke ist vorgestern abend in Bagdad gelandet.

Arbeiter-Sport

Verbindlich. Handball. Zum Sonntag, dem 2. Oktober, haben sich noch folgende Spiele geändert: Löbejün Jugend — Teicha Jugend findet ½6 Uhr statt. Das Serienspiel 165 kann wegen schlechter Bahnverbindung von Schraplau erst um 15 Uhr stattfinden.

Kampfrichtervereinigung Sparte Wassersport. 6. Bezirk. Alle Kampfrichter treffen sich Sonntag morgen um 8 Uhr im Stadtbad. Alle neu geprüften Kampfrichter müssen bis Freitag abend ihre Paßbilder bei mir abgeliefert haben.

Greppin 1. — Sportverein Dessau 1. spielen Sonntag, 2. Oktober, in Greppin.

Vereinsmitteilungen

Freie Turnerschaft Giesen und Umgegend, Turnspiel-Abteilung. Sonnabend um ½8 Uhr Vereinsversammlung. Erscheinen ist unbedingt Pflicht. 1680

MGC. Halle. Sonnabend, 1. Oktober, Versammlung in „Lüderitzberg". Treffpunkt und Bekanntgabe der Spiele in der Versammlung. Jeder Sportgenosse muß unbedingt erscheinen. 1691

Marktkleinhandelspreise in Halle am 29. September

Obst und Gemüse		
Ebbirnen	1 Pfd.	0,10—0,20 Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08—0,15 „
Kochäpfel	1 Pfd.	0,05—0,20 „
Eßäpfel	1 Pfd.	0,10—0,35 „
Bananen	1 Stck.	0,08—0,15 „
Preiselbeeren	1 Pfd.	0,45—0,55 „
Hagebutten	1 Pfd.	0,20—0,30 „
Weintrauben	1 Pfd.	0,45—0,55 „
Pflaumen	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Tomaten	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Rüben	1 Pfd.	0,50—0,60 „
Grüne Bohnen	1 Pfd.	0,25—0,30 „
Wachsbohnen	1 Pfd.	0,25—0,35 „
Salat-Gurken	1 Stck.	0,05—0,15 „
Einlegegurken	1 Schck.	1,00—2,00 „
Senfgurken	1 Mhl.	1,20—3,5 „
Essiggurken	1 Pfd.	0,45—0,60 „
Radieschen	1 Pfd.	0,08 „
Meerrettich	1 Pfd.	0,06—0,07 „
Rotkohl	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,10—0,12 „
Rosenkohl	1 Pfd.	0,45—0,50 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,10—0,40 „
Salat	1 Kopf	0,08—0,10 „
Spinat	1 Pfd.	0,10—0,12 „
Meterrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08—0,10 „
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Kohlrabi	1 Stck.	0,04—0,16 „
Zwiebeln	1 Pfd.	0,10—0,15 „
Selerie	1 Stck.	0,8—0,15 „
Porree	1 Pfd.	0,15—0,20 „
Kürbis	1 Pfd.	0,10 „
Fische		
Hechte	1 Pfd.	1,50 „
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50 „
Aal, ger.	1 Pfd.	3,50—4,00 „
Goldbarsch, frisch	1 Pfd.	0,30 „
Goldbarsch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Kabeljau	1 Pfd.	0,60 „

Schleie	1 Pfd.	2,00—2,20 Mk.
Schellfisch	1 Pfd.	0,25 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—0,90 „
Heringe, Norm.	1 Stck.	0,05—0,06 „
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,10—0,15 „
Matjesheringe	1 Stck.	0,10—0,15 „
Grüne Heringe	1 Pfd.	0,30 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,60—0,70 „
Seelachs, frisch	1 Pfd.	0,30 „
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Karpfen	1 Pfd.	1,40—1,60 „
Wild und Geflügel		
Enten	1 Pfd.	1,20—1,80 „
Wilde Enten	1 Stck.	1,00—2,40 „
Gänse	1 Pfd.	1,10—1,80 „
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,80 „
Tauben	1 Stck.	0,50—0,90 „
Rebhühner	1 Stck.	1,00—2,50 „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60—2,25 „
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50—1,80 „
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Wilde Kaninchen	1 Stck.	1,00—2,50 „
Sonstiges		
Butter, Molk.	1 Stck.	1,15—1,25 „
Butter, Bauern	1 Stck.	1,05—1,10 „
Quark	1 Pfd.	0,35 „
Käse	1 Stck.	4,10—0,20 „
Eßkastanien	1 Pfd.	0,60 „
Kartoffeln	10 Pfd.	0,45—0,50 „
Kartoffeln, Nieren	10 Pfd.	0,7 —0,80 „
Eier	1 Stck.	0,14—0,16 „
Zitronen	1 Stck.	0,08—0,10 „
Meerrettich	1 Stck.	0,20—0,40 „
Petersilie	1 Pfd.	0,20 „
Rettiche	1 Stck.	0,05—0,10 „
Pilze:		
Pfifferlinge	1 Pfd.	0,60 „

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Rindfleisch:	
Kochfleisch	0,90—1,10 Mk.
Bratenfleisch	1,20—1,40 „
Gehacktfleisch	0,75—1,10 „
Kalbfleisch:	
Kochfleisch	1,00—1,10 „
Bratenfleisch	1,20—1,40 „
Hammelfleisch	
Kochfleisch	0,90—1,00 „
Bratenfleisch	1,10—1,20 „
Schweinefleisch:	
Kamm und Koteletten	1,10—1,30 „
Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,10 „

Ziegenfleisch	0,50—0,80 „
Roßfleisch	0,60—0,70 „
Wurstwaren:	
Schlachtwurst	2,00—2,20 „
Knackwurst	1,40—1,60 „
Mettwurst	1,40—1,60 „
Zervelatwurst	2,50—3,00 „
Schwartenwurst	1,00—1,10 „
Rotwurst, frisch	1,00—1,10 „
Rotwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Leberwurst, frisch	1,00—1,10 „
Leberwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Schinken, roh	2,00—2,20 „
Schinken, gekocht	2,50—3,00 „
Speck, fett, geräuch.	1,00—1,10 „
Speck, mager, geräuch.	1,20—1,30 „

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Zunehmende Bewölkung, nachts etwas wärmer.

Für das übrige Deutschland allgemeine Bewölkung, wärmere Nächte, Fortbestand des schönen Herbstwetters.

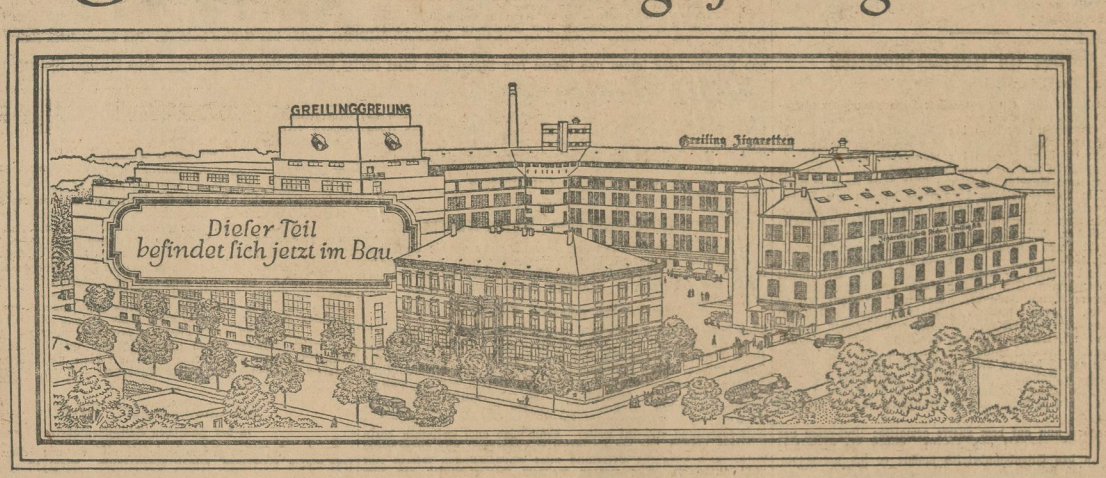
Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kraß, Halle a. d. S.

Aus dem Geschäftsverkehr

Bettfedern direkt aus Böhmen beziehen viele kluge Hausfrauen und machen damit immer die besten Erfahrungen. Hervorragende gute Qualitäten bei niedrigsten Preisen! Als bestbekannte deutsche Bezugsquelle ist bekannt die Firma Rudolf Blahut, Bettfedern-Großhaus, Deschenitz, Böhmerwald.

Fahrrad-Lampen, Dri, Carpid, elektrisch im Spezialgeschäft: Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße

Unsere Leistungsfähigkeit



wurde noch gesteigert, nachdem wir unseren *Fabrik-Neubau* bezogen haben. *Neueste Maschinen* sind aufgestellt, die *Arbeitsmethoden* vereinfacht und dadurch die *Unkosten auf ein Minimum* herabgedrückt worden. Die *Qualität des Tabaks* konnte abermals erheblich verbessert werden. Je mehr wir Unkosten sparen, desto mehr können wir *die Güte* der verwendeten Tabake heben.

Die hervorragende Stellung unseres Hauses in der Zigaretten-Industrie rechtfertigt allein eine Marke wie

GREILING-SCHWARZ-WEISS zu 4 ₰

die an Milde, Aroma und Bekömmlichkeit unübertroffen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0007

Aus den Betrieben

Lohnabbau

Gummi-Werke Elbe, Piesteritz

A.-K. Schon wieder will die Direktion eine umfangreiche Lohnkürzung vornehmen. Wie ein Lauffeuer ging diese Kampfansage durch das ganze Werk, die Wellen der Empörung schlugen hoch und wie ein Ruf klang es in der Belegschaft:

diesen Willkürakt werden wir mit allen Mitteln zunichte machen.

Freitag morgen wurde es bekannt und am Abend mußten es die Lehrlinge schon spüren. Man hatte ihnen schon den Akkord entzogen und mußten sie um ein paar Mark leichter nach Hause gehen. Die Direktion fühlt sich in ihrem „Recht", da der Lehrvertrag nur Tariflohn vorsieht. Für die Lehrlinge kann es nur heißen, schließt Euch in der Metallarbeiterjugend zusammen und stellt dort Eure Forderungen. **Kämpft mit der erwachsenen Arbeiterschaft!**

Auf Grund des provokatorischen Vorgehens der Direktion fand am Sonnabend nach Arbeitsschluß eine Belegschaftsversammlung statt, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, und um **Kampfmaßnahmen zu treffen**, die Lohnkürzung abzuwehren. Kollege Feußel vom Fabrikarbeiterverband schilderte erst in größeren Umrissen die jetzige Lohnpolitik der Industriellen und ging dann auf das Schreiben der Direktion ein. Vor allen Dingen machte er darauf aufmerksam, daß sie es gar nicht für notwendig hielt, den Betriebsrat davon in Kenntnis zu setzen, was von den Versammelten mit großer Entrüstung aufgenommen wurde. Die Direktion will, um die „Rentabilität des Werkes" sicherzustellen, das heißt, den Profit zu vermehren, folgende Abzüge vornehmen.

1. Die Akordsätze auf folgende Basis setzen: Schwere Arbeiten 20 Prozent, mittlere Arbeiten 17 Prozent, leichte Arbeiten 15 Prozent.

2. Soll die Selbständigkeit abgebaut werden, welche 5 Pf. pro pro Stunde beträgt.

Davon werden über 200 Kollegen betroffen. Nur diejenigen Kollegen sollen sie bekommen, die jahrelang in Gummifabriken tätig sind und nur allerbeste Arbeit liefern. Dieses muß man direkt als ein Unding bezeichnen, da die Gummifabrikation sehr vielseitig ist. Die Situation wurde auch von den Versammelten richtig mit dem Zuruf „Lieblinge" gekennzeichnet.

Drittens kommen die Handwerker in Frage, welchen der Akkord gänzlich entzogen wird. Nur die Tüchtigsten sollen eine Art Leistungszulage erhalten.

Dieses alles, da sie nicht, nach Meinung der Direktion, unmittelbar an der Produktion beteiligt sind, also auch keine Produktivkräfte wären. Ein jeder Kollege weiß, daß, da die Produktion mittels Maschinerie läuft, der Handwerker ein Glied in der großen Kette ist. Die Diskussion setzte dann scharf ein und alle Redner betonten, daß diesem provokatorischen Verlangen ein hartes Nein entgegengesetzt werden muß. Folgende Resolution wurde dann von den Versammelten einstimmig angenommen:

„Die am 24. September im „Schützenhaus" stattgefundene Belegschaftsversammlung der Gummiwerke Elbe A.-G. lehnt einstimmig die seitens der Direktion geplanten allgemeinen Lohnkürzungen ab. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß für die Belegschaft nur eine Lohnerhöhung in Frage kommt und keine Lohnkürzung."

Mißstände im Eisenbahnbetrieb

der Bayrischen Stickstoffwerke Piesteritz

Nachdem im Jahre 1923 ein allgemeiner Hinauswurf der Belegschaft stattfand, konnte natürlich der Eisenbahnbetrieb nicht hinten nach stehen. Es wurden deshalb die Rangierkolonnen von vier Mann **bis auf zwei Mann verringert.** Der Arbeiterrat wehrte sich seinerzeit gegen die Verringerung der Rangierer, doch wurde die neue Rangiervorschrift von der Reichsbahndirektion genehmigt und dadurch eine weitere Auseinandersetzung über diese Angelegenheit verhindert. Die Betriebsleitung begründete damals den Abbau mit dem Hinweis, daß die Rangierer sich gegenseitig unterhalten, wodurch sie die Aufmerksamkeit verlieren und Unfälle und Materialschäden entstehen. Wie nichtig aber der Einwand der Betriebsleitung ist, geht daraus hervor, daß die Unfälle und Materialschäden sich seit 1925 — dem Zeitpunkt, wo die Kolonnen auf zwei Mann verringert wurden — **nicht verringert haben.** Seit dieser Zeit sind zu verzeichnen: **Ein tödlicher Unfall** und der vor kurzem gemeldete **schwere Unfall Dolgener.** Gar nicht erwähnt werden sollen die vielen leichten Unfälle und Materialschäden. Daß mit dieser Besetzung der Rangierkolonnen nicht auszukommen ist, sah schließlich auch die Betriebsleitung ein, weshalb einzelne Kolonnen bald darauf wieder mit drei Rangierern besetzt wurden. Im Laufe der Zeit stellte es sich heraus, daß die meisten Unfälle und Materialschäden in den Kolonnen zu verzeichnen waren, die mit zwei Mann besetzt sind. Das gibt natürlich die Betriebsleitung nicht zu, sondern sie macht nach wie vor die Rangierer für die Schäden verantwortlich.

Seit 1926 gehen nun auf dem Werke gewaltige Umbauten vor sich. Ueberall wird gewühlt und gebaut. Durch die vermehrte Anforderung an den Eisenbahnbetrieb machte es sich notwendig, den Rangierbetrieb bedeutend zu erweitern. Die Zahl der Rangierer wurde um das Doppelte erhöht. Da natürlich nicht so viel ausgebildete Rangierer sofort zur Hand sind, wurden Kollegen eingestellt, die zum Teil noch gar nichts, oder aber sehr wenig von Rangierarbeiten verstanden.

Ob dadurch die Gefahren verringert wurden,

muß bezweifelt werden. Diese neueingestellten Kollegen kennen die verzwickten Gleisanlagen nicht. Hinzu kommt, daß — wie schon oben angeführt wurde — überall gewühlt und gebaut wird, wobei die Gleisanlagen durch Balken, Bretter, Rüstungen und Erdmassen unübersichtlich werden, was bei einem nichteingeweihten Rangierer unbedingt das Gefühl der Unsicherheit hervorrufen muß. Die Folge davon ist, daß entweder — nach der Meinung der Betriebsleitung — nicht genügend geschafft wird oder aber irgend etwas zum Teufel geht. Oft schon ist die Betriebsleitung auf diesen Uebelstand hingewiesen worden, aber die Zustände haben sich bis heute noch nicht geändert. Also, verehrte Betriebsleitung, nicht die Rangierer sind schuld, sondern die Verhältnisse, die leicht geändert werden könnten, wenn Sorge getragen wird, daß alle Gleise genügend frei und übersichtlich gehalten werden. **Sehr oft müssen die Rangierkolonnen erst Balken, Bretter und Sandmassen von den Gleisen räumen, ehe sie ihren Zug hindurchbringen können.** Daß dadurch der Rangierbetrieb leiden muß, wird jedem einsichtigen Menschen klar sein. Nicht nur Zeit würde gespart, sondern auch Schäden werden verhindert. Sehr oft kommt es vor, daß ein Trittbrett oder eine Tür verbogen ist. Durch diese kleinen geringfügigen Schäden entstehen aber Komplikationen, die leicht zu größeren Schäden und auch zu Unfällen Anlaß geben.

Also nochmals: Aeußerste Leistungen und wenige Unfälle und Schäden sind nur zu erreichen, wenn die Gleisanlagen frei und übersichtlich sind und jeder Rangierer genügend mit den Verhältnissen vertraut ist und dementsprechend ausgebildet wird.

Kumpels, macht keine Ueberstunden!

Es ist fast nicht zu begreifen, daß in einer solch ernsten Zeit, in welcher sich die Bergarbeiter doch augenblicklich befinden, es noch Arbeiter gibt, die nach allen Regeln der Kunst doch noch Ueberstunden schieben. Im Sägewerk der Grube Naunburg versteht es der stellvertretende Betriebsführer, die Zimmerer, die doch sonst gern auf ihre gewerkschaftliche Tradition pochen, zu solchen Ueberstunden heranzuziehen. Kommen z. B. mehrere Wagen Holz zu gleicher Zeit an, dann wird auf dem Holzplatz fieberhaft gearbeitet, damit zur Schicht nur noch ein Wagen voll ist, der dann von den Zimmerleuten in einer Zeit abgeladen wird, welches kein Mensch für möglich halten würde. **Das Abladen dauert nur eine knappe Stunde.** Die Zimmerleute glauben auf diese Weise ihren wenigen Lohn, über den sie sich immer so sehr beklagen, durch Ueberstundengeld aufzubessern. Bedenken diese Kollegen gar nicht, wie sie auf diese Weise den übrigen Kameraden in den Rücken fallen und wie sie dazu beitragen, daß der Achtstundentag endgültig abgeschafft wird. Das Beschämendste aber ist, daß in einer Zeit, wo die Bergarbeiter in einer Lohnbewegung und vor einem Kampf stehen, organisierte Kollegen es den Grubengewaltigen möglich machen, dem Kampf der Bergarbeiter ohne Bange entgegenzusehen. Die Bergarbeiter erwarten von den Zimmerleuten, daß sie ihre Handlungsweise einstellen und sich in die Kampffront einreihen, wie es sich für einen organisierten Kollegen gehört. Sollte diese Maßnahme nichts fruchten, so würden die Kumpels sich zu anderen Maßnahmen gezwungen sehen.

Von 12% auf 15% Dividende

A.-K. 12 Prozent Dividende wurden im vorigen Jahre den Aktionären der **Ammendorfer Papierfabrik** in den Rachen geworfen. In diesem Jahre ist wieder eine Steigerung um 3 Prozent zu verzeichnen. Aber dieses ist noch nicht alles, denn die Bilanzen der Unternehmer sind heute schon so zusammengestellt, daß ein Prolet sich nicht darin zurechtfindet. Woher die große Dividendenausschüttung? Durch „sparsames" Auszahlen den Proleten gegenüber, den höheren Beamten aber werden Gehälter an den Hals geworfen, die jeder Beschreibung spotten.

Ein Direktor bekommt zum Beispiel

pro Tag 50 Mark,

hat außerdem eine große Villa zur Verfügung. Licht und Heizung wird geliefert, außerdem werden Gärten, Dienstboten vom Werk gestellt, damit das **tägliche Gehalt** nicht allzu sehr belastet wird.

Da nun für die Herren Direktoren die schwerste Arbeit aufgehoben wird, so müssen diese auch drei Stunden Mittag machen, außerdem durch den Betrieb rennen, um die Proleten antreiben, damit auch die nötigen Dividenden herauskommen.

Der Beamten- und Angestelltenstab ist gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt und verdreifacht, sogar den Rechtsverdreher „Dr." Brade hat man eingestellt. Er soll den Proleten das Leben erschweren, indem er als nicht Fachkundiger beurteilen soll, was ein Prolet als Lohn zu bekommen hat.

Der dritte und wichtigste Teil ist, daß die Proleten mit ihren Knochen den Dividendenschluckern und Direktoren das Wohlleben erschuften. Die Arbeiter gehen mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 33 Mark nach Hause. Sie müssen für Licht und Heizung selbst sorgen und können kein Mädel vom Werk für ihre Dreckarbeit nehmen.

Proleten der Ammendorfer Papierfabrik, ein Wort an Euch: Im gleichmütigen Trott strömt Ihr jeden Tag zur Quetsche für ein paar Bettelpfennige. Bis zum 26. März 1928 läuft der Lohntarif. Es ist an der Zeit, daß wir uns aufraffen und Lohnerhöhung fordern. Die Konjunktur ist günstig. Vorbedingung ist jetzt für Euch, in den Fabrikarbeiterverband einzutreten und sofort eine

zwischentarifliche Lohnerhöhung

zu erkämpfen!

Auf der Jagd nach dem „Roten Kalikumpel"

A.-K. Das Rundschreiben des Herrn Oexle an die Landjäger wirkte sich am Sonnabend, dem 17. September, auch in Zappendorf aus. In Abwesenheit der Männer wurde bei einigen Genossen und indifferenten Arbeitern Haussuchung gemacht. Was suchte man?

Angeblich drei gestohlene Schlafdecken.

Man suchte dieselben sogar in Briefumschlägen. Es war eine großangelegte Jagd auf den „Roten Kalikumpel". Ja, man hat sogar einige davon bei einem Genossen gefunden. Man machte Jagd auf Kommunisten. Man will auch in Zappendorf eine kommunistische Sensation haben. Doch weit gefehlt. Ihr Herren von der Polizei. Ihr könnt uns nicht erschrecken. „Der rote Kalikumpel" ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Herren von der Werksleitung Krügershall haben wohl Angst? Habt keine Bange, unsere Betriebszeitung erscheint weiter. Man wird auch weiterhin darin studieren können, wie der Kaliarbeiter ausgepreßt und ausgebeutet wird. Den Weg zur Befreiung aller Ausgebeuteten werdet Ihr nicht aufhalten. Wir werden trotzdem weiterkämpfen bis zum endgültigen Siege. Dem Herrn Landjäger vom Bahnhof möchten wir aber raten, seine Nase in andere Sachen zu stecken. Ihr werdet die Kalibazille Black nicht finden, und wenn Ihr zehnmal Haussuchungen vornehmt. Durch Euer Vorgehen werdet Ihr selbst die Sache fördern, aber niemals ausrotten. Ueber die näheren Einzelheiten folgt ein ausführlicher Bericht. Auch im „Kalikumpel" werden wir davon schreiben. **Kalibazille Black.**

Und immer wieder die Gloria-Werke

A.-K. Vor mehreren Wochen bereits beschäftigten wir uns mit dieser Ausbeuterstätte und Bruchbude ersten Ranges. Aber es wird dort immer toller. In der Abteilung des patriotischen Meisters Rauhbach geht es schlimmer zu wie in einem Zuchthause. Dort können die Gefangenen wenigstens bei ihrer Arbeit einige Worte miteinander wechseln. Bei diesem Herrn gibt es so etwas nicht. Wehe dem, der es wagt, einige Worte zu sprechen. Er wird angeschrien wie ein Hund. „Halte Eure Schnauzen, so etwas gibt es hier nicht". Redensarten, wie „faule Bande", „dumme Schweine", „Rindvieh", sind bei ihm an der Tagesordnung. Wenn einmal an einer Maschine etwas kaputt ist, macht er die Arbeiterinnen dafür verantwortlich und beschimpft sie auf das gemeinste. Einen Fall, der jeder Beschreibung spottet, leistete sich diese „Blüte" von einem Meister vergangene Woche. Eine ältere Arbeiterin ging um 11 Uhr weg, jedenfalls, um sich andere Arbeit zu suchen. Sie kam wieder, erklärte zu Meister Rauhbach, daß sie am Abend aufhöre, und ging wieder an ihre Maschine. Kurz darauf sprach sie ein paar Worte mit einer anderen Arbeiterin. Da kam der Meister gestürmt und schrie sie an: „Sie hören sofort auf." Die Arbeiterin erhob sich und sagte ganz ruhig: „Jawohl, ich gehe." Darauf packte er sie am Arm und mit den Worten: „Aber schnell!"

warf er sie mit dem Rücken an die Wand,

daß sie noch heute über Schmerzen klagt. Das sind Zustände, die schlimmer sind wie in einer Strafanstalt. Wir warnen diesen Herrn zum letzten Male, oder die Arbeiter werden mit ihm abrechnen.

Betriebsmord!

Unfall infolge Antreiberei

Auf Grube Auguste ereignete sich am Dienstagnachmittag ein Unglücksfall, der zu vermeiden gewesen wäre. Einem Arbeiter, der erst eingestellt war (derselbe kam von außerhalb und hatte in der Herberge zur Heimat Unterkommen gefunden), wurde beim Abladen von Eisenbahnschienen der rechte Oberschenkel total zerquetscht. Nach Aussagen von Arbeitern, die Augenzeugen waren, ist das Unglück nur auf unsinnige Antreiberei zurückzuführen.

Ins Getriebe geraten

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag im Sägewerk der Hainmühle Gräfenhainichen. Der 23jährige Schneidemüller Franz Weiner kam beim Auflegen eines Treibriemens in das Getriebe, wurde herumgeschleudert und schwer verletzt. Der hinzugerufene Arzt Dr. Keil stellte einen Bruch des rechten Oberschenkels und Rippenverletzungen fest. Nach Anlegung eines Gipsverbandes wurde der Verunglückte nach der Chirurgischen Klinik in Halle übergeführt

Ein gräßlicher Unglücksfall

auf der Grube „Alwine"

A.-K. Auf der Grube Alwine, Bruckdorf, werden bekanntlich von der **Kohlenverwertungsgesellschaft Berlin** vier große vier Stockwerk hohe Oefen gebaut. Eine Braunschweiger Firma macht die Ausführung und ein Ingenieur der Berliner Firma hat die Leitung. Obwohl nun der Eisenhochbau noch nicht beendet und in der 29 Meter hohen Konstruktion noch in jeder Etage gearbeitet wird, arbeiten die Braunschweiger Monteure mit ihren Arbeitern bereits in der ersten Etage.

Abgedeckt ist aber nirgends etwas.

Jeder fallende Niet, Schraube oder Schlüssel kann das Leben eines Arbeiters kosten. So mußte auch ein Monteur der Braunschweiger Firma eine zirka drei Zentner schwere Eisenplatte aus ihrer Lage entfernen, um 70 bis 80 Zentner schwere Ofenteile zu transportieren. Leider wurde diese Platte nicht gesichert, als die Schrauben entfernt wurden, **und die Platte sauste zirka 15 Meter in die Tiefe.** Im unteren Teile des Ofens waren ein Maurer aus Stettin und ein Isolierer aus Berlin beschäftigt und eben im Begriff, den Ofen zu verlassen — auf Befehl des Montagemeisters — als die Platte den Maurer traf und eine schreckliche Wunde am Schädel hinterließ, **welche das Gehirn freilegte.** Im bewußtlosen Zustande wurde derselbe dem Krankenhaus Bergmannstrost zugeführt, wo er hoffnungslos darniederliegt. Dem Berliner Isolierer wurde die Oberlippe gespalten, die Zähne eingedrückt und die Unterlippe zerschunden. Als derselbe zum Verbinden ging, erhielt er wohl eine Binde, ihm wurde aber bedeutet, sich selbst zu verbinden. Ein dabeistehender Zimmermann, welcher diese unmenschlichen Bemerkungen kritisierte und zurechtwies, wird jedenfalls seine berechtigte Entrüstung

mit seiner Entlassung

büßen müssen. Jedenfalls kommen wir auf diesen Fall zurück, denn es kann nicht unsere Sache sein, der Untersuchung der Schuldfrage vorzugreifen. Auf alle Fälle ist aber die Antreiberei der Monteure verwerflich und muß entweder die Arbeiter nervös oder gleichgültig machen. Einen noch größeren Vorwurf verdient der leitende Ingenieur. Der Mangel an jeglichen Transportmitteln und Vorkehrungen zur Sicherheit kann nur ihm zur Last gelegt werden.

Nun, Kollegen, Arbeiter, Euch muß dieser schreckliche Unfall die Augen öffnen. Ihr müßt Euch alle zusammenschließen. Müßt alle Arbeiten, welche den Unfallvorschriften entgegenlaufen, verweigern. Müßt alle Eure Euch tariflich zustehenden Ueberstundenzuschläge verlangen, wenn man Euch zwingt, Ueberstunden zu machen. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir geschlossen den freien Gewerkschaften angehören und uns in der Kommunistischen Partei organisieren, denn nur diese unterstützen uns in unserem Kampfe gegen unsere Ausbeuter.

Ein „anständiger" Meister

in der Hallischen Schraubenfabrik

In der Hallischen Schraubenfabrik gibt es, wie leider noch in sehr vielen Betrieben, keinen Speiseraum. Wohl ist eine Garderobe vorhanden, aber diese ist so „groß", daß eben genug Platz zum Umziehen vorhanden ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind also gezwungen, **ihr Mittagessen in den Fabrikräumen einzunehmen.** Im Maschinensaal, auf der Treppe, auf der Heizung, überall, wo nur eine Sitzgelegenheit sich findet, sitzen sie in der Mittagspause und verzehren ihr kärgliches Mahl.

Am Mittwoch hatte sich nun ein junger Mann auf den Arbeitstisch nahe dem Automaten im Maschinensaal gesetzt. Der Automatenmeister Wilhelm Städtler kam darüber zu und stürzte gleich auf den jungen Kollegen, packte denselben am Arm und wollte ihn vom Tisch herunterreißen. Angeblich, weil der Kollege in einer anderen Abteilung des Betriebes arbeitet. Ob dieser Handlungsweise und weil der „anständige" Meister sogar noch handgreiflich werden wollte, empörten sich die im Saale anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Statt nun von seinem Tun abzulassen, drehte St. sich um und begegnete der berechtigten Empörung mit den Worten:

„Ihr verfluchten Mistpetzen, Ihr aus Glaucha seid gerade die schlamsten!"

Meister Städtler hat wohl ganz seine Schlaubildung verloren, auch ist es kaum glaublich, daß er damit einverstanden wäre, wenn seine Töchter mit solchen Ausdrücken belegt würden. Er soll nicht glauben, daß er der Alleinherrscher ist. Auch wenn er sich noch so anstrengt, wird er eines Tages die Fabrik von außen besehen. Schon manchem ging es so. Dem Betriebsrat aber empfehlen wir, sich etwas mehr auch um solche Dinge zu kümmern. Gerade Meister St. ist dafür bekannt, daß er ein ausgedehntes Schimpflexikon besitzt.

Ein stiller Zuhörer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Meine Erfahrungen bei der Abonnentenwerbung

Der Parteigenosse Kämpfer in Halle hat in 1¼ Jahr 1700 Abonnenten für den „Klassenkampf" gewonnen. — „Das ist ja unmöglich", wird wohl mancher Genosse sagen. Der Genosse K. schildert jedoch in nachfolgendem Artikel, wie es ihm möglich war, solche Erfolge bei der Werbearbeit zu erzielen. Seine Ausführungen haben gerade in der Werbekampagne für Partei und Presse hohe Bedeutung für alle Parteigenossen, an die jetzt der Ruf ergangen ist, ebenfalls neue Kämpfer und neue Leser zu gewinnen. (Die Redaktion.)

Die Partei ruft wieder zur Werbung für Partei und Presse auf. Einen neuen Kämpfer für die Partei und einen neuen Leser für den „Klassenkampf" soll jedes Parteimitglied gewinnen. Für die Abonnentenwerbung für unsere Presse möchte ich einige Erfahrungen schildern.

Da ich 1700 Abonnenten in 1¼ Jahr geworben habe, also im Monat durchschnittlich 120, möchte ich den Beweis erbringen, daß es wirklich nicht zu viel ist, was die Partei von jedem Parteimitglied verlangt. Die Meinung vieler Genossen: „Es wird wohl schwerlich etwas zu machen sein", kann ich nicht teilen, da ich in meiner praktischen Tätigkeit erfahren mußte, daß eben doch „etwas zu machen" ist.

Wenn man zu einem Proletarier kommt, der noch die bürgerliche Presse liest,

so merkt man sofort, daß es meistens an der Frau liegt, daß unser Kampforgan noch nicht gelesen wird. Hier muß man versuchen, sich auch möglichst mit der Frau auseinanderzusetzen. Der Mann hilft vielfach sogar mit, die Frau zu bearbeiten, denn er hat schon eingesehen, daß es ein großer Widerspruch ist, wenn man bei seiner trostlosen Lage eine bürgerliche Zeitung liest. Schließlich hat man sie nach einiger Zeit herum. Auch die Frau ist mit der Ausfüllung des Bestellzettels einverstanden. Leichter ist es noch, wenn große Söhne in der Familie sind. Diese treten häufig dafür ein, daß statt der bürgerlichen Zeitung der „Klassenkampf" in das Haus kommt. Man kann sie auch zugleich verpflichten, daß sie mit zur Zeitung beisteuern.

Wenn man zu Arbeiterfamilien kommt, die überhaupt keine Zeitung lesen und wo man der Meinung ist, das sei überflüssig, muß man sie so weit überzeugen, daß sie die schädliche Wirkung der bürgerlichen Zeitungen begreifen. Zu diesem Zwecke ist es gut, sich mit einigen solcher Blättchen auszurüsten, um an Ort und Stelle mit Beispielen auftreten zu können.

Die letzte Ausrede

wird wohl sein: „Wir haben kein Geld!" Hier kann man den Zögernden entgegenhalten, daß doch so mancher Funktionär große Opfer bringen muß. Schließlich ist ja auch der „Klassenkampf", wie jede kommunistische Zeitung, ein Unternehmen, das von vielen Arbeitern aufgebaut ist und auf keinerlei Zuwendungen, sei es durch Inserate oder extra gut bezahlte Druckaufträge rechnen kann. Versteht man es, ihnen auch diese Ausrede zu nehmen, so werden auch sie sich entschließen, den „Klassenkampf" zu bestellen.

Schließlich möchte ich die noch erwähnen, die schon früher unsere Presse gelesen haben und aus Verärgerung oder dergleichen nichts mehr lesen. Dann auch die Ueberradikalen, denen der Weg zum Siege des Proletariats zu lang ist, die aber zu ihrer Erbauung die „Gallischen Nachrichten", den „Streiher" oder „Flieher", wie diese Zeitung von der Arbeiterschaft genannt wird, lesen. Diese Leute sind schwerer zu gewinnen. Der Versuch ist jedoch nicht aussichtslos. In der Unterhaltung merkt man sofort, daß sich diese Ueberradikalen in große Widersprüche verwickeln, und in der Regel versuchen sie, für die Rückschläge, die die Arbeiterschaft seither erlitten hat, einzelne Personen verantwortlich zu machen. Wenn man fragt, welche Führer, von welcher Partei, so stellt sich meist heraus, daß sie alles durcheinander würfeln. Gewerkschaftsführer, SPD.-Führer und Kommunisten werden im wirren Durcheinander angeklagt. Wenn man hierbei versteht, nachzuweisen, wie unklar der Kollege noch über vieles ist, und daß er gerade deshalb unsere kommunistische Presse lesen müßte, dann ist auch bei diesem ein Erfolg zu verzeichnen.

Zum Schluß möchte ich noch auf die „Volksblatt"-Leser hinweisen, denn von denen sind gerade jetzt viele für unsere Presse umzustimmen. Nur muß man unter diesen unterscheiden, die einen, die fanatisch an dem alten festhalten, wohl auch noch in der SPD. sind und alles schlucken, was sie vorgesetzt bekommen, und die anderen, die sich schon alles überlegen, was da geschrieben steht. Diese Leser sagen gewöhnlich zuerst:

„Ich lese doch schon eine Arbeiterpresse und es macht doch nicht viel aus, ob ich die oder die lese . . ."

Wenn man dann aber die Schreibweise der sozialdemokratischen Presse skizziert, dann lassen auch diese mit sich reden und lassen unsere Einwände gelten. Das ist aber gerade jetzt ziemlich leicht. Man braucht nur daran zu erinnern, daß das „Volksblatt" nicht zur Sacco- und Vanzetti-Demonstration aufgerufen hat, daß es aber dafür den Verfassungsrummel, den die SPD. mit der Bourgeoisie veranstaltet hat, verherrlicht. Auch an vielen anderen Beispielen können wir jenen Arbeitern klarmachen, daß das „Volksblatt" und die anderen sozialdemokratischen Zeitungen nicht in ihre Wohnungen gehören.

Diese Methoden, die ich bei meiner Werbetätigkeit angewandt habe, trugen zu großen Erfolgen bei. Es liegt sehr viel an dem Geschick des Werbers, an seine Klassengenossen heranzukommen und sie an unserer Presse zu interessieren. Ist erst das Interesse geweckt, dann ist uns der Leser sicher. Darum sei in der Werbewoche **jeder Parteigenosse ein geschickter Werber für unsere kommunistische Presse, für unseren „Klassenkampf"!**

Proletarier, bewahrt Eure Kinder vor dem Hindenburg-Rummel!

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen!

An alle Arbeiterkinder!

In wenigen Tagen wird der kaiserliche Generalfeldmarschall Hindenburg, jetzt Präsident der deutschen Republik, 80 Jahre alt. Ueberall bereitet man die Huldigung des „deutschen Volkes" für Hindenburg vor. Wilhelm von Doorn, der Holzsäger, hat bereits **„seinem General"** telegraphisch gratuliert. Sicher ist, daß er auch von **„seinem General"** Antwort erhielt.

Nun sollen Eure Kinder in einer Reihe mit Wilhelm bei Hindenburg gratulieren. In Berlin sollen sie „freiwillig" Spalier bilden. Im ganzen Reiche finden in den Schulen Geburtstagsfeiern statt, in denen die „Taten und Siege unseres Reichspräsidenten" gefeiert werden sollen. Wir Arbeiter kennen diese Siege, sie sind mit dem Blute von Millionen Soldaten und den Tränen der Mütter und hungernden Kinder erkämpft. Wir werden nicht dulden, daß wiederum solche Taten als vorbildliche und erstrebenswerte Ziele unseren Kindern gelehrt werden.

Aber es kommt darauf an, daß die Arbeiterkinder nicht einfach zu Hause bleiben. Es kommt vor allem darauf an, die Kinder darüber aufzuklären, was Hindenburg als kaiserlicher Generalfeldmarschall und Präsident der deutschen Republik für das arbeitende Volk bedeutet! Die Arbeiterkinder sollen vor allen Dingen die Wahrheit über den Weltkrieg und seine Führer erfahren!

Die Arbeiterkinder müssen die Republik kennenlernen, die Republik, die gerade drauf und dran ist, die Schule der Kirche auszuliefern, das Schulwesen noch mehr zu zerspalten.

Die Arbeiterschaft muß sehen, daß hierdurch nicht nur die religiöse Beeinflussung der Kinder verstärkt wird! Durch die Trennung der Kinder nach Konfessionen wird schon früh in ihnen der Geist der Uneinigkeit gezüchtet!

So dient das kommende Reichsschulgesetz derselben Politik der Spaltung der Arbeiterklasse, wie sie von der Hindenburg-Republik überall getrieben wird! Zu dieser Vorbereitung künftiger guter, folgsamer Arbeiter tritt die direkte Ausbeutung der Kinder.

Kinderelend und Kinderarbeit sind riesengroß!

Und diese körperlich und geistig von der Republik in Unfreiheit gehaltenen Kinder sollen — womöglich „freiwillig" — vor Hindenburg paradieren?

Sollen ihm zu Ehren nationalistische Lieder singen und mit Hurra schreien?

Sollen sie heute Hurra schreien für den kaiserlichen General, um es morgen zu tun für einen General der Republik, der sie gegen die Arbeiterklasse des eigenen Landes und gegen die Sowjetunion führen soll?

Sollen die Arbeiterkinder die Hand küssen, die sie schlägt? — Niemals!!!

Kein Arbeiterkind macht die Hindenburg-Parade mit!

Kein Arbeiterkind singt dem kaiserlichen General nationalistische Lieder!

Alle Arbeiterkinder werden von ihren Eltern und allen jugendlichen und erwachsenen Arbeiter aufgeklärt über den vergangenen und kommenden Weltkrieg!

Alle Arbeiterkinder beteiligen sich an den Gegendemonstrationen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiterschaft!

Alle Arbeiterkinder kommen zum Jung-Spartakus-Bund, damit sie früh lernen, den Geist der Knechtseligkeit abzulegen und sich für den großen Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu üben.

Zentralbureau des Jung-Spartakus-Bundes.

Fünf Minuten vor Zwölf . . .

Ein Mahnruf an die Arbeiter, die noch der Verdummungsanstalt „Kirche" angehören!

Das allgemeine Anwachsen der roten Front und besonders die Vorstöße der Freidenkerorganisationen, die in den letzten Wochen von großem Erfolg begleitet sind, zwingen mir noch einen Mahnruf in die Feder.

Morgen ist der 30. September, morgen ist noch einmal eine günstige Gelegenheit, um für ein ganzes Jahr die Kirchensteuern zu sparen. Wer sich morgen auf das Amtsgericht begibt und dort seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt, wird im kommenden Jahre nicht wieder mit Steuerzetteln belästigt!

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß der Austritt aus der Kirche kostenlos ist. Man braucht nur eine Legitimation (Invalidenkarte, Trauschein oder ein ähnliches Dokument) mitzubringen.

Arbeiter, laßt Euch nicht auf den Schwindel ein, der jetzt verbreitet wird, daß der Austritt aus der Kirche 12 Mark kostet!! Nichts können die Brüder von uns besehen. Deshalb geht noch morgen und beantwortet durch Euren Austritt die Pläne der Pfaffen, die in der letzten Provinzialsynode zum Ausdruck kamen. Uebrigens sollte ein aufgeklärter Arbeiter nicht nur wegen den Kirchensteuern dem schwarzen Institut seinen Rücken kehren, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß der liebe Gott nur die Fettköppe gut leben läßt.

— a. —

Merseburg-Leuna-Querfurt

Merseburger Metallarbeiter, erledigt den Hennig-Skandal

Kommenden Sonntag vormittag um 9 Uhr findet in Merseburg im „Tivoli" eine außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes statt. Es wird dort die Neuwahl eines Gewerkschaftsangestellten für den so unrühmlich abgegangenen Hennig vorgenommen. Die reformistische Ortsverwaltung, die wohl gegen die kommunistischen Genossen in bürgerlichen Blättern Stellung nahm, dürfte sich in einigen Schwierigkeiten befinden.

Es ist absolut richtig, daß der Hennig-Skandal nur durch die Methoden der Verwaltung nach wie vor in Dunkel gehüllt blieb. Durch die Ablehnung des Untersuchungsausschusses wurde die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Angelegenheit Brünner durch sieben Quartale geschleppt wurde, daß die Mitgliedschaft jedesmal Entlastung erteilte, obwohl der Laden in Schaffstädt nicht stimmte!

Und jetzt, wo einige oppositionelle Kollegen sich an Ort und Stelle nach den Dingen erkundigt haben, kursiert das Gerücht, daß man gegen die betreffenden Kollegen vorgehen will wegen Verbandsschädigung!

Also nicht gegen Hennig, der nach Aussage von Sander wie ein

charakterloser Lump

gehandelt hat, sondern gegen die Kollegen, die Aufklärung wollen, geht man vor. Hennig ist noch heute unbefugterweise Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Niemand hat verbandsschädigender gehandelt als er. Die Rösler, die Daniel mögen aufstellen, was sie wollen, sie sind mitschuldig an dem Mißtrauen, das gegen die jetzige Verwaltung in den Kreisen der Kollegen besteht.

Metallarbeiter, besucht restlos die Generalversammlung! Vergeßt nicht, Eure Verbandsbücher mitzubringen! Der Hennig-Skandal wird noch einmal aufgerollt!!

Rote Radler, auf ins schwarze Geiseltal!

Demonstriert gegen den Hindenburg-Rummel — Ermuntert die Bergarbeiter — Werbt für den „Klassenkampf", agitiert für die rote Front!

An alle Kameraden des RFB. des Unterganes Merseburg!

Am kommenden Sonntag, dem 2. Oktober, veranstaltet die Untergauführung im Geiseltal ein Sterntreffen. Dazu sind zur Teilnahme alle Kameraden des Untergaues verpflichtet. Wir fordern alle Kameraden auf, sich für diesen Tag mit einem Fahrrade zu versehen. Die Ortsgruppen treffen sich wie folgt:

Abteilung Merseburg und Abteilung Lützen um 8½ Uhr in Merseburg am Nulandtplatz.

Ortsgruppen Beuna und Frankleben um 9 Uhr am Friedhof in Kötzschen.

Abteilung Geiseltal und die Ortsgruppe Querfurt stehen um 10 Uhr geschlossen in Braunsdorf.

Die Ortsgruppen Beuna und Mücheln haben die Kapellen mitzubringen, und zwar per Rad. Obige Gestellplätze kommen nur für diejenigen Kameraden in Frage, die mit einem Fahrrade versehen sind. Alle roten Soldaten des Untergaues, die am 2. Oktober nicht im Besitze eines Rades sind, stehen um ½2 Uhr am Friedhof in Beuna. Weitere Anweisungen erhalten die Ortsgruppenleiter.

Kameraden! Keiner darf am Sonntag fehlen, mit Ausnahme der Kameraden, die im DMVB. organisiert sind. Diese nehmen restlos an der außerordentlichen Generalversammlung dieser Gewerkschaft um 9 Uhr vormittags im „Tivoli" teil. Verbandsbuch darf dabei nicht vergessen werden.

Die Untergauleitung des RFB. Merseburg-Querfurt.

Neumark. Genossen, heraus! Am Freitag, dem 30. September, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Schumann eine Mitgliederversammlung statt mit dem Thema „Werbearbeit für Partei und Presse". Restloses Erscheinen unbedingt erforderlich. Genossen, die unentschuldigt fernbleiben, werden zur Rechenschaft gezogen.

Gegen Hindenburg und Bürgerblock

veranstalten die revolutionären Organisationen Merseburgs, die im Komitee der Werktätigen vereinigt sind, eine große öffentliche

Demonstrations-Kundgebung

morgen, Freitag, um 8 Uhr abends auf dem Marktplatze. Alle aufrechten Arbeiter sammeln sich um ½8 Uhr an der „Stadt Leipzig". Sie fördern damit die Sache

des klassenbewußten Proletariats

Neumark. Unser Ort soll wieder rot werden! Am vergangenen Sonnabend veranstaltete der Rote Frontkämpfer-Bund einen Fackelzug, der eine gute Beteiligung aufzuweisen hatte. Ueber 40 Fackeln und ebensoviel Laternen bewegten sich durch die schmutzigen Straßen von Neumark und Geiseltröltzsch. Der Spielmannszug von Merseburg schmetterte die Bergkumpels aus ihren Wohnungen heraus und wie schlaftrunken standen die abgearbeiteten Menschen vor den Häusern. „Rot-Front"-Rufe bezeugten die Sympathien für die revolutionäre Sache. Und wenn die Kumpels mit ihren Frauen sich an den Veranstaltungen der roten Klassenfront beteiligen, dann werden die Oesterreichs endlich erkennen, daß ihre Rolle im Geiseltale doch bald ausgespielt ist. Bei „Schumann" lohte sich nach einigen markanten Worten des Kameraden Scheibner der imposante Werbezug auf. Am Sonntagabend fand im gleichen Lokale ein Herbstvergnügen statt, das durch die starke Beteiligung der werktätigen Bevölkerung bewies, daß auch gesellschaftlich sich die Klassenfront immer mehr zusammenfindet. Einige Rezitationen von Mitgliedern des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes und eine kurze, kernige Ansprache des Kameraden Unger klärten die Anwesenden über die Ziele der roten Front auf. Mit Interesse hörte man, als er sagte, daß Hindenburg im Jahre nur 4 Millionen Mark „verdiente", während der Bergkumpel auf 25 bis höchstens 30 Mark in der Woche kommt! Der Redner forderte zum Schluß zum schärfsten Kampf gegen das Grubenkapital auf. Die Kumpels sollten diesmal unter keinen Umständen nachgeben. Am Hindenburg-Rummel soll sich ebenfalls kein Proletariat beteiligen und alle Väter und Mütter sollen auch ihre Kinder davon fernhalten. Der Erfolg der beiden Veranstaltungen war, daß wieder zehn Kameraden den Weg zum RFB. gefunden haben und daß die Verlosung unserer Literatur so gut funktionierte, daß alle 100 Lose restlos verkauft wurden. Einige „Klassenkampf"-Leser konnten ebenfalls gewonnen werden. Arbeiter von Neumark! Weiter an die Arbeit, dann wird unser Ort bald wieder das „rote Neumark" sein.

Ein Frauenhaar kann das Gewicht von 178 Gramm halten, ohne zu zerreißen. Der Menschenkopf hat durchschnittlich 30 000 Haare, die zusammen also eine Riesenlast von 5340 Zentnern zu tragen vermögen.

Aus dem Saalkreis

Dem Junker Graf von Wuthenau sind Kartoffeln gestohlen

Hohenthurm, 29. September.

Es handelt sich zwar nur um zirka zwei Zentner, aber selbst diese im Verhältnis zum Besitz des Gutsbesitzers minimale Menge veranlaßte den Herrn Grafen, Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, um die Täter dem Strafrichter auszuliefern. In Verdacht kamen zwei ehemals auf dem gräflichen Gute beschäftigte Arbeiter, bei denen ein komplizierter Schlüssel gefunden wurde, der zu dem Vorhängeschloß der Scheune passen soll. Die beiden Arbeiter hatten sich jetzt vor dem Amtsgericht in Halle wegen Diebstahls zu verantworten. Beide geben ohne weiteres zu, aus der Scheune die fragliche Menge Kartoffeln entwendet zu haben. **Ihr Wochenlohn als Gutsarbeiter betrug ganze 12 Mk.**, und da mit diesem Hungerlohn nicht auszukommen war, beschlossen beide, sich den fehlenden Mundvorrat aus der gefüllten Scheune des Grafen zu holen. Den Schlüssel, mit dem sie sich Eintritt in die gräfliche Scheune verschafften, hat einer der Angeklagten auf dem Gutshofe gefunden. Von einem Gutsbeamten wird dies in Frage gestellt und behauptet, daß es sich bei diesem Schlüssel um einen nachgemachten handeln müsse. Bemerkenswert hierbei aber ist, daß es sich um einen sehr komplizierten Schlüssel handelt, der überdies auch noch hochglänzend vernickelt ist. Ein vernünftiger Mensch wird sich darüber klar sein, daß Einbrecher, die sich einen Schlüssel anfertigen lassen, diesen gewiß nicht erst für teures Geld vernickeln lassen, und überdies ist es doch recht zweifelhaft, ob der Preis für die Herstellung eines solchen Schlüssels nicht weit höher ist als der Wert, den man durch ihn unter den verschiedenen Gefahren erlangen kann. Das Gericht vertagte die Angelegenheit, um noch einen Verwalter als Zeugen zu laden, der darüber vernommen werden soll, ob ein Schlüssel fehlt, und ob dieser von den Angeklagten auf dem Gutshofe gefunden sein kann. Stellt man sich nun vor, daß der Herr Verwalter selbst den Schlüssel verloren haben kann, so ist es doch sehr fraglich, ob er das zugestehen wird, weil dadurch seine Vertrauensstellung auf dem gräflichen Gute erschüttert werden kann. Unter Umständen können sich die beiden Angeklagten auf eine empfindliche Gefängnisstrafe wegen schweren Diebstahls gefaßt machen. Der Fall zeigt aber wieder einmal drastisch, daß durch solche Hungerlöhne unbescholtene und ehrliche Familienväter zu kleinen Diebereien veranlaßt werden. Wollte man den Urheber des Diebstahls bestrafen, müßte sich das Urteil gegen den Grafen richten, der durch seine Hungerlöhne die beiden Arbeiter erst zu diesem Diebstahl verleitet hat. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird ein solches Urteil, das sich gegen den wirklich Schuldigen richtet, nicht gesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die Genossenschaftszerstörer rühren sich!

Die Hiebe haben gesessen!

Genossen! Mitglieder im Konsumverein!

In spaltenlangem Gestammel im „Volksboten" versuchen die gekennzeichneten Aufbauer alle ihnen nachgewiesene Schuld abzuwälzen. Sie versuchen es mit neuen Lügen, um ihre Anhänger zu betören.

Es bleibt unbestrittene Tatsache, daß die Aufbauer 2000 Mark der Mitglieder den bürgerlichen Gerichten in den Hals geworfen haben. Mit dem Gelde der Mitglieder wollte man sich mit Hilfe des Gerichtes fette Pfründe sichern. Nur dem energischen Eingreifen der Arbeitervertreter ist es zu danken, daß nicht größerer finanzieller und moralischer Schaden entstanden ist.

Wo bleiben da die märchenhaft verkündeten Taten der Aufbauente?

Die Verwaltung des Konsumvereins hat in den vergangenen zwei Jahren — nichts — verspürt von einer Unterstützung dieser Heuchler. Nur gestützt auf die Arbeiter in der Verwaltung war es möglich, den laut Revisionsbericht günstigen Stand des Unternehmens herbeizuführen.

Die Arbeitermitglieder des Konsumvereins werden wahrscheinlich auch für die Zukunft verzichten müssen auf Unterstützung jener Leute.

Es gilt also zu handeln!

Schon wankt die Front des vereinigten Mischmasches!

Genossen! Mitglieder!

Noch einmal alle Kraft eingesetzt! Werbt! Wirkt! Klärt auf mit dem Material Eures „Klassenkampf". Sucht alle Mitglieder auf und zeigt ihnen die Gefahren welche erwachsen für den Arbeiter-Konsumverein, wenn jene Leute an die Macht gelangen!

Der Konsumverein gehört der Arbeiterschaft! Von 6800 Mitgliedern sind 4900 Arbeiter!

Macht dem Spuk der Aufbauente ein Ende! Auf zur Wahl am 2. Oktober. Jedes Mitglied wählt in seiner Verteilungsstelle die Liste:

Arbeiterkonsumverein!

Spitzenkandidaten: Schnüffler
Jannecke
Hesche
Neubert.

Notschrei eines Weißenfelser Wohnungslosen

Skizze aus der Zeitzer Straße 66

Wir wohnen mit drei Familien, insgesamt 10 Personen, in einer sogenannten Dreizimmerwohnung mit Küche; meine Eltern, mein Schwager mit seiner Frau, seinen drei Kindern, ich mit meiner Frau und einem Kinde. Das letztere ist 1½ Jahr. Nun bin ich gezwungen, mit meiner Frau, meinen Eltern und einem fünfjährigen Kinde in einer Kammer zu schlafen. Mein eineinhalbjähriges Kind muß ich in den Wäschekorb stecken, weil kein Platz da ist ein Bett aufzustellen. Auf Grund dieser Zustände habe ich mich wiederholt an das Wohnungsamt und an den Regierungspräsidenten Grütner in Merseburg gewandt. Ich wurde stets abgewiesen mit der Begründung, ich sei noch nicht wohnungsberechtigt.

Nun hat der Vorsteher des Wohnungsamtes Schmidt dem Maler Paul Albrecht, der erst seit einem Vierteljahr verheiratet ist und keine Kinder hat, eine Dreizimmerwohnung zugewiesen. Auf meine Beschwerde erklärte mir Herr Schmidt: „Die Wohnung hätten Sie doch nicht genommen" Als meine Frau jetzt wieder auf dem Wohnungsamt vorstellig wurde und erklärte, daß jetzt in der Nikolaistraße ein Sipo eine Wohnung erhalten habe, als er noch gar nicht verheiratet war (er hat erst nachher geheiratet, als er die Wohnung hatte), wurde ihr von Schmidt gesagt, die Polizei müsse stets eine Wohnung haben. Als meine Frau noch äußerte, sie werde sich nunmehr an die Oeffentlichkeit wenden, wurde ihr gesagt, nun bekomme sie erst recht keine Wohnung.

Ist das nicht eine Ungerechtigkeit sondergleichen? Werden sich nunmehr die Stadtverordneten einmal mit meinem Fall beschäftigen?

— k. —

Weißenfels. Die städtische Lesehalle ist ab 1. Oktober wieder wochentags von 16 bis 21 Uhr geöffnet. Politische Tageszeitungen aller Richtungen, Sportzeitungen und Zeitschriften liegen zur freien Benutzung aus. Außerdem können Reiseführer, Adreßbuch und Lexika im Ausleseraum der Stadtbücherei entnommen werden. Die Stadtbücherei ist ab 1. Oktober auch wieder Mittwochs und Sonnabends von 11 bis 12 Uhr und von 16 bis 19 Uhr geöffnet.

Weißenfels. „Darf ich heiraten?" Am Sonnabend und Sonntag läuft in den „Reichskronen-Lichtspielen" vom städtischen Gesundheitsamt aus der Film „Darf ich heiraten?" Derselbe ist von Sachkennern zu Aufklärungszwecken empfohlen.

Weißenfels. Volksbühne. Lessings ewig junges Lustspiel „Minna von Barnhelm" ging am Dienstag, dem 27. September, vor vollständig ausverkauftem Hause über die Bretter. Leider mußten viele Schüler und Schülerinnen umkehren, da der Saal bereits durch die Mitglieder gefüllt war. Um die Freude der Jugend nicht zu Wasser werden zu lassen, soll die gleiche Aufführung am 25. Oktober als Nachmittagsvorstellung noch einmal gegeben werden. Näheres über die Organisation erfolgt durch die Schulleitungen. Die erste Gruppe der Volksbühne ist gefüllt, Neuaufnahmen in diese sind zurzeit nicht möglich. Um dem gesteigerten Interesse an guten Theateraufführungen gerecht zu werden, hat sich der Vorstand der Volksbühne entschlossen, eine zweite Spielgruppe ins Leben zu rufen; an welchem Wochentage diese bespielt werden wird, richtet sich nach den eingehenden Anmeldungen. Es besteht auch die Absicht, in nächster Zeit eine moderne Oper durch eine namhafte Bühne für die Mitglieder der Volksbühne zu bringen, weitere Mitteilungen darüber folgen noch.

Naumburg. Opfer des Kapitalismus. Am Montagabend, kurz vor Schluß der Nachtschicht, stürzte ein Gerüst an der Eisenbahnbrücke bei der Henne plötzlich ein. Es wurden an der Brücke Bohrungen vorgenommen. Die dadurch verursachte Erschütterung hat wahrscheinlich den Einsturz herbeigeführt. Zwei Arbeiter wurden schwer, einer leicht verletzt. — In der Dampfziegelei Hesse in der Weichau ist ein junger Ziegeleiarbeiter namens August Mundt verschüttet worden. Durch die Wucht des Erdreichs wurde sein schneller Tod herbeigeführt. In beiden Fällen ist die maßlose Antreiberei die Schuld am Tode dieser Proletarier.

Taucha. Die Reichswehr kam am 20. September nach hier. Ach, welche Freude war da vorhanden bei den Spießbürgern, weil sie nach langer Zeit wieder einen Soldaten sahen. Da waren sie überglücklich! Abends war großer Spuk in dem alten Arbeiterlokal bei Hofmann. Die Bergkapelle Halle gab ein Konzert zum Besten, Eintritt frei, bloß eine Mark mußte jeder abladen. Da sah man keine Not unter einigen Arbeitern, denn sie waren stark vertreten. Wer sich nicht zum Eingang hereintraute, ging über die Mauer! Der Tanz ging bis früh 2 Uhr, so daß das Licht bis ¼4 Uhr brennen mußte. Nun möchten wir doch gern wissen, ob das Licht jeden Sonntag so lange brennt, damit wir Proleten unsere Vergnügen auch länger abhalten können! Natürlich das schöne Klagelied „Deutschland, Deutschland über alles" dürfte bei dem Rummel nicht fehlen so daß sich mancher Prolet heiser dabei gekrächzt hat. Jetzt kann Wilhelm wieder nach Taucha kommen, da wird er nicht nur mit Hurra empfangen, sondern mit gutem Gesang. Den Bürgermeister von Taucha ließen sie auch öfter hoch leben, und der „Herr Leutnant" bedankte sich auch bei der Einwohnerschaft über den guten Empfang und die Verpflegung. In kurzer Zeit werden wir eine Sammlung für die „Rote Hilfe" machen, da hoffen wir doch auch, daß wir solche „Geschäfte" machen wie die anderen. Wir wollen eine Freude bereiten denjenigen, die hinter Kerkermauern schmachten.

Zeitz. Von der Pressekanaille. In der vorigen Woche fand hier ein Jahrmarkt statt, und weil für die Zeitzer Eselswiese, genannt die „Neuesten Nachrichten", anscheinend keine Inserate eingegangen waren, fühlen sie sich bemüßigt, gegen die Budenbesitzer in der ärgsten Weise zu hetzen und zu wiegeln. Man bezeichnet ihre Ware als Schund und den Markt als einen alten Zopf aus vergangenen Zeiten. Ja, es wird sogar von Faulenzern und Spitzbuben gelrochen, die auf dem Markte Handel treiben. Eine Notiz in Nr. 224 des Blättchens lautet: „In der letzten Nacht sind hier mehrere Schaukästen erbrochen und beraubt worden. Da es sich um Manufakturwaren handelt, besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß diese Einbrüche von Jahrmarktsleuten unternommen worden sind, die die geraubten Waren dann auf anderen Jahrmärkten verramschen. Diese Vorfälle mahnen wieder, die Schaukästen abends auszuräumen oder abzuhängen." Daraus ist zu ersehen, wie die Hakenkreuzelemente, die Stützen der Zeitzer Eselswiese, über die kleinen Gewerbetreibenden denken. Sie schmieren ja auch offen, daß der „jüdische Jahrmarkt" in Zeitz eine Gefahr für Handwerker und Kaufmannschaft bedeutet. Diese Elemente, die lieber Steine klopfen als Tinte klecken sollten, können sich nicht erklären, daß durch das kapitalistische Räubersystem in den Betrieben tausende erwerbslos werden, die sich eben auf dem Jahrmarkt wieder eine Existenz suchen. Die kleinen Gewerbetreibenden sollten daher das Zeitzer Sudelblatt aus dem Hause werfen und das Kampforgan aller unterdrückten Schichten, den „Klassenkampf", bestellen.

Zeitz. Arbeiter-Samariterkolonne. Dienst vom 29. September bis 5. Oktober: Franz Kempe, Leipziger Straße 50 (Nachtglocke): Marta Meier, Paul-Rohland-Straße 12; Alfred Gerhold Weißenfelser Straße 14: Fanny Schmidt, Baulach 3c; Albert Rosmann, Brühl 6: Karl Waßschke Rothestraße 14I; Anna Dietrich, Rosmarkt 7II: Milli Pfitzner, Albrechtstr. 6 pt.: Marie Lehmann, August-Bebel-Straße 3 H. I: Kurt Wiegand, Gartenstraße 4: Herbert Ritsche, Posaer Str. 6II; Karl Oberläuter, Vater-Jahn-Straße 9III; Max Götze, Rasberg 16.

Zeitz. Herbstferien. Schulschluß ist am 1. Oktober und Schulanfang am 18. Oktober. Wieder 14 sorglose Tage für die Kleinen.

Leuna-Arbeiter, die am Sonntag dem 2. Oktober infolge Schichtarbeit ihre genossenschaftliche Wahlpflicht nicht ausüben können, wählen am Montag dem 3. Oktober von 8 bis 13 Uhr in Weißenfels im Bureau des Konsumvereins, Schillerstraße 6, in Naumburg bei Miehatsch, Bahnhofstraße 42, neben „Kaiserhof". **Auf zur Wahl!**

Mansfeld-Sangerhausen

Stinkbomben im Eislebener Stadtparlament

Sonderbare Vorgänge passieren im Landratsamt. Vorige Woche entdeckte ein Angestellter der Sparkasse einen seltsamen Gegenstand im Fensterbrett. Bei näherer Betrachtung und Befühlung desselben, merkte der Angestellte, als er am Finger roch, daß ein „Namenloser" seine menschlichen Bedürfnisse dort abgeladen hatte. Anscheinend verfolgte der Betreffende einen guten Zweck, um zur Bewachung der Sparkassengelder einen Nachtwächter ins Fenster zu setzen. Der Vorfall ist in der Nacht geschehen. Großes Entsetzen herrschte darüber. Nachforschungen wurden angestellt und es mußte festgestellt werden, daß die Hauswand bis zum ersten Stockwerk besudelt war. Ein Sprichwort heißt: „Alles Gute kommt von oben", so auch im Landratsamte. Der Attentäter muß wirklich ein Akrobat auf diesem Gebiete sein, daß seine „Stinkbombe" so kunstgerecht im Fenster landete. Natürlich setzte ein Verhör ein. Man nahm besonders einen Angestellten vor, der der Sozialdemokratie angehört und im Zimmer über dem Fenster arbeitet. Er verwahrte sich aber ganz entschieden dagegen. Andere behaupten wieder, daß der Mann an dem Abend in feuchtfröhlicher Stimmung sich auf dem Wiesenmarkte herumtummelte. Nun hat Landrat Fitzner die Angelegenheit „selbst in die Hand" genommen. Mal sehen, wie weit seine kriminellen Fähigkeiten reichen, ob er Erfolg hat. Im übrigen sind „Stinkbomben" nicht die Mittel, mit denen man einen Landrat bekämpft. Die Angestellten sollten sich zusammenschließen und durch gewerkschaftliche Mittel versuchen, die Dinge, die ihnen unbequem erscheinen, abzustellen.

Helbra. Oeffentliches Werbesingen. Am Sonntag, dem 2. Oktober, nachmittags ½4 Uhr, findet ein öffentliches Werbesingen vor der „Sonne" der Gruppe 1 des Bezirks Mansfeld des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes statt.

Wansleben. Schützenrummel. Das Schützenfest stand so richtig im Zeichen des bürgerlichen Klimbims. Einen Arbeiter konnte man zum Glück dabei nicht erblicken. Alles waren nur Geschäftsleute und mittlere Beamte von Wansleben und Amsdorf. Wie sollte ein Prolet auch einem solchen Verein beitreten können mit seinem wenigen Wochenverdienst? Wenn einer gar einmal „König" von Wansleben werden sollte, dann müßte er ja sein Schwein (wenn er überhaupt eins hat) für das Freß- und Saufgelage hergeben und er müßte dann obendrein noch Schulden bei den andern Schützenbrüdern machen. Das Ende wäre dann der Gerichtsvollzieher. Die klar denkenden Arbeiter besuchten denn auch die Veranstaltung des Arbeiter-Volkschors und verlebten dort unter ihren Gesinnungsgenossen ein paar gemütliche Stunden. Die Gesinnung der Geschäftsleute ist schon daran zu erkennen, daß keiner Leser des „Klassenkampf" ist. Die Arbeiterschaft möge daraus ihre Schlüsse ziehen.

Wansleben. Amtsjubiläum. Am 2. Oktober begeht der Gemeindevorsteher Weg'e sein 25jähriges Amtsjubiläum. Also 25 Jahre war es einem Deutschnationalen möglich Gemeindevorsteher zu sprechen. Zu verdanken hat er es wohl nur der Interessellosigkeit der breiten Masse von Wansleben und den früheren famosen „Arbeitervertretern", die nach der Revolution gewählt waren. Eingeladen zu dieser Feier sind auch sämtliche Arbeitervertreter. Inwieweit dieselben daran teilnehmen werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir werden nach der Feier darauf zurückkommen. Wird man da nicht Hindenburg gleich mitfeiern? Manche schöne Gratulation und manche Wünsche wird man überreichen von bürgerlicher Seite. Auch wir Kommunisten gedenken zu diesem Tage seiner. Wir blicken zurück auf die 25 Jahre und da müssen wir ihm wünschen, daß er das sechsundzwanzigste nicht mehr vollmacht! Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird bei der nächstes Jahr stattfindenden Wahl aufräumen mit der bürgerlichen Herrschaft von Wansleben.

Oberwiederstedt. Aus dem Ort. Der hiesige Kriechernerein beabsichtigt zu dem Geburtstag von Hindenburg alle am Orte befindlichen Vereine zu einer Feier einzuladen. Der Kriechernerein hofft damit Dumme zu fangen. Soweit wir informiert sind, wird er sich in dieser Frage irren, denn die Arbeiterschaft von Oberwiederstedt denkt anders und wird sich nicht für nationalistische Zwecke mißbrauchen lassen. — Am Freitag, dem 30. September, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Protestversammlung gegen den Reichsschulgesetzentwurf im Gasthof „Zum goldenen Löwen" statt. Hierzu ist die gesamte Lehrerschaft und der Schulvorstand eingeladen. Der Einwohnerschaft rufen wir zu, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Es spricht ein Lehrer aus Leipzig.

Unterwiederstedt. Gegen das Reichsschulgesetz. Auch in unserem Orte fand durch die Initiative der Freidenkergenossen eine öffentliche Protestversammlung gegen den Reichsschulgesetz-Entwurf statt in der unser Lehrer Bürtner klar und deutlich aufzeigte, warum die arbeitende Bevölkerung diesen Gesetzentwurf ablehnen muß. Durch eine Unterschriftensammlung soll dieser Protest noch bekräftigt werden.

Hunderten

hat die Rechtsauskunft des „Klassenkampf" allmonatlich bei dem Streit mit Behörden und Unternehmern, Wucherern und Geschäftemachern, kurz in allen Grenzfällen des Rechtes schon geholfen.

Tausenden

blieben allmonatlich hohe Kosten für Rechtsanwälte oder Auskunftsbureaus erspart, wenn sie sich durch ein Abonnement auf den „Klassenkampf" das Recht auf juristische Auskunft verschaffen würden.

Nordhausen

Nordhausen. Der Bankerott der „Tante". Schon seit zirka vierzehn Tage lesen wir jeden Tag eine zirkusähnliche Reklame: **„Lest die „Nordhäuser Volkszeitung"! Für jeden Abonnenten 1 Mark! Im ersten Monat Lieferung frei!"** usw. Also noch nie dagewesene Verdienstmöglichkeit, hier kann einer Millionär werden. Aber was ist das, liebes Tantchen, was es nicht erst vor einem halben Jahre, als Du Dich furchtbar ins Zeug legtest, weil das „Rote Echo" während einer Pressewerbung jedem, der einen neuen Abonnenten warb, 60 Pfennige auszahlte? Schrieb da nicht Dein Kleinjpehn: „Seht mal an, die kommunistische Presse macht Bankerott!" Nee, mein lieber, die Kommunistische Presse lebt noch und besonders hier in Nordhausen. Aber die sozialdemokratische scheint Bankerott zu gehen, sonst würdet Ihr nicht zu solchen Mitteln greifen. Wie wir hören, scheint der Laden noch nicht einmal zu klappen, denn die Arbeiter sehen ja, was für geistloses Zeug bei Euch verzapft wird, zum Beispiel der Humor aus Sowjet-Rußland, der sicher in dem Gehirn irgendeines „Wähinos" fabriziert wurde, ist zum Strumpfzerplatzen. Armes Tantchen, nimm einen Priem, damit Du spucken kannst, denn der „Klassenkampf" ist Trumpf.

Nordhausen. Und es klappt doch nicht, Herr Rölz! Am Sonnabend konnte man in den Nordhäuser Zeitungen lesen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordhausen. Wie sieht die Sache nun in Wirklichkeit aus? Vorige Woche ist so manchem Arbeitslosen ein Liebesbrief auf den Tisch geflattert, der ungefähr folgenden Inhalt hatte: „Da sie schon die 26. Unterstützungswoche überschritten haben, wird Ihnen die Unterstützung entzogen . . ." Von dieser Maßnahme wurden 40 bis 50 Mann betroffen. Am Freitag wurde die Unterstützung noch gezahlt, dann wurden die Opfer der kapitalistischen Rationalisierung der „Armenpflege" überwiesen. Sie müssen dort bis Mitte dieser Woche bei ihrem Bezirksarmenvorsteher Anträge stellen. Was werden die Erwerbslosen bekommen? Ein halbes Pfund Margarine und ein Brot. Wir werden ja darauf noch zurückkommen. Auch Arbeit wird jetzt vergeben, und zwar Kesselklopfen! Was wird bezahlt? 60 Pfennige die Stunde. Wir machen den Vorschlag, daß einige von den Herren „da oben" diese Arbeit mal verrichten. Leider sind die Betreffenden zu beleibt. Sie können gar icht in das Innere des Kessels gelangen!! Herr Rölz, Ihr Sache mit dem Rückgang der Erwerbslosigkeit klappt doch nicht. Das Elend bleibt!

Nordhausen. Die Lehrer fordern die Kinder auf, Geld für die Hindenburgspende mit zur Schule zu bringen. Ein siebenjähriger Junge gab seinem Lehrer folgende treffende Antwort: „Wir haben kein Geld für Stahlhelmer, wir sind „Rot Front"!" So muß jedes Arbeiterkind in der Schule antworten und sich trotz der monarchistischen Gesinnung der einzelnen Lehrer im „Jungs-Spartakusbund" organisieren.

Herbstnebel und Volksmund. Die Nebel zeigen sich wieder, der Volksmund hat über die Nebel verschiedene Regeln aufgestellt, wie z. B.: „Der Nebel, wenn er steigend sich erhält, bringt Regen, aber klar Wetter, wenn er fällt. — Dicke Abendnebel bringen oft für die Nacht Regen. — Sind abends über Wies' und Fluß Nebel zu schauen, wird die Luft schön anhaltend Wetter braun. — Wenn der Nebel die Berge heraufzieht, kommt er in drei Tagen als Regen wieder. — Auf gut' Wetter vertrau', beginnt der Tag nebelgrau.

In unserem lange vorbereiteten **Webwaren Werbeverkauf** können Sie unsere bekannt guten Qualitäten **sehr billig kaufen** *2656

A. Goldstein
Eisleben Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Bilder zum 2. Oktober

Der Polizeibericht der „Lutherstadt" Wittenberg von vorgestern meldet: Festgenommen wurde gestern abend in der Herberge der Korbmacher Franz Busch, am 4. September 1907 in Landsberg (Warthe) geboren, weil er ohne jegliche Papiere sich auf Wanderschaft befand. B. gab an, dieselben verloren zu haben. — Wegen Bettelns und Landstreichens wurde der zirka 60 Jahre alte Arbeiter Michael Kostalsky, ohne festen Wohnsitz, gestern festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. — Die Polizeiberm durchschnitten hat sich gestern abend in dem hier 19.01 Uhr von Leipzig eintreffenden D-Zuge der Clektriker Johann Nemeiam. N. hatte die Tat zwischen Bitterfeld und Wittenberg in einem Abteil 2. Klasse verübt. Ein im Zuge anwesender Arzt legte den ersten Verband an und wurde N. in Wittenberg dem Paul-Gerhardt-Stift zugeführt. In seinem Besitz befand sich eine Fahrkarte 4. Klasse Leipzig—Dessau. — Wie hieß doch bei den Hindenburg-Verehrern der Mann, als sie ihn wählten: Der Retter!

Bitterfeld. „Treue" Dienste für die Bourgeoisie. Wir lesen in einer hiesigen Zeitung folgende Notiz: „Am Dienstag und Mittwoch fanden in Eisleben die Prüfungen der Schutzpolizeiwachtmeister zum Oberwachtmeister statt. Folgende Bitterfelder Polizeiwachtmeister haben die Oberwachtmeisterprüfung bestanden: Bawlowski, Exner, Herrmann, Meyer, Schneeweiß, Hilde-

Hast Du schon

darüber nachgedacht, daß in diesen Tagen gesteigerter nationalistischer Hetze, in den Tagen des Hindenburg-Rummels, Deine Zeitung, der „Klassenkampf"

neue Leser

braucht? Bedenke, daß die deutschen Imperialisten diese Tage benutzen zur geistigen Vorbereitung der großen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sowjet-Rußland. Wir müssen dem entgegensetzen unsere Aufklärungsarbeit. Gelingt uns das, dann hat das internationale Proletariat

gewonnen

brand, Kühne, Dumke und Herzog." — Bei der bekannten „Schneidigkeit" der Bitterfelder Schupo und ihrer Geschicklichkeit im Gummiknüppelschwingen gegen die Arbeiter kann man sich bei dieser Anspornung der Kräfte — und der Gehaltsaufbesserung — ja auf allerhand gefaßt machen.

Gräfenhainichen. Stahlhelmführer Donnevert aus Bitterfeld hält bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten Reden. So auch hier am letzten Sonnabend beim Stahlhelm. Er mausert sich. Früher Monarchist bis auf die Knochen, äußerte er sich also: „Was die Stellung des Stahlhelms zur Republik betreffe, so könne er sagen, daß dem Stahlhelm eine gutgeleitete Republik sympathischer sei als eine schlechte Monarchie. Vorbedingung allerdings sei, daß für diese Republik der Klassenkampf ausgeschaltet werde." So'n kleiner Schäker. Also den Klassenkampf will er ausschalten! Na, wir machen einen Vorschlag zur Güte, Herr Donnevert. Sorgen Sie doch mal dafür, daß die Bergarbeiter mehr Lohn kriegen — ohne Kohlenpreiserhöhung. Bei Ihren Verbindungen! A. A. w. g.

Roßlau. Volksbücherei. Die Bücherausgabe erfolgt nicht in der Schule, wie zuerst vorgesehen war, sondern an jedem Mittwoch von 3 bis 4 Uhr im Gemeindeamt.

Piesteritz. Im benachbarten Coswig ereignete sich vor einigen Tagen ein aufregender Vorfall. Als ein hiesiger Einwohner einen Mann, der in seinem Garten Aepfel gestohlen hatte und sich weigerte, den Namen zu nennen, mit zur Wache nehmen wollte, schoß der Dieb plötzlich auf den Bestohlenen und verletzte ihn schwer. Der schießwütige Täter ist unerkannt entkommen.

Piesteritz. Milchboykott. Seit Monaten liefert die Firma Storch, Molkerei Wittenberg, für die Belegschaft der Bayrischen Stickstoffwerke, sterilisierte Milch in Flaschen. Der Preis betrug für ein Viertelliter 8 Pf. und für ein halbes Liter 15 Pf. Als in dieser Woche nun eine Erhöhung des Milchpreises eintrat, erhöhte auch die Firma Storch den Preis, und zwar kostete nach der neuen Berechnung die Flasche mit einem halben Liter Inhalt 17 Pf., ein Viertelliter 9 Pf. **Während die allgemeine Preiserhöhung 2 Pf. pro Liter betrug, betrug die Erhöhung durch Storch 4 Pf. pro Liter.** Die Preiserhöhung veranlaßte die Belegschaft, den Milchgenuß einzustellen. In der darauf folgenden telephonischen Verhandlung des Arbeiter- und Angestelltenrates mit Storch wurde erreicht, daß dieser Zugeständnisse machte. Die Milch kostet also jetzt 16 Pf. pro halbes Liter, 8 Pf. pro Viertelliter.

Piesteritz-Kleinwittenberg. An alle Eltern und Erzieher! Ein neues Reichsschulgesetz soll Euch beschert werden. Ueberall regt es sich gegen dieses reaktionäre Gesetz, das die heutigen Schulen restlos zerschlagen wird in lauter kleine, leistungsunfähige Zwergschulen und das der Kirche wie früher wieder maßgebende Rechte über Lehrbuch, Lehrer usw. einräumt. Angeheure Kosten werden entstehen, die das arbeitende Volk wieder tragen muß. Sogar die deutschen Lehrerverbände lehnen sich auf gegen dieses Gesetz der reaktionären Keudell-Regierung. Auch hier hat sich mit Einschluß der Lehrer, der Elternbeiräte, der Gemeindevertretungen ein Abwehrkomitee gebildet. Durch einen Handzettel ladet dieses alle Eltern und Einwohner ein, zu der am Freitag, dem 30. September, abends 1/8 Uhr, im Saale der „Parpelbrücke" in Piesteritz stattfindenden öffentlichen Aufklärungs- und Protestversammlung restlos zu erscheinen. Als Referent erscheint Konrektor Huppert, Magdeburg.

Die Arbeit der Kommunisten im Bitterfelder Kreistag

Für Wohnungsbau — Gegen Herabsetzung der Jagdsteuer — Die dunkle Kreissparkassengeschichte

Der diesjährige Herbstkreistag tagte diesmal in Düben, um, wie Landrat Stammer bei Eröffnung desselben erklärte, allen Kreisansässigen Gelegenheit zu geben, den Sitzungen beiwohnen zu können. Nun ist aber ein Wochentag nicht gerade passend dazu, was auch an der Zahl der anwesenden Gäste festgestellt werden konnte. Die Abgeordneten selbst waren wohl über die Verlegung der Tagung nach Düben wegen oder trotz der Fahrt über nicht gerade „einwandfreie" Straßen nicht böse, zumal je zwei Besichtigungen in Aussicht standen. Auffallend war diesmal die „eingedämmte" Redelust der Rechten. Lediglich Dr. Kleinau fühlte sich — oder war — beauftragt, zur neuen **Kreiswertzuwachssteuerordnung** eine Rede zu „reden". Eine längere Debatte, wie auch eine Unterbrechung der Tagung, brachte lediglich der Punkt **Kreisjagdsteuerordnung.** Hier ließ die Rechte die Bürgerblockregierung für sich „arbeiten". Sieht doch eine ministerielle Verfügung eine Herabsetzung der Jagdsteuer vor. Also dafür brauchte Herr Kleinau nicht zu interpellieren.

Sitzungsbericht

Um 11 Uhr eröffnete Landrat Stammer den Kreistag und es wird, nachdem die Unterzeichner des Protokolls gewählt sind, die **Kreisschankerlaubnissteuerordnung** debattelos angenommen.

Es kommt dann zur Beratung die neue **Kreiswertzuwachssteuerordnung** (ministerielle Mustersteuerverordnung). Hier steht Dr. Kleinau auf dem Standpunkt, daß die Bürgerblockregierung „nicht ganz richtig" gearbeitet habe. Er meint, die Wertzuwachssteuer ist etwas Unangenehmes, schon weil in den meisten Fällen nicht feststeht, was berechnet werden muß. Auch ist nach der Berechnung ja gar nicht viel hereinzuholen. Mit der vom Kreisausschuß vorgeschlagenen Abänderung, daß die Verordnung erst mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt, wird diese dann angenommen.

Es folgt die **Kreisjagdsteuerordnung.** Die alte sieht vor einen Steuersatz von 15 Prozent für Einheimische und 30 Prozent für auswärtige Pächter. Doch, so führt Landrat Stammer aus, der Minister schreibt vor, daß neue Steuerordnungen nur dann Aussicht auf Genehmigung haben, wenn nur 10 Prozent resp. 20 Prozent erhoben werden. Lehnen wir dies ab, werden wir keine Jagdsteuer bekommen.

Genosse Henze führt aus: Wer eine Jagd ansieht, weiß, daß dieselbe nur zum Vergnügen stattfindet. Selbst vierzehntägige Hasen werden erlegt. Eine Schonung werden diese Herren nach der Ermäßigung der Steuer nicht ausüben. **Wo alle Vergnügungen besteuert werden, muß auch die Jagd in der alten Höhe besteuert werden.**

Landrat Stammer: Nach dem Erlaß des Ministers ist die Genehmigung nur zu erteilen für Steuerordnungen in der vorgesehenen Form. Ich kann nicht umhin, zu erklären, daß wir bei Ablehnung keine Steuern erhalten. Auch in absehbarer Zukunft nicht. Wir müssen denn im Etat andere Steuern erhöhen.

Genosse Rauchfuß führt aus: Es ist nicht an der Zeit, die Jagdsteuer zu ermäßigen, wo andere Steuern auch nicht herabgesetzt werden.

Wir leben jetzt in einem Regierungskurs, der die Steuern der Besitzenden herabsetzen will.

Dagegen müssen wir uns stemmen.

Hierauf schlägt der Landrat eine Unterbrechung der Tagung vor, damit die Fraktionen nochmals Stellung nehmen können. Nach Wiedereröffnung der Tagung verliest Genosse Hahn eine Erklärung, in der gegen die Herabsetzung protestiert wird, aber notgedrungen, um überhaupt etwas zu bekommen, der neuen „Mustersteuerordnung" seitens der KPD. zugestimmt wird.

Hierauf wird die Jagdsteuerordnung einstimmig angenommen. Die Erklärung wird mit 15 Stimmen der KPD. und SPD. angenommen.

Zur **Erhöhung des Beitrages für Uebernahme von Bürgschaften für den Kreiswohnungsbau** führt der Landrat aus: 400 Wohnungen sind durch Bezuschussung aus öffentlichen Mitteln geschaffen. Nicht alle, die aus Mitteln der Hauszinssteuer bauten, haben berücksichtigt werden können. Wir haben ständig Zwischenkredite gegeben, sonst hätte die Bautätigkeit nicht so vor sich gehen können. Darum der Antrag auf Uebernahme der Bürgschaft auf Pfandbriefhypotheken in Höhe von 400 000 Mark. Genosse Petermann: Wir sind uns klar, daß diese Summe nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird. Doch möchten wir auch verhindern, daß **von mit dieser Summe nicht auch noch Mietwucher getrieben wird.** Es ist vorgekommen, daß Wohnungen lange Zeit leer stehen, weil die Mieten zu hoch waren. Hiergegen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Wir hatten erst die Absicht, 500 000 Mark zu fordern für die Gemeinden, die in eigener Regie bauen. Auf Grund der herrschenden Geldknappheit sind wir bereit, unseren Antrag zurückzustellen. Doch im Frühjahr muß diese Summe unbedingt bewilligt werden. Dr. Kleinau erklärt, daß er die Notwendigkeit der Bürgschaften nicht einsehen kann. (Spaß bei dem Gehalt und der Wohnung dieses Herrn.) Er ist der Meinung, daß Reich und Länder hier einspringen müßten. Genosse Rauchfuß kommt hier auf einen alten, damals abgelehnten Antrag zu sprechen. Es handelte sich um 2 Millionen Mark zum Wohnungsbau für kreisfremde Bergarbeiter, die nach hier übersiedelt werden sollten.

Genosse Rauchfuß stellt den Antrag, diese zwei Millionen von der Regierung anzufordern

zum Wohnungsbau für kreisansässige Wohnungsuchende. **Diesem Antrage wird zugestimmt.** Auch der Antrag auf Uebernahme der Bürgschaft findet Annahme.

Es wird dann einer Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen von 150 000 Mark des Wohlfahrtsministeriums für das Krankenhausbau zugestimmt. Der Landrat teilt hierbei mit, daß die Gesamtkosten des Krankenhausbaues auf rund eine Million Mark veranschlagt worden sind.

Der beantragten Genehmigung zur Veräußerung von Grundstücken der Kreissparkasse wird ebenfalls zugestimmt, d. h. dies soll in Zukunft schon mit der Genehmigung des Kreisausschusses geschehen können. Im Laufe der sich daran anschließenden Debatte wurde seitens des Landrates über den Fall Dohme der Schleier etwas gelüftet. Dieser „Herr" hatte seinerzeit von der Kreissparkasse 300 000 Mark erhalten, ohne Sicherheiten geben zu müssen. 70 000 Mark hat man nur „retten" können. Doch um diese Summe „retten" zu können, hat man immer noch ein bißchen mehr Geld hineingesteckt. Und am Ende sind doch 225 000 Mark bis 300 000 Mark futsch. Aber „nicht so äußerlich". Dieser Verlust ist, so wird ausgeführt, inzwischen durch Mehreinnahmen an anderer Stelle gedeckt. Auch soll die Kreissparkasse nach wie vor fest dastehen. Die Liquidität beträgt 40 Prozent. Die Spareinlagen haben eine Höhe von 5 Millionen Mark.

Aber die 300 000 Mark sind doch futsch.

Die Angehörigen des Kreissparkassenvorstandes soll auch keine Schuld treffen, weil die „gesetzwidrigen Handlungen" ohne ihr Vorwissen vorgenommen worden sein sollen. Das Disziplinarverfahren ist auch noch „im Laufen", es ist nur wegen eines Formfehlers „unterbrochen" worden. Und weil es noch nicht abgeschlossen ist, kann der Staatsanwalt kein Strafverfahren gegen Kumpke einleiten.

Es erfolgen nun verschiedene Wahlen. Bei dieser Gelegenheit bringen unsere Genossen einen Protest ein gegen die nicht erfolgte Bestätigung des Maurers Kober in Niemegk als Amtsvorsteher. Stammer meint, daß der Kreistag nicht die richtige Beschwerdestelle sei. Genosse Hahn beantragt Vertagung der Wahl. Dem wird zugestimmt. Ebenso soll der Protest weitergegeben werden.

Verschiedene Wünsche und Beschwerden, besonders über den **schlechten Zustand der Radfahrwege und Kreisstraßen,** bildeten den Abschluß der Tagung. In wirkungsvoller Weise plädiert hier Genosse Weiske für die Wünsche der Radfahrer. Er betont, daß diese, die in der Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung angehören, dasselbe Recht haben wie die der besitzenden Klasse angehörenden Autobesitzer. — Eine Besichtigung des Eisenmoorbades und der dem Kreis gehörenden Jungviehweide schloß sich an die Sitzung an.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Drohnen der Arbeit in Liebenwerda!

Um die gleiche Zeit des Vorjahres schilderten wir das „anstrengende Leben" eines Ausbeuters, welcher ein ganz besonderes Schlemmer-Exemplar darstellt. Das Urteil über diesen Gourmand und Schwelger trifft im großen und ganzen allerdings auch auf diese Sorte „Schwer- und Schwerstarbeiter" im übrigen zu.

Im Vorjahre brachte dieser „Schwerstarbeiter" neun Wochen in Seebädern und im Hochgebirge zu, um sich von der vom Herbst bis Frühjahr dauernden Arbeit des täglichen Genusses von Braten, schweren Weinen, Sekt usw. zu erholen.

Dieses Jahr war er wohl von den vorher geschilderten Strapazen noch mehr mitgenommen, denn **er brauchte rund 13 Wochen, um sich in Luxusbädern des In- und Auslandes zu amüsieren.** Es ist immerhin bezeichnend, daß ausgerechnet so ein echt „Teutscher" Mann und Logenbruder, das ihm von deutschen Arbeitern verdiente Geld nach dem Auslande trägt —, ein Gegenstück dazu, wenn sich bürgerliche Wurstblättchen darüber aufregen, **wenn Krankenkassen ausgemergelte deutsche Arbeiter auf vier Wochen nach den Kurorten der heilkräftigen russischen Krim schicken.**

Nun fragt sich die Allgemeinheit, wie kann sich ein Mensch den Aufenthalt mit Familie mehrere Monate in Luxusbädern, wo ein Tag 100 Mark und darüber kostet, leisten und seine Fabrik trotzdem ihren Gang geht?

Diese Frage ist leicht zu beantworten: Man nimmt sich einen Oberantreiber mit monatlich zirka 1000 Mark Einkommen und einen bei der Kundschaft besonders aufdringlichen Reisekuli mit fast gleichem Einkommen außerdem einige Unterantreiber deren Lohn den Verdienst der Facharbeiter noch um 30 bis 40 Prozent übersteigt. Einer dieser Unterantreiber sieht sich sogar nach veranlaßt, täglich den Oberantreiber über politische, private und persönliche Angelegenheiten der Arbeiterschaft Bericht zu erstatten, wahrscheinlich deshalb, damit er in seinen vorgerückten Jahren nicht kaltgestellt sein will.

Außer den Vorgenannten ist noch ein Außenseiter vorhanden, welcher vorher als Vertrauensmann der Belegschaft die Interessen der Firma im besonderen Maße vertrat. Dafür sieht ihn die Firma noch heute als unentbehrlich an und betrachtet denselben nun ihrerseits als Vertrauensmann.

Besonders traurig im Verdienst stehen die Hilfsarbeiter. Es war durchaus keine Heldentat, als vor zwei Jahren der Oberantreiber eine vorübergehende Arbeitsflaue benutzte, ausgerechnet die Hilfsarbeiter, welche den äußerst gesundheitsschädlichen Wirkungen giftiger Farbstoffe ausgesetzt sind, die Akkordlohnsätze um zirka 20 Prozent herunterzudrücken.

Mit den Facharbeitern erlaubt man sich nicht ganz so schlimm umzugehen, weil diese besser organisiert sind. Auf einen Kenner der Verhältnisse wirkt es höchst lächerlich, daß man bei Bewertung der Stückarbeit mit „Zehntel"-Pfennigen rechnet, was so aussehen soll, als sei der Verdienst der Firma so knapp bemessen.

Was für Ueberschüsse abfallen, beweist die bescheidene Lebensweise des „Herrn" Chefs.

Zweck dieser Ausführungen ist es, die Hilfsarbeiter auf ihre traurige Lage und den notwendigen besseren organisatorischen Zusammenschluß aufmerksam zu machen. Die Facharbeiter haben noch nicht annähernd den Lohnanteil der Vorkriegszeit erreicht, setzen aber wenigstens die Erhöhung des Lohnes um wenige Prozente durch, auf welchem Wege diese allerdings mit etwas stärkerem Nachdruck fortfahren müssen. Diese Notwendigkeit ist um so dringender, weil die Teuerungswelle des täglichen Verbrauchs in den letzten Monaten ständig gestiegen ist und weiter steigt.

Delitzsch. Verhaftung des Täters von Mockrehna. Der Arbeiter Stichel, der den Mordversuch auf die Tochter des Debiters Schuster gemacht hat, wurde vorgestern nachmittag von einem Landjäger verhaftet, als er seine Mutter aufsuchen wollte. Es handelt sich scheinbend um einen geistig minderwertigen Menschen. Er behauptet, deswegen zugeschlagen zu haben, weil sein Opfer ihn einen Stromer genannt hat.

Eilenburg. O, Belian geh' Du voran, Du hast die dicksten Stiebel an! Also, nu geht's los! 20 Uhr am 1. Oktober, so verkündet es Herr Belian, der Oberbürgermeister, und läßt nun den Aufstellungsplan sämtlicher frumber und nationaler Vereinchen folgen, sagt aber nur nicht, wer zuerst abmarschiert. Wir werden's noch erleben, Herr Belian — geht voran!

Belgern. Das nationale Lager uneinig! Wo alles liebt, kann Belgern allein nicht hassen. Und so will man auch hier einen Hindenburg-Rummel steigen lassen. Wie wir aus dem hiesigen nationalen Wurstblättchen erfahren, scheint man sich aber doch nicht so recht einig zu sein. Wir lesen: Bedauerlicherweise hat sich der Landwehrverein Belgern von den von der Arbeitsgemeinschaft geplanten Feierlichkeiten ausgeschlossen, was in allen nationalen Kreisen, insbesondere in denen des deutschen Kyffhäuserbundes, zu dem doch die Militär- bzw. Landwehrverbände zugehörig sind, größte Verwunderung erregen wird. — Na, wie könnt Ihr denn auch. Da kann man doch gar nicht singen: Einigkeit und Recht und Freiheit! Oder sollte das ein Zeichen sein, daß die Proleten, welche noch bei diesem Landwehr-Topp, ach, nein Verein sind, aus ihrem Schlaf aufwachen?

Herzberg. Uebung der Arbeiter-Samariter. Die Bezirksleitung des 4. Bezirkes im 3. Kreise des Arbeiter-Samariter-Bundes hatte für Sonntag, den 25. September, zu einer Uebung aufgerufen. Der Uebung ging eine Technikerkonferenz voran, in der das Projekt der Uebung erörtert wurde. Um 10.30 ertönte in den Straßen Herzbergs das Alarmsignal, das zur Uebung aufrief. Zwei Minuten später trafen die ersten Samariter am Sammelplatze ein. Nach fünf Minuten konnte die erste Kolonne mit einer vollständig ausgerüsteten Tragbahre zur Unfallstelle abrücken. Diese befand sich auf dem „Millschen" Sägewerk. Aufgabe der Samariter war es nun, die bei einem angenommenen großen Unglück Verletzten zu bergen und zu verbinden. 15 Minuten nach dem Hilferuf waren bereits zirka 32 Samariter und Samariterinnen auf der Unfallstelle tätig. 30 Minuten nach der Katastrophe meldete das Abschnittskommando, das alles geborgen sei. Leider war es nicht möglich gewesen, einen Arzt zu dieser Uebung zu gewinnen, so daß dieselbe vom Bezirksleiter selbst kritisiert werden mußte. An Hand der Objekte erklärte Redner die vorgekommenen Unfälle. Im großen und ganzen war die Uebung als gut zu bezeichnen. Genosse Jäckel dankte dem zahlreich erschienenen Publikum für die Solidarität, die es in der freundlichen Aufnahme der auswärtigen Samariter bewiesen hatte.

Seifertsmühl. Der „unpolitische" Militärverein. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Militärverein sein diesjähriges Schießen. Wenn man nun die Mitglieder des Vereins betrachtet, so muß man feststellen, daß der größte Teil aus Proleten besteht. Während bis vor noch nicht langer Zeit dieser Verein einem Militärverein noch nicht ähnlich sah, so bekommt er aber das Ansehen eines solchen durch Uniformen. Es ist ja ein großer Blödsinn, wenn man sagt: Na, wir machen unser Vergnügen nur unter uns und lassen alles „Politische" beiseite. Also man ist nur ein Vergnügungsverein. Aber was ist die Wirklichkeit? Genau ein monarchistisches Glied wie in allen Orten. Doch betrachten wir uns einmal genau die Anhänger. Arbeiter, welche tagtäglich von früh bis spät abends für ihren Lebensunterhalt schuften müssen und sich noch überzeugte Sozialisten schimpfen. Es sind dieselben, welche sich alle mögliche Mühe geben, eine Ortsgruppe der SPD. oder des Reichsbanners zu gründen. Wenn sie das schon wollen, so können wir heute schon verraten, daß dies ein totgeborenes Kind wird. Und wir sind der festen Ueberzeugung, daß nicht ein Mitglied eine Ahnung von Sozialismus hat. Oder gehört dieser Rummel etwa mit hinzu? Nicht wahr, immer hübsch Volksgemeinschaftspolitik treiben, dann kann ja unserer herrlichen Republik nichts passieren. O, Ihr verirrten Proletarier. Merkt Ihr nichts von den alltäglichen Verrätereien Eurer eigenen Führer? Wir werden es erleben, daß Ihr einst den Fluch Eurer eigenen Kinder ernten werdet, dadurch, daß auch sie einmal gezwungen werden, in Euere Fußstapfen zu treten. Ihr sorgt jetzt schon dafür, daß auch Euere Kinder zu willenlosen Elementen der kapitalistischen Gesellschaft werden. Lest unsere kommunistische Presse, damit Ihr sehend werdet!

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 1/5 bis 1/6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 1 bis 2 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0011

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 00
Artur Samisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle. Sämtliche Parteigenossen nehmen am Freitag, dem 30. September, im „Volkspark" an der Kundgebung gegen die Kulturreaktion teil.

Halle. Stadtteil Zentrum. Die für heute angesetzte Stadtteilleitungssitzung findet erst um ½8 Uhr statt. Danach Mitgliederversammlung des gesamten Stadtteils Zentrum. Thema: Genossenschaftsfragen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ilberstedt-Mettenheim. Freitag, 30. Sept., 8 Uhr, bei Rolse öffentliche Freidenkerversammlung, wozu alle Parteigenossen und RFB.-Mitglieder eingeladen sind. Thema: „Warum zahlen wir Kirchensteuern."

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Freitag, 1. Okt., abends 7.30 Uhr, erscheinen die Genossen an der Sorgt für Massenbesuch!

Neumark. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, bei Schumann Mitgliederversammlung. Thema: Werbearbeit für Partei und Presse. Genossen, welche unentschuldigt fehlen, werden zur Rechenschaft gezogen.

Ammendorf. Freitag, 30. Sept., abends ½8 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe am Eierplatz. Spielmannszug und Kapelle geschlossen. Kameradschaftsführer haben Meldung zu erstatten.

Wettin. Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Mauer.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Freitag, 1. Oktober, abends 7.30 Uhr, Antreten an der „Stadt Leipzig", dann um 8 Uhr öffentliche Demonstrationsversammlung auf dem Marktplatz, danach Umzug mit Musik. Anschließend Vollversammlung in der „Stadt Leipzig". Unentschuldigt darf kein Kamerad fehlen.

Mücheln. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Rattmannsdorf. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Goddula. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung „Grüner Hof". Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 30. Sept., Sitzung der gesamten RJ.-Gruppenleiter-Kommission 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Mansfeld (Sectrels)

Helfta. Freitag abend 8 Uhr Versammlung bei Hein. Bücher mitbringen. Alle Abrechnungen begleichen. Alles erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hohenzollernpark". Erscheinen aller ist Pflicht.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 30. Sept., Mitgliederversammlung der Abteilung Wittenberg.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. 30. September Zugversammlungen. 1. Zug 20 Uhr im Rest. „Hopfenblüte"; 2. Zug 20 Uhr im Restaurant Grätze; 3. Zug 20 Uhr im „Deutschen Haus". Alle Kameraden müssen anwesend sein. Wichtig!

Unterbezirk Zeitz

Gleißen. Freitag, 30. Sept., Mitgliederversammlung beim Genossen Raue. Alle Kameraden müssen erscheinen, sowie Freunde des RFB. können daran teilnehmen.

Zeitz. Sonntag, 2. Okt., Beteiligung an dem IGB.-Kindertag in Gera. Treffpunkt 6.15 Uhr am Bahnhof. Fahrgeld 1.30 Mark.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Gruppenabend im Lokal „Erholung".

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Lokal Reißenhauer Monatsversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.
Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwoch und Sonnabends von 3 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14 971 Fritz Brückner, Halle.

Am Freitag, dem 30. September, beteiligen sich alle Kameraden in Bundeskleidung an der Kundgebung gegen das Reichsschulgesetz im „Volkspark".
Mitteilung der Gauführung. Alle Ortsgruppen, welche ihre Beiträge zur Rüstungs-Delegation noch nicht abgeführt haben, werden aufgefordert, das Geld sofort unter Stichwort „Delegation" an die Gauführung abzusenden. **Die Gauführung.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Abt. 1 (Osten). Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, bei Lobse, Dessauer Straße, Funktionärsitzung.
Halle. Abt. 4 (Norden). Freitag, 30. Sept., im „Überlitzberg", Reilstraße, Revision. Spielleute haben mit allem Bundeseigentum anzutreten.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Spielleute. Sonntag, 2. Oktober, vormittags 9 Uhr. Appell mit sämtlichen Instrumenten und Uebergang bei Mähel.
Ammendorf. Donnerstag, 29. Sept., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Uebungsstunde des Spielmannszuges. — Wer nicht erscheint, wird Instrument abgeholt.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Heute, Donnerstag, abend pünktlich ½8 Uhr in der Jugendherberge Weingärten große Mitgliederversammlung. Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Einlaß.
Halle. Freitag abend 8 Uhr Teilnahme an der Protestkundgebung gegen den Schulgesetzentwurf im „Volkspark".

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Alle früheren Zeitschriftenleser haben die Fragebogen bis spätestens Sonnabend wieder einzuholen und sofort abzusenden.
Zeitz. Freitag, 30. Sept., Leseabend.

Bund der Freunde der JAH.

Landesauschuß Halle/Merseburg
Bureau Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Telephon 29150

Halle. Alle Mitglieder der JAH. beteiligen sich an der am Freitag stattfindenden großen öffentlichen Versammlung im „Volkspark" gegen die Schulreaktion.

Roter Hilfe Deutschland

Bezirk: Halle-Merseburg
Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

Seehen. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser Versammlung.
Köthschen-Benna. Mitgliederversammlung Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, beim Genossen Meigelt. Alle Genossen müssen erscheinen.
Halle. Alle Mitglieder der Rh. Halle beteiligen sich an der am Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden öffentlichen Versammlung gegen das Reichsschulgesetz.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

„Atlantic"

Deutsche Seefisch-Vertriebs G. m. b. H.
Geiststr. 47 Fernspr. 29 647

Wir wollen beweisen, daß wir beste Qualitäten zu billigsten Preisen verkaufen und veranstalten

Donnerstag u. Freitag wiederum 2 billige Tage

ff. Schellfisch ohne Kopf ca. 2—4pfündig . . . . . Pfund nur **20 ₰**
ff. Goldbarsch ohne Kopf . . . . . Pfund nur **24 ₰**
ff. Schellfisch im Schnitt, große Fische
ff. Seelachs im Schnitt
ff. echte Makrelen
ff. grüne Heringe
Pfund nur **28 ₰**
ff. weiße Filets ohne Haut und Gräten . . . Pfund **48 ₰**
ff. Filets aus Seelachs ohne Haut und Gräten . . . Pfund **38 ₰**

Bratschollen, Heilbutt, Steinbutt, Zander, lebd. Karpfen, Schleie und Aale

2643 **Neu eingeführt:**
Schlesische Weißfische (Flußfische) Plötzen und Barsche gemischt
kleine Pfund **28 ₰** mittel Pfund **38 ₰**
Große Bleie sog. Sommerkarpfen . . . Pfund nur **52 ₰**
ganz hervorragend zum Kochen u. Backen
Feinste Fett-Vollbücklinge ½ Pfund . . . . . **23 ₰**

Unsere Spezialität:
Zu bekannter Güte
Fette Flensburger Spickaale
bis ½ Pfund schwer 300 Pfg., starke, von 1 bis 3 Pfund schwer 340 Pfg., ¼ Pfund im Schnitt 90 Pfg.
Bund 100 gr. 200 gr. 250 gr.
3 Stück 36 Pfg. 90 Pfg. 120 Pfg.

Freie Zusendung nach allen Stadtteilen .·. Wiederverkäufer Engrospreise. Bitte fordern Sie Preisliste

Auf Kredit

Küchen 2634
in sehr großer Auswahl
Küchen für M. 195, Anzahlung M. **30,** Wochenrate M. **4**
Küchen für M. 225, Anzahlung M. **40,** Wochenrate M. **5**
Küchen für M. 275, Anzahlung M. **50,** Wochenrate M. **6**

Eichmann & Co.
Große Ulrichstraße 51 Eingang Schulstraße

Wegen Umzug billige Kinderwagen-Preise

Kinderwagen . . . . von Mk. 34.— an
Klappwagen v. Verdeck von Mk. 15,50 an
mit Verdeck von Mk. 35.— an
Studenwagen ohne Garnierung von Mk. 9,50 an
mit Garnierung von Mk. 29.— an
Kinderbetten . . . . von Mk. 16.— an
Kinderstühle, hohe . . von Mk. 8.— an
niedrige . von Mk. 2 50 an
Kindertische . . . . . von Mk. 6.— an
Schutzgitter . . . . . von Mk. 14.— an
Selbstfahrer . . . . . von Mk. 9.— an
Bubräder . . . . . von Mk. 11,50 an
Trittroller . . . . . von Mk. 3,75 an
Puppenwagen . . . . . von Mk. 9,50 an
Puppenbetten . . . . von Mk. 4.— an

Ausmahl enorm
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstr. 3, 1 Min. v. Markt

Ab **Montag, den 3. Oktober,** befindet sich mein
Kinderwagen-Verkauf Domplatz 9 4 Min. v. Markt
Bei 10 Mk. Anzahlung und wöchentlich 3 Mk. Abzahlung erhalten Sie sofort ein 1384
Ia. Marken-Fahrrad
Fahrrad-Vertrieb G. m. b. H.
nur Steinweg 32
am Rannischen Platz

Möbel
an Kreditwürdige ohne Anzahlung
Bettstellen — Chaiselongues
Matratzen — Plüschsofas
Kleiderschränke — Korbmöbel
Küchenbiletts — Trumeauspiegel
Flurgarderoben — Ausziehtische
Kinderwagen — Tische, Stühle usw. usw.
Durchgehend geöffnet! — Durchgehend geöffnet!
Federbetten 2621
Ferner liefern wir mit geringer Anzahlung
Herren- und Damen-Garderobe
Herm. Liebau
Halle a. d. S., Merseburger Str. 22
Telephon 28617

Sie kaufen
Ihre Lebensmittel, Tabak, Zigarren und Zigaretten vorteilhaft in 422
Weißenfels bei Albrecht Klaus
Schützenstraße 8

Todesurteil bringt **Riesolda Wanzen** Kopf-, Filz-, Tier-Läusen Flöhen, Brut
Vertr.: Halle a. S., Schurig, Steinweg 10
Merseburg, Wengel, obere Burgstr. 6

Bekanntmachung

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle (S.).

Laut Gesetz vom 15. Juli 1927 ist die Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht der Betriebsbeamten, Werkmeister, anderen Angestellten usw. mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 von 2700 auf 3600 RM. für das Jahr heraufgesetzt worden. Alle Angestellten, die hiernach versicherungspflichtig werden, müssen von diesem Tage an, und zwar innerhalb vier Tagen, zur Krankenkasse angemeldet und zur Vermeidung einer Doppelzahlung für die Arbeitslosenversicherung abgemeldet werden. Bei der Feststellung der Versicherungspflicht werden die Familienzuschläge nicht gerechnet. Wird durch Gehaltserhöhung die Verdienstgrenze überschritten, so endet die Versicherungspflicht mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten der Verdienstgrenze. Arbeiter, Gehilfen und Gesellen bleiben auch dann versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 3600 RM. übersteigt.

Nach dem erwähnten Gesetz sind, und zwar ebenfalls vom 1. Oktober 1927, Grundlohnstufen bis zu einem Verdienst von 10 RM. für jeden Kalendertag einzuführen. Die Grundlohnstufen bei unserer Kasse sind daher um zwei vermehrt. Gleichzeitig sind Stufe 1 und 2 in einer Stufe zusammengefaßt, so daß die Bezeichnung der bisherigen Stufen um eine Nummer niedriger wird (z. B. bisherige Stufe 1 und 2 künftig Stufe 1 und bisherige Stufe 3 künftig Stufe 2 usw.) und die neuzugefügten zwei Stufen die Bezeichnung 11 und 12 tragen. Eine Uebersicht über die Grundlohnstufen, die Beiträge und die Barleistungen wird den Arbeitgebern zugesandt werden. **Die Arbeitgeber sind verpflichtet, für diejenigen Versicherten, die hiernach in eine der zugefügten höheren Stufen gehören, innerhalb vier Tagen die erforderlichen Lohnzuschläge zu machen, damit die Stufenverlegung erfolgen kann. Soweit Lohnveränderungen bei anderen Versicherten bisher nicht gemeldet sein sollten, sind diese Meldungen ungesäumt nachzuholen.**

Am 1. Oktober 1927 tritt an Stelle der Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927. Bezüglich der Form der Beitragsleistung verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Beitragspflichtig sind aber auch diejenigen Angestellten, die zwar nicht mehr krankenversicherungspflichtig sind, dagegen der Angestelltenversicherungspflicht noch unterliegen (über 3600 bis 5000 RM. Jahresarbeitsverdienst). Diese Personen sind ebenfalls innerhalb vier Tagen bei der Krankenkasse mit dem Vermerk „Arbeitslosenversicherung" zu melden. Bei Berechnung der Beiträge für sie wird die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht (300 RM. für den Monat) zugrundegelegt, so daß der Monatsbeitrag für sie 9 RM. beträgt.

Alle bei der Kasse eingereichten und genehmigten Befreiungsanträge von den Erwerbslosenbeiträgen insbesondere auch die für Lehrlinge, werden mit dem 30. September 1927 wirkungslos und sind daher unter Beifügung des Arbeits- oder Lehrvertrages umgehend zu erneuern, wenn Beitragsfreiheit beansprucht wird. Die Versicherungsfreiheit beginnt mit dem Montag der Woche, in der die Befreiungsanzeige bei der Krankenkasse eingeht. Hausgehilfen können künftig nicht mehr von der Beitragszahlung befreit werden, es sei denn, daß sie in der Landwirtschaft beschäftigt und in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind (ländliches Gesinde). Der Befreiungsanzeige für diese braucht der Arbeitsvertrag nicht beigefügt zu werden. 2625

Halle (S.), den 28. September 1927.

Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises.
Denkewitz, Vorsitzender.

Werbt für den „Klassenkampf"

Auf Teilzahlung

Herren-Anzüge moderne Muster . . . . . Mk. 73,— 60,— 45,— **35.-**
Herren-Anzüge in vielen modernen Mustern, auf Roßhaar bearbeitet, Maßerfatz . . Mk. 106,— 86,— 65,— 80,— **62.-**
Herren-Gehrock-Paletots aus reinen Stoffqualitäten, Roßhaar-Bearbeitung, Maßerfatz . . . . . Mk. 118,— 115,— 105,— **95.-**
Herren-Winter-Paletots mit Samtkragen, guter Stoff gute Bearbeitung . . . . . Mk. 110,— 85,— 80,— **65.-**
Herren-Gummi-Mäntel Mk. 55,— 45,— 36,— 25,— **18.-**
¼ Anzahlung 3 Mk. Wochenrate
Paul Sommer
HALLE a. d. S., Leipzigerstr. 14, 1 Stock
Gegenüber Café Zorn

Rauhe Herren-Filze
hochmodern

6 Mk.
Deutschest
Hüt-Vertrieb
Gr. Ulrichstr. 41 • Ecke Leipzigerstr. 61

Allgemeine Ortskrankenkasse Halle a. d. S.

Bekanntmachung

a) Betr. Erhöhung der Verdienstsichtsgrenze in der Krankenversicherung (§ 2 der Satzung).

b) Betr. Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927.

Zu a) Nach dem dritten Gesetz über Aenderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vom 15 Juli 1927, RGBl. I 27, 219, ist die für die in § 165 Abs. 1 RVO. unter Nr. 2 bis 5a Bezeichneten sowie für Schiffer außerdem festgesetzte Jahresarbeitsverdienstgrenze von 2700 Reichsmark auf 3600 Reichsmark festgesetzt worden. Hiernach werden diese Angestellten usw. der Krankenversicherungspflicht unterstellt, sofern der Jahresarbeitsverdienst abzüglich der mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlten Zuschläge (Frauen-, Kinderzuschläge) 3600 Reichsmark nicht übersteigt.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1927 in Kraft. Die erforderlichen Meldungen sind nach § 12 der Satzung binnen drei Tagen bei der Kasse zu erstatten.

Zu b) **Durch das am 1. Oktober 1927 in Kraft getretene Gesetz vom 16. Juli 1927 über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Krankenkassen beauftragt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einzuziehen.** Beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind die versicherungspflichtigen Mitglieder der Kasse und außerdem, wer als Angestellter usw. nicht krankenversicherungspflichtig ist, weil er mehr als 3600 Reichsmark Jahresgehalt hat, aber der Angestelltenversicherungspflicht unterliegt.

Für die An-, Um- und Abmeldungen gelten die Vorschriften der Krankenversicherung entsprechend. Bei der Abmeldung von der Krankenversicherung ist anzuzeigen, ob die Beschäftigung der Arbeitslosenversicherung unterlag oder nicht.

Wird eine Beschäftigung, die der Krankenversicherung, nicht aber der Arbeitslosenversicherung unterlag, auch in dieser versicherungspflichtig, so bedarf es einer Anmeldung. Die erforderlichen Formulare, ausgenommen die Meldeformulare für die der Krankenversicherung unterliegenden Beitragspflichtigen der Arbeitslosenversicherung, sind an Kassenstelle (Zimmer 17) gegen Erstattung der Selbstkosten erhältlich.

Die Beiträge sind zu entrichten:

1. für die Versicherten, die für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, im Bruchteilen (zurzeit 2 Prozent) des Grundlohns (Lohnstufen, Mitgliederklassen, wirklicher Arbeitsverdienst), der nach der Reichsversicherungsordnung für die Beiträge zur Krankenversicherung maßgebend ist;
2. für die Versicherten, die wegen der Höhe ihres Arbeitsverdienstes nicht krankenversicherungspflichtig, aber angestelltenversicherungspflichtig sind, und für die freiwillig Versicherten in Bruchteilen (zurzeit 3 Prozent) des wirklichen Arbeitsverdienstes, soweit dieser den Betrag von 3600 Reichsmark im Jahre nicht übersteigt.

Die Befreiung von der Beitragsleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz muß auf jeden Fall neu bei der Krankenkasse beantragt werden. Versicherungsfrei ist unter anderen das ländliche Gesinde und eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft auf Grund eines schriftlichen Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer, ebenso die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens einjähriger Dauer, doch erlischt die Versicherungsfreiheit in den beiden letzten Fällen sechs Monate vor dem Tage, an dem das Arbeits- bzw. Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. **Eine Befreiung bei im Privathaushalt beschäftigten Hausgehilfen ist nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht mehr gestattet.**

Die Versicherungsfreiheit beginnt mit dem Montag der Woche, in der die Anzeige eingeht. Wird die Anzeige mit der Anmeldung zur Krankenversicherung verbunden, so beginnt die Versicherungsfreiheit mit dem Beschäftigungsverhältnisse, wenn die Anmeldung innerhalb der Frist des § 317 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung erstattet wird.

Halle, den 28. September 1927.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse. K. Kleemann, Vorsitzender.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am
Freitag, dem 30. September, 20½ Uhr,
im Stadtverordnetensitzungssaale hierselbst statt. 2655

Teuchern, 27. September 1927. **Der Stadtverordnetenvorsteher.** Bonack.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22291. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 45 Fritz Krab Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Donnerstag, 29. September 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 229

Das rote Berlin der Reaktion ausgeliefert

Sozialdemokrat Zörgiebel verbietet die Demonstrationen der Berliner Arbeiterschaft am 2. Oktober

Am 4. Oktober Klassenprozeß gegen die Partei der Revolution

(Eig. Meld.) Berlin, 28. September.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel von Berlin hat die Demonstration gegen den Hindenburg-Rummel am 2. Oktober, zu der die KPD. und der RFB. nebst anderen proletarischen Organisationen aufgerufen hatte, mit folgender Begründung verboten:

„Hiermit verbiete ich die von der Kommunistischen Partei Deutschlands, dem Roten Front-Kämpfer-Bund, dem Roten Frauen- und Mädchenbund, dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe und dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit für den 2. Oktober d. J. geplanten Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel, insbesondere die Massendemonstrationen im Lustgarten auf Grund des Art. 123, Abs. 2 der Reichsverfassung wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit."

Beschwerde beim sozialdemokratischen Innenminister

(Eig. Meld.) Berlin, 28. September.

Gegen das Verbot der Demonstration am 2. Oktober durch den Berliner Polizeipräsidenten, den Sozialdemokraten Zörgiebel, haben die beteiligten Organisationen beim preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Grzesinski, Beschwerde erhoben mit folgender Begründung:

„Das von dem Polizeipräsidenten verfügte Verbot ist ein Willkürakt zur Unterdrückung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit der Berliner Arbeiterschaft, für dessen Verschleierung die Weimarer Reichsverfassung nur als Vorwand herangezogen wird. Offenkundig ist die mit dem Verbot verfolgte Absicht, die Groß-Berliner Arbeiterschaft an einer zentralen Kundgebung gegen den nationalistischen, militärischen Aufmarsch des Bürgerblocks am 2. Oktober zu hindern und damit den Bürgerblock zu unterstützen, den 80. Geburtstag Hindenburgs zu einer politischen Kundgebung für die reaktionäre Politik des Bürgerblocks (Hungerzölle, Massensteuern, Mietserhöhungen, Abbau der sozialen Fürsorge, Verpfaffung der Volksschule, Verschlechterung der Strafgesetze, Klassenjustiz, Aushungerung der Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden u. a.) auszunutzen. Das Verbot ist also eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Willkürmaßnahme zugunsten des Bürgerblocks."

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft ist aufgefordert, in den Betrieben sofort den schärfsten Protest zu erheben und durch Entsendung von Belegschaftsdelegationen an den preußischen Innenminister die sofortige Aufhebung des Verbots zu verlangen.

Massenaufmärsche gegen die Polizeiknechte Hindenburgs

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. Sept.

Das Verbot der Kundgebung gegen den Hindenburg-Rummel hat in der Berliner Arbeiterschaft eine Erregung ausgelöst, wie sie ähnlich nur in den Vortagen des Stahlhelmaufmarsches und bei der Sacco- und Vanzetti-Schande zu verzeichnen war. Im Wedding fand eine nach Tausenden zählende, mit Demonstrationen verbundene Kundgebung statt, die einstimmig die sofortige Zurücknahme des Verbotes und die unverzügliche Freilassung sämtlicher proletarischen Gefangenen fordert. Eine gleiche Kundgebung fand in Schöneberg statt, wo die Massen bereits mit größeren Transparenten ihre gewaltige Empörung gegenüber dem Hindenburg-Rummel und dem Verbote kundgab. Die Kommunistische Partei Berlins und alle beteiligten Organisationen fordern in einem Aufruf, die Durchführung der Gegendemonstration am 2. Oktober zu erzwingen.

*

Vor einigen Tagen stellten wir die Frage: Mit Hindenburg oder mit der Arbeiterschaft? Die sozialdemokratischen Führer haben sich entschieden. Sie gehen mit Hindenburg, mit der Reaktion, gegen die Arbeiterschaft, gegen die Revolution! Wem das nicht schon durch das vom Sozialdemokraten Grützner noch immer für Halle aufrechterhaltene Verbot von kommunistischen Demonstrationen klar geworden war, dem werden es die Berliner Vorgänge nun doch wohl bewiesen haben.

Was der Stahlhelm, die Bürgerkriegsgarde der Reaktion, am 8. Mai aus eigener Kraft nicht erreichen konnte, das hat er jetzt durch den Befehl eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in den Schoß geworfen bekommen:

Das rote Berlin wird am 2. Oktober von den sozialdemokratischen Führern kampflos der Reaktion ausgeliefert!

Die Berliner Arbeiterschaft, auch die sozialdemokratische, wird sich diesen Schandstreich nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Sie wird mit aller Macht und überall gegen die sozialdemokratischen Steigbügelhalter der Reaktion genau so aufmarschieren, wie gegen diese selbst. Auch in unserem Bezirk muß jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um dieses schändliche Treiben der sozialdemokratischen Bürgerblock-Lakaien zu [illegible] die Reaktion zu

[illegible] die KPD.

[illegible] erlin, 29. Sept.

[illegible] nit, daß der Prozeß [illegible] end des Jahres 1923 [illegible] Niedner pfeift auf [illegible] gten, daß der Prozeß [illegible] tattfinden darf. Die [illegible] en Sozialdemokraten [illegible] mungsausschusses, so- [illegible] Reichstagsbeschlüsse [illegible] tellen, daß die Mehr- [illegible] nlassen, daß während [illegible] mmungen im Reichs- [illegible] erhebliche Anzahl von [illegible] mung entzogen wird.

[illegible] ar, daß der Geschäfts- [illegible] eichstages sowohl im [illegible] urchführung des Pro- [illegible] n gewünscht hat."

[illegible] n brutaler Weise die [illegible] und sich damit der [illegible] ats, der Bürgerblock- [illegible] olizeipräsidenten und

[illegible] eichstag!

„Vorwärts" und „Vossische Zeitung" veröffentlichen die Erklärung Dittmanns zu dem Niedner-Schandstreich. Der „Vorwärts" erklärt: „Das Reichsgericht handelt also gegen den Willen des Reichstages, weil es den Prozeß in eine Zeit verlegte, in der das Parlament tagt."

Probe zum Geburtstagsständchen des „verfassungsmäßigen" Reichspräsidenten

Der 2. und der 4. Oktober

Berlin, 29. September.

Fast gleichzeitig erreichten die Kommunistische Partei zwei Erlässe der kapitalistischen Staatsgewalt: der eine, gezeichnet vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, der das Verbot der Arbeiterdemonstration am 2. Oktober aussprach und der zweite, gezeichnet von Niedner, der den Zentraleprozeß des Jahres 1923 endgültig für den 4. Oktober festsetzt. Einige Tage zuvor hatte sich die Sozialdemokratie an der Spitze ihres „Vorwärts" für die Amnestierung der Faschisten eingesetzt und kurz darauf erfolgte die Ankündigung der Amnestie für die Konterrevolutionäre des Alldeutschen Verbandes. Am 22. September erhob der „Vorwärts" seine berüchtigte Forderung nach „Beschränkung" der Verantwortung für die Vorgänge des Jahres 1923 auf die „Zentralführung". Die Einheitsfront zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie gegen die Kommunistische Partei ist geschlossen.

Niedner durfte den Zentraleprozeß auf den 4. Oktober festsetzen in dem Bewußtsein, daß alle staatserhaltenden Elemente, die Parteien und Klassen, denen der Staat ein Instrument der Ausbeutung der Arbeiterschaft ist und alle Sozialdemokraten, denen der republikanische Staat Ministerstühle und reiche Pfründen beschert, hinter ihm stehen werden. Herr Niedner kündigt der deutschen Revolution den Prozeß an — er meint nicht nur die Vergangenheit, das Jahr 1923, er meint die Zukunft. Aber es gibt nicht nur preußische Richter, es gibt auch preußische Sozialdemokraten-Minister und Polizeipräsidenten. Diese wollen der Revolution in der Gegenwart den Prozeß machen, deshalb verbieten sie den Aufmarsch des revolutionären Proletariats gegen die imperialistische Konterrevolution, die sich am 2. Oktober um den kaiserlichen General Hindenburg sammelt.

Es hat Jahre gedauert, ehe sich die deutsche Bourgeoisie zu dem Prozeß gegen die Mitglieder des Zentralkomitees der KPD. des Jahres 1923 entschloß. Mit Tausenden von Zuchthausjahren antwortete sie auf die revolutionären Bewegungen des Jahres 1923 — der Zentraleprozeß soll das Werk krönen. Im Zentraleprozeß will die deutsche Republik zum Ausdruck bringen, daß sie die Revolution endgültig und ein für allemal als abgeschlossen ansieht, daß sie sich stark fühlt, daß sie konsolidiert ist und ihre Macht festgefügt. Die deutsche Bourgeoisie glaubt die proletarische Revolution nicht mehr fürchten zu müssen. Niedner, dessen Machtspruch die deutschen Zuchthäuser füllt, dessen Name der tägliche Fluch von Tausenden Arbeiterfrauen und Arbeiterkindern ist, deren Ernährer an die Prometheusfelsen der deutschen Klassenjustiz geschmiedet sind, soll das Urteil, den geschichtlichen Spruch der deutschen Konterrevolution über die deutsche Revolution vollziehen.

Und Herr Stresemann, der soeben in Genf mit Chamberlain Bruderküsse getauscht hat, glaubt, dem englischen Imperialismus den Kommunistenprozeß schuldig zu sein. Die imperialistische Frage noch gerötet von den Ohrfeigen Bartous, Poincarés und Jaspers, verneigen sich die republikanischen Staatsmänner tief vor dem englischen und französischen Imperialismus; seht her, wie wir im Interesse der imperialistischen Kultur Westeuropas die Partei schlagen, die sich schützend vor das Ziel Eures Hasses, die Arbeiter- und Bauernmacht der Sowjetunion, stellt.

Das Jahr 1923 war ein geschichtlicher Wendepunkt für Bourgeoisie und Proletariat in Deutschland. Ruhrkrieg und Wirtschaftsbankrott waren die Geburtswehen des neudeutschen Imperialismus. Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse war es, den Weg Deutschlands zum Imperialismus durch die proletarische Revolution zu verhindern. Die Kommunistische Partei fühlt im Jahre 1927 mehr denn je die gewaltige geschichtliche Verantwortung, die im Jahre 1923 auf ihren Schultern ruhte, und sie bedauert es auf das Tiefste, daß die Bourgeoisie sich stärker erwies als die Arbeiterklasse, daß es ihr nicht gelang, die Arbeitermassen zum Siege zu führen. Die Kommunistische Partei bekennt sich stolz zu jener revolutionären Bewegung der deutschen Arbeiterschaft im Jahre 1923, zu all jenen Tausenden und aber Tausenden, die von der furchtbaren wirtschaftlichen Not getrieben und voll revolutionären Bewußtseins gegen Faschismus und Konterrevolution kämpften. Wir buchen den Hamburger Aufstand des Jahres 1923 als ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei.

Das muß gesagt werden, damit die Herren Niedner, Stresemann und Grzesinsky weder am 2. noch am 4. Oktober es vergessen: Die Kommunistische Partei Deutschlands ist und bleibt die Partei der proletarischen Revolution, die Partei, deren einziges Ziel die Errichtung der proletarischen Diktatur und des Sozialismus ist.

Die Herren preußischen Richter und Sozialdemokraten, die kaiser-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270929-15/fragment/page=0013